Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

240. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 22. Oktober 1986

Inhalt:

(A) (C)

240. Sitzung

Bonn, den 22. Oktober 1986

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten ein in die

Fragestunde

— Drucksache 10/6207 —

Zunächst einmal kann ich Ihnen mitteilen, daß der Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen nicht aufgerufen zu werden braucht, weil der Fragesteller, der Abgeordnete Lintner, um schriftliche Beantwortung seiner Fragen gebeten hat. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

(B) Ich kann damit den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung aufrufen. Zur Beantwortung steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach zur Verfügung.

Ich rufe zunächst Frage 3 der Abgeordneten Frau Schmidt (Nürnberg) auf:

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, aus welchen Gründen in einem Versuchslabor der US-Streitkräfte in **Fort Dietrich**, US-Bundesstaat Maryland, **Viren zum Zwecke der biologischen Kriegführung** gezüchtet wurden, und wie bewertet die Bundesregierung diese Tatsache in Anbetracht wiederholter Äußerungen aus NATO-Kreisen, daß biologische Kampfmittel nicht zum Waffenarsenal der NATO-Streitkräfte sowie der nationalen Armeen gehörten?

Herr Staatssekretär.

Würzbach, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Frau Kollegin Schmidt, anläßlich der zweiten Überprüfungskonferenz vom 8. bis zum 26. September dieses Jahres wurden weder vom Vertreter der Sowjetunion noch von Vertretern der übrigen Staaten, auch des Warschauer Paktes, Verletzungen des B-Waffen-Übereinkommens einzelnen NATO-Staaten vorgeworfen. Die Bundesregierung weist mit Erstaunen und Nachdruck, Frau Kollegin, die in der Frage liegende Unterstellung eines möglichen Verstoßes gegen das B-Waffen-Übereinkommen von 1972, dem alle NATO-Staaten beigetreten sind, zurück. Übrigens ist das Fort, nach dem Sie fragen, uns dem Namen nach nicht bekannt. Ich verweise auf die Ausführungen des Staatsministers Möllemann zu diesem Thema in der 232. Sitzung am 25. September dieses Jahres.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage, bitte sehr.

Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie mir — ich will Ihre Auskunft in keiner Weise anzweifeln — sagen, inwieweit die Bundesregierung solchen Nachrichten nachgegangen ist, denen ja immerhin eine eidesstattliche Erklärung des betroffenen Angehörigen des amerikanischen Verteidigungsministeriums zugrunde liegt und nachdem auch Akten aus dem Ministerium veröffentlicht worden sind, wonach eben doch eine Produktion jenes Virus, des Chikungunya-Virus, und zwar mehrere Liter, erfolgt ist? Ist die Bundesregierung diesem Sachverhalt nachgegangen? (D)

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, ich wiederhole, daß in der entsprechenden Konferenz, wo alle Fachleute vertreten waren, nicht einmal von der Sowjetunion auch nur annähernd ähnliche Behauptungen aufgestellt wurden. Ich habe hier das Protokoll — Sie werden es auch haben —, wonach ein Kollege der Fraktion DIE GRÜNEN ähnliche Aussagen, wie Sie sie eben unter Berufung auf die Quellen vorgetragen haben, gemacht hat; die sind für die Bundesregierung von Staatsminister Möllemann eindeutig auf Grund gewissenhafter Prüfung als nicht wahr zurückgewiesen worden.

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön. Weitere Zusatzfragen sind nicht erwünscht.

Ich rufe Frage 4 der Frau Kollegin Steinhauer auf.

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele **ehemalige Soldaten auf Zeit** die **Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt** nur durch mehrjährige Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung erreichen können, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Gesetzgeber Vorschläge zu unterbreiten, wie für diesen Personenkreis der Lebensunterhalt während dieser notwendigen Bildungsmaßnahmen gesichert werden kann?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin Steinhauer, die Zahl, nach der Sie fragen, ist uns nicht bekannt. Wir haben die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg gebeten, uns diese Zahlen zu geben. Die Bundesanstalt kann dies nicht; sie speichert solche Angaben nicht.

Weil wir auch an solchen Zahlen interessiert sind, haben wir sozusagen mit Bordmitteln versucht,

(A) eine eigene Erhebung vorzunehmen. Dabei haben wir festgestellt, daß in den verschiedenen Altersgruppen der in Frage kommenden ausscheidenden Zeitsoldaten im Vergleich zu den zivilen Altersgruppen weit weniger ehemalige Zeitsoldaten arbeitslos waren. Dies sind uns aber auch noch zuviel, deshalb haben wir im 20. Finanzplan eine Summe ausgeworfen, um hier noch besser als in der Vergangenheit — das war schon gut, aber es soll noch besser werden — zu helfen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte, Frau Abgeordnete.

Frau Steinhauer (SPD): Herr Staatssekretär, ich weiß, daß das protokollarisch nicht richtig ist, aber darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ich nicht nach Zeitsoldaten gefragt habe, sondern allgemein nach Soldaten? Das Problem trifft nämlich nicht nur Zeitsoldaten. Ich nehme an, es ist Ihnen bekannt, daß jetzt viele junge Leute eingezogen werden, weil sie arbeitslos sind; sie sind anschließend an den Wehrdienst weiter arbeitslos. Sind Sie bereit, nachdem das Problem im Verteidigungsausschuß bereits für gesundheitsgeschädigte Soldaten besprochen wurde, dieses Problem aufzugreifen und, worauf mich die Bundesanstalt für Arbeit hingewiesen hat, eine Regelung über ein Gesetz zu ermöglichen, damit im Arbeitslosenbereich diejenigen jungen Männer gleichgestellt werden, die auch nach ihrer Soldatenzeit arbeitslos sind? Das betrifft Zeitsoldaten und Wehrpflichtige.

(B) **Vizepräsident Cronenberg:** Frau Abgeordnete, Sie haben sich ja vorher schon dafür entschuldigt, daß Sie gegen die Geschäftsordnung verstoßen haben.

Herr Staatssekretär, wenn Sie trotzdem antworten wollen, will ich Ihnen gerne die Gelegenheit geben.

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, die aktuelle Diskussion geht um die Zeitsoldaten; so hatte ich Ihre Frage verstanden. Da sind die Gemüter im Haushalts- und Verteidigungsausschuß im Augenblick arg erhitzt. Wir werden im nächsten Jahr für die Zeitsoldaten, die nur zwei bis sechs Jahre dienen — das ist die Schwachstelle —, erhebliche Verbesserungen vornehmen.

Ich komme gerne auf die Wehrpflichtigen, nach denen Sie fragen. Aber hier — das muß ich Ihnen sagen — gibt es das Arbeitsplatzschutzgesetz. Es hat inzwischen eine gute Tradition und gute Ergebnisse. Die Erfahrung, die wir machen, ist eine umgekehrte, daß nämlich Arbeitgeber die jungen Leute, die zu einer Firma kommen und sich bewerben, fragen: Hast Du schon gedient, ja oder nein? und daß dann der genommen wird, der sagt: Jawohl, ich habe die Wehrpflichtzeit schon hinter mir, und daß der einen Vorteil hat gegenüber dem jungen Soldaten, der irgendwann noch einberufen wird. Das ist das eine Problem.

Am Ende der Dienstzeit der Wehrpflichtigen — ich will Ihnen gern aus dem Kopf ein paar Zahlen sagen — haben wir allein im letzten Jahr über 10 000 junge Wehrpflichtige bis zu sechs Wochen vor dem eigentlichen Ende der Wehrpflicht vorzeitig entlassen und die Lücken in den Kompanien (C)
dafür hingenommen, damit sie rechtzeitig in ihren Beruf einsteigen konnten und nicht, wenn sie ordnungsgemäß erst entlassen worden wären, ein halbes Jahr, manche ein dreiviertel und einige sogar ein volles Jahr, verloren hätten. Dort tun wir, was wir tun können. Wir geben Sonderurlaub zur Bewerbung, zur Vorstellung mehrere Male, in ausgesprochen beweglicher Form.

Bei den Wehrpflichtigen und den Zeitsoldaten auf zwei Jahre, Frau Kollegin, sehe ich vom Gesetzgeber her keinen Handlungsbedarf.

Vizepräsident Cronenberg: Noch eine — wie ich annehme — jetzt wirkliche Zusatzfrage.

Frau Steinhauer (SPD): Man darf mit dem Präsidenten nicht diskutieren.

Herr Staatssekretär, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß mir ein Arbeitsamt geschrieben hat: „Es handelt sich hierbei durchaus um keinen Einzelfall"? Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen oder einmal überprüfen, ob nicht hier doch Handlungsbedarf besteht? Wie mir hier gesagt wurde, kann die Regelung lediglich durch eine Gesetzesänderung für die Betroffenen zufriedenstellend gelöst werden, zumal zwischen 20 und 29 Jahren die Arbeitslosigkeit viel höher ist als in anderen Altersgruppen.

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, ich nehme dies gern zur Kenntnis und würde Sie bitten, mir hier die konkreten Anregungen eines Arbeitsamtes zuzuleiten. (D)

Vizepräsident Cronenberg: Frau Abgeordnete Schmidt (Nürnberg), bitte sehr.

Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD): Herr Staatssekretär, Sie sagten gerade, daß Wehrpflichtige teilweise bis zu sechs Wochen vorher entlassen worden sind und daß es über 10 000 waren. Trifft diese Bezeichnung „Wehrpflichtige" auf Soldaten und Zivildienstleistende oder nur auf Soldaten zu, und wie verhält es sich da bei den Zivildienstleistenden?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, ich habe hier — und darauf bezog sich die Frage — über die Soldaten zu reden.

Vizepräsident Cronenberg: Dann ist der Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung schon zu Ende. Herr Staatssekretär, ich bedanke mich.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf. Zur Beantwortung steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Jahn zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 5 des Abgeordneten Braun auf:

> Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vor allem im Wohnungs- und Städtebau ergriffen, um das Zusammenleben mehrerer Generationen zu erleichtern?

Bitte, Herr Staatssekretär.

(A) **Dr. Jahn,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Herr Kollege Braun, die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode das **Zusammenleben mehrerer Generationen** durch folgende gesetzgeberische Maßnahmen erleichtert:

Erstens. Verbesserungen für das Zusammenleben mehrerer Generationen im sozialen Wohnungsbau. Hier nenne ich drei Punkte: die Anhebung des Betrages, um den sich die Einkommensgrenze des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes für den dritten und jeden weiteren zur Familie rechnenden Angehörigen erhöht, von 6 300 DM auf 8 000 DM.

Weiter: Das dem Bauherrn einer öffentlich geförderten Eigentumsmaßnahme für mitwohnende Eltern oder Schwiegereltern zustehende Familienzusatzdarlehen ist erhöht worden; es wird nunmehr unabhängig von der Höhe ihres Einkommens gewährt.

Und weiter: Die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen in die zweite Wohnung eines Eigenheims ist nunmehr unabhängig davon, ob das Einkommen dieser Angehörigen die Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau übersteigt.

Das weitere Gebiet sind zweitens Verbesserungen für das Zusammenleben mehrerer Generationen im Wohngeldrecht. Im Rahmen der sechsten Wohngeldnovelle wurde ein Freibetrag in Höhe von 2 400 DM jährlich für mitwohnende ältere Angehörige — Eltern, Schwiegereltern — eingeführt.

(B) Ich nenne drittens die steuerlichen Regelungen, die am 1. Januar 1987 in Kraft treten: Die Erweiterung eines Eigenheims kann künftig auch dann nach § 10e Einkommensteuergesetz — das ist heute § 7b — gefördert werden, wenn diese Steuervergünstigung schon zuvor für den Bau und Erwerb des Eigenheims in Anspruch genommen wurde. Bei unentgeltlicher Überlassung eines Wohnungsteils an Verwandte wird die steuerliche Förderung nach § 10e Einkommensteuergesetz nicht beeinträchtigt. Und schließlich: Der Nutzungswert der einem Verwandten unentgeltlich überlassenen Wohnung wird dem Hauseigentümer nicht mehr als Einkünfte zugerechnet.

Ein vierter Komplex ist das Baugesetzbuch. Auf Grund der überkommenen Siedlungsstruktur befinden sich in Außenbereichsgebieten unseres Landes zahlreiche Wohngebäude. Das neue Baugesetzbuch, das hier morgen in zweiter und dritter Lesung beraten wird, ermöglicht künftig im Außenbereich die Einrichtung einer zweiten Wohnung in vorhandenen Wohngebäuden für Angehörige einer Familie. Damit wird das Zusammenleben einer Familie unter einem Dach auch baurechtlich unterstützt.

Und das letzte: Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat bei seinem Bundeswettbewerb 1984 „Familienwohnung und Familienheim" das Thema „Mehrere Generationen unter einem Dach" zum Schwerpunkt gemacht. Einige besonders richtungweisende Modelle sind im Programm des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus mit Förderung des Bundesbauministers realisiert worden.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? — Bitte sehr. (C)

Braun (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, liegen der Bundesregierung für die Vorbereitung und auch Durchführung dieser von Ihnen geschilderten Maßnahmen empirische Untersuchungen vor, damit insbesondere auch sichergestellt wird, daß im Hinblick auf das Zusammenleben und Zusammenwohnen mehrerer Generationen das berücksichtigt wird, was auch die betroffene ältere Generation möchte?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Braun, der Bundesregierung liegen Untersuchungen vor, z. B. vom Emnid-Institut aus dem Jahre 1984. Und es gibt noch eine ganze Reihe anderer Untersuchungen, die dieser Politik zugrunde liegen. Ich will es zusammenstellen lassen und Ihnen zuleiten.

(Braun [CDU/CSU]: Danke sehr!)

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Braun (CDU/CSU): Haben Sie einen Überblick, ob dieses Drei-Generationen-Modell — inzwischen sprechen wir ja schon von vier Generation — von der Bevölkerung angenommen worden ist?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Die Bundesregierung legt Wert auf die Feststellung, daß ihrer politischen Absicht nach das Drei-Generationen-Prinzip beim Wohnen von niemandem erzwungen wird; es muß aus freien Stücken gewünscht sein. Wir stellen aber fest, daß das Drei-Generationen-Prinzip immer beliebter wird. Wir haben heute noch, gerade in ländlichen Räumen, auf den Bauernhöfen, die Verwirklichung des Drei-Generationen-Prinzips. Wenn dort einmal, auch bei der Erziehung der Kinder, die Autorität von Mutter und Vater nicht so sehr gegeben ist, steht immer noch die Autorität von Oma und Opa dahinter. Und das bekommt unseren Kindern in der Erziehung gar nicht schlecht. (D)

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön.

Zusatzfrage der Abgeordneten Reschke.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben soeben eine schöne Latte von Leistungen aufgezählt, die Sie für diesen Bereich erbringen wollen. Sind Sie bereit, mir jetzt auf Grund des Haushaltplanentwurfs des Jahres 1987, um die Latte zu verkürzen, einmal aufzuzählen, was wann, zu welchem Zeitpunkt und auf Grund welcher Haushaltsentscheidungen, die ja anstehen, noch in diesem Jahr wegfällt?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reschke, ich habe erstens auf gesetzliche Grundlagen hingewiesen, z. B. auf den sozialen Wohnungsbau. Die Bestimmungen sind in Kraft und hier beschlossen worden.

Ich habe zweitens auf die Wohngeldnovelle hingewiesen. Die haben wir bereits hier in diesem Hohen Haus beschlossen.

Parl. Staatssekretär Dr. Jahn

(A) Und ich habe drittens auf das Baugesetzbuch hingewiesen, das morgen hier in zweiter und dritter Lesung beschlossen wird.

(Reschke [SPD]: Ist aber noch keine gesetzliche Grundlage! — Müntefering [SPD]: Das weiß man noch nicht, ob es beschlossen wird!)

Ich gehe davon aus, daß der Bundesrat dies in den nächsten Wochen ebenfalls tut. Deshalb dürfen Sie zur Kenntnis nehmen, daß das, was ich hier dargelegt habe, nicht ein Versprechen in die Zukunft,

(Reschke [SPD]: In die Vergangenheit!)

sondern etwas ist, was Realität ist, das Baugesetzbuch eingeschlossen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Immer.

Immer (Altenkirchen) (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie — abweichend von der Fragestellung — auf die Probleme von Bauernhöfen spekulativ eingegangen sind, möchte ich Sie fragen: Wie verhalten sich Ihre Ausführungen zu der Feststellung, daß ältere Menschen zunehmend auch von Bauernhöfen in Altersheime abgeschoben werden, weil die Situation auf den Bauernhöfen vom Einkommen und auch von der Ausstattung der Wohnungen her so schwierig geworden ist, daß Landwirte, die ihren Beruf noch aktiv ausüben, gar nicht in der Lage sind, alte Menschen zu pflegen?

(B) **Dr. Jahn,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Immer, ich kann das, was Sie als Frage stellen, nicht als wahr unterstellen. Die Bundesregierung hat solche Erkenntnisse nicht.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Müntefering.

Müntefering (SPD): Herr Staatssekretär, wollen Sie bestreiten, daß die Bundesregierung — mit der Vorlage des Haushalts 1987 beginnend — die Förderung des sozialen Wohnungsbaues deutlich reduziert, so daß ein ganzer Teil derer, die sich sonst in den kommenden Jahren eine eigene Wohnung hätten anschaffen oder bauen können, dazu nicht mehr in der Lage sein werden?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Müntefering, die Bundesregierung zieht sich bewußt aus der Förderung des Mietwohnungsbaues zurück, weil die Mietförderung kein flächendeckendes, sondern nur noch ein punktuelles Problem darstellt. Wenn das so ist, dann sind dafür die Länder zuständig. Wenn Sie auf die Eigentumsmaßnahmen abstellen, dann ist zuzugestehen, daß die Förderung quantitativ zurückgeht, aber nicht qualitativ; denn Angebot und Nachfrage sollen sich auch künftig die Waage halten. Zu keiner anderen Zeit als dieser waren das Angebot und die Nachfrage im Wohnungswesen so ausgeglichen wie zur Zeit.

Vizepräsident Cronenberg: Nun hat sich noch der Abgeordnete Klejdzinski gemeldet.

Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie Münsterländer sind und ich mindestens davon ausgehe, daß Sie das Münsterland genausogut kennen wie ich, würden Sie diese letzte Aussage, die Sie in dieser Art und Weise formuliert haben, auch für die Bedarfsdeckung im Müsterland so aufrechterhalten. (C)

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Ich habe hier eine Auskunft für die Bundesrepublik gegeben. Einzelheiten über den Raum Münster kann ich hier in dieser Fragestunde nicht beantworten. Soweit ich informiert bin, ist die Wohnversorgung im Münsterland und auch in der Stadt Münster, aus der ich komme, im ganzen gesehen, ausgewogen, jedenfalls viel besser als 1982, als wir die Regierung übernahmen.

(Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Nun können wir, glaube ich, zu der Frage 6 des Abgeordneten Braun kommen:

> Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung noch weitere Maßnahmen, die dem Ziel dienen, das Zusammenleben mehrerer Generationen zu erleichtern?

Herr Staatssekretär, Sie haben Gelegenheit, auf das Thema zurückzukommen.

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Braun, auf Grund des Vierten Familienberichts prüft die Bundesregierung, welche weiteren Maßnahmen, zur **Förderung des Zusammenlebens mehrerer Generationen** getroffen werden können. Sie wird hierzu in der nächsten Wahlperiode Stellung nehmen. (D)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr.

Braun (CDU/CSU): Hat Ihr Ministerium bei der Erstellung des Familienberichts mit dem Schwerpunkt „Leben der älteren Generation in der Familie" mitgewirkt?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Der Bundesbauminister legt gerade auf die Bearbeitung des Themas Drei-Generationen-Prinzip großen Wert. Wir haben im Rahmen der Abstimmung der Ressorts hieran mitgewirkt, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers mehr, als das sonst üblich ist.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte.

Braun (CDU/CSU): Im Hinblick auf die noch nicht lange Laufzeit dieser Maßnahmen, die Sie vorhin geschildert haben, liegen sicherlich noch keine Erfahrungen vor. Wären Sie bereit, mir zu gegebener Zeit zu berichten und einige Unterlagen zu übermitteln, wie sich diese Maßnahmen in der Praxis bewährt haben?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Zum Beispiel im Wohngeldrecht hat sich diese Maßnahme, die ich heute erläutert habe, schon jetzt bewährt. Eine Differenzierung, wie sich das gerade im Drei-Generationen-Prinzip auswirkt, will ich Ihnen gern, wie gewünscht, zukommen lassen.

(A) **Vizepräsident Cronenberg:** Zusatzfrage des Abgeordneten Reschke, bitte sehr.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, zuzugeben und anzuerkennen, daß die Regierung bei der Förderung des Zusammenlebens mehrerer Generationen in einer Wohnung oder in einem Haus bevorzugt diejenigen steuerlich begünstigen will, die es sich leisten können, das selbst zu finanzieren?

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reschke, Sie gehören selbst dem Bauausschuß des Deutschen Bundestages an und wissen auch, daß die steuerliche Förderung, die jetzt ab 1. 1. 1987 in Kraft tritt, eine Lanze gerade auch für den Einkommensschwachen bildet. Wir haben z. B. die Wirkung der 7-b-Abschreibung auf den Erwerb aus dem Bestand erweitert. Wir haben weiter die Wirkung der 7-b-Abschreibung ausgedehnt auf die Hälfte der Grundstückskosten. Das alles sind Maßnahmen der Vermögensbildung und dienen insbesondere den einkommensschwachen Bevölkerungskreisen.

Vizepräsident Cronenberg: Abgeordneter Becker (Nienberge) hat die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen.

Becker (Nienberge) (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie mir irgendein Faktum nennen, wonach sich in bezug auf die Stadt Münster das Zusammenleben mehrerer Generationen 1986 anders darstellt als 1982?

(B) **Dr. Jahn,** Parl. Staatssekretär: Die Münsteraner waren schon immer fortschrittlich. Das Drei-Generationen-Prinzip war dort in größerem Umfange verwirklicht als in manch anderen Gebieten.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Früher! — Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Becker, allenfalls wäre ein Zusammenhang mit der Frage 5, aber wohl kaum mit der Frage 6 herzustellen.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Ich habe über das Zusammenleben mehrerer Generationen gesprochen!)

— Unter Bezugnahme auf die Antwort. Wir wollen nicht streiten.

Der Abgeordnete Hirsch hat um eine Zusatzfrage gebeten.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß — abgesehen von den studentischen Wohnungsbauprogrammen — die Wohnraumversorgung im Münsterland schon am Ende meiner Amtszeit im Mai 1980 überdurchschnittlich gut war, und zwar so, daß nicht alle Wohnungen vermietbar waren?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Hirsch, ich bestreite nicht, daß sie im münsterischen Raum überdurchschnittlich gut war. Aber sie ist, seitdem wir regieren, noch besser geworden.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Immer. (C)

Immer (Altenkirchen) (SPD): Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Situation gerade in ländlichen Räumen, in peripheren Gebieten, daß Familien wegen der großen Arbeitslosigkeit ihre Zinsen und Tilgungen nicht mehr bezahlen können und daß in den Zeitungen laufend Häuser und Familienheime angeboten werden, die einfach wegen der wirtschaftlichen Situation unter den Hammer kommen?

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, wenn Sie wenigstens in die Frage eingebaut hätten, daß in den Häusern mehrere Generationen wohnen,

(Immer [Altenkirchen] [SPD]: Natürlich!)

hätte ich ja noch den Zusammenhang sehen können. Aber so bitte nicht.

(Zuruf von der SPD: Sonst stehen drei Generationen auf der Straße!)

Ich möchte jetzt allerdings allen Ernstes bitten — —

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, darf ich die Frage gleichwohl beantworten?

Vizepräsident Cronenberg: Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Immer, auch wenn der Sachzusammenhang offensichtlich nicht gegeben ist, möchte ich den Tatbestand, daß es heute Zwangsversteigerungsfälle gibt, gar nicht bagatellisieren. Die Bundesregierung bedauert das, aber sie trägt nicht die Schuld daran. Die Ursachen für die Zwangsversteigerungen liegen in erster Linie (D)

(Dr. Klejdzinski [SPD]: An der Erblast!)

in unseriösen Finanzierungsmodellen, in zweiter Linie darin, daß mancher Bauherr längere Zeit krank wird. Ein großer Anteil der Zwangsversteigerungen sind auf Ehescheidungen zurückzuführen. Das müssen wir im Interesse der Wahrheit auch deutlich sagen.

(Dr. Sperling [SPD]: Auch das hat zugenommen, seit Sie regieren!)

Vizepräsident Cronenberg: Zu einer Zusatzfrage Frau Abgeordnete Hürland.

Frau Hürland (CDU/CSU): Herr Präsident! Es ist sicher verständlich, daß wir im Raum angesichts des Herrn Staatssekretärs Jahn aus Münster über den münsterischen Raum sprechen und daß es da sicherlich größere Verdienste gibt als anderswo — er ist ja schon lange CDU-geführt —; gleichwohl müssen wir aber doch feststellen, daß der Staatssekretär im Bundesbauministerium nicht nur für den Bereich Münster, sondern sowohl für den Bodensee als auch für Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen zuständig ist.

(Zuruf von der SPD: Wo ist die Frage?)

Frau Hürland

(A) Ist das so richtig?

(Heiterkeit)

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin Hürland, ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Vizepräsident Cronenberg: Damit kann ich den Bereich des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn abschließen. Herr Staatssekretär, herzlichen Dank.

Den Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie brauche ich nicht aufzurufen, weil der Abgeordnete Catenhusen um schriftliche Beantwortung seiner Frage 7 gebeten hat. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Das gleiche trifft auf den Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes zu. Der Abgeordnete Stahl (Kempen) hat um schriftliche Beantwortung seiner Fragen 8 und 9 gebeten. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Wir kommen nunmehr zum Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. Zur Beantwortung steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Spranger zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 10 des Abgeordneten Dr. Hirsch auf:

> Welche Bundesländer haben bisher auf die Anfrage des Bundesministers des Innern Stellung genommen, in der der Bundesminister des Innern entsprechend des Beschlusses der Innenministerkonferenz um Zustimmung zu einer Änderung der Stellenplanobergrenzenverordnung gebeten hat, (B) durch die den besonders belasteten Polizeibeamten des mittleren Dienstes eine etwas bessere Beförderungsmöglichkeit von A 8 nach A 9 geboten werden soll?

Spranger, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege Dr. Hirsch, Bundesminister Dr. Zimmermann hat in einem Schreiben vom 8. Juli 1986 zugleich im Namen des Bundesministers der Finanzen die zuständigen Länderminister um Mitteilung gebeten, ob die Landesregierungen bereit seien, dem Vorschlag der Innenministerkonferenz für eine **Anhebung von Stellenobergrenzen für die Schutzpolizei** zu folgen.

Mit einem weiteren Schreiben vom 9. September 1986 hat sich Bundesminister Dr. Zimmermann erneut an die zuständigen Länderminister mit der Bitte gewandt, die erbetene Stellungnahme der Landesregierungen bald zu übermitteln. Zu diesem Ministerschreiben haben bisher nur die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg Stellung genommen. Da der Hamburger Senat eine Anhebung der Stellenobergrenzen entsprechend den Vorschlägen der IMK ablehnt, hat sich Bundesminister Dr. Zimmermann in einem Fernschreiben vom 14. Oktober 1986 beim Hamburger Ersten Bürgermeister Dr. von Dohnanyi und den übrigen zuständigen Länderministern erneut dafür eingesetzt, daß die Landesregierungen baldmöglichst den Vorschlägen der Innenministerkonferenz vom 18. April 1986 zustimmen. Dabei hat Bundesminister Dr. Zimmermann seinen Hinweis wiederholt, der Bund werde sich dem Wunsch nach Änderung der Obergrenzenverordnung nicht entziehen, wenn die Län- (C) der in dieser Frage Einigung erzielten. Eine baldige Einigung würde er sehr begrüßen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr, Herr Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, habe ich Ihrer Antwort richtig entnommen, daß die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz dem gemeinsamen Wunsch der Innenminister aller Länder, die Stellenplanobergrenzenverordnung im Interesse der Besoldungsgruppen A 8 und A 9 zu verbessern, bisher nicht gefolgt sind?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Nein, die Länder haben bisher nicht Stellung genommen.

(Lachen bei der FDP und der SPD)

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, nachdem wir beide wissen, daß die Innenministerkonferenz ihre Beschlußfassung ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kabinette gemacht hat, und nachdem sich aus Ihrer Antwort ergibt, daß der Bundesinnenminister offenbar nur tätig werden will, wenn die Länder oder wenigstens die Mehrheit der Länder zustimmen, bedeutet Ihre Antwort dann nicht doch, daß bei der gegebenen Lage der Bundesinnenminister nichts tun will?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Nein, diese Schlußfolgerung können Sie nicht ziehen. Sie haben zu Recht dargelegt, daß der Beschluß der IMK vorbehaltlich der Entscheidungen in den jeweiligen (D) Kabinetten ergangen ist. Das heißt: Es sind auch die Finanzminister zu beteiligen. Es ist auch eine Tatsache, daß sich im Februar der zuständige Arbeitskreis im Gegensatz zu der IMK entschieden hat und daß am 23. Oktober, also morgen, eine Sitzung der Finanzminister stattfindet, die sich mit diesem Thema befassen werden. Dann werden die Kabinette möglicherweise eine breitere Entscheidungsgrundlage als bisher haben.

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 11 des Abgeordneten Herrn Dr. Hirsch auf:

> Was gedenkt der Bundesminister des Innern zu tun, um in dieser Sache endlich weiterzukommen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Dr. Hirsch, wie sich aus dem soeben Gesagten ergibt, müssen zunächst die noch ausstehenden Stellungnahmen der Länder abgewartet werden.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, da es sich um die **Beförderungschancen** für viele Tausende **von Polizeibeamten** handelt: Finden Sie nicht, daß diese etwas kontemplative Betrachtungsweise, mit der Sie das Thema behandeln, nicht ausreichend ist, sondern daß man im aktiven Handeln darüber hinausgehen müßte.

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Dr. Hirsch, ich teile Ihre Bewertung nicht, daß es sich

Parl. Staatssekretär Spranger

(A) hier um eine kontemplative Betrachtungsweise handelt. Ich habe in meiner Antwort auf Ihre erste Frage dargelegt, daß der Innenminister tätig geworden ist, daß er auch die Haltung der Länder zu dieser Frage erfahren muß, daß die entsprechenden Stellungnahmen aus diesen internen Entscheidungsprozessen sich offensichtlich verzögert haben und daß nun hoffentlich am 23. Oktober die Länderfinanzminister zu einer klaren Haltung kommen.

(Zuruf von der SPD: Was passiert denn, wenn nicht?)

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, kann ich davon ausgehen, daß der Herr Bundesfinanzminister Schulter an Schulter mit dem Innenminister bei seinen Länderkollegen dafür kämpft, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung, so wie von uns beiden offenbar gewünscht, verbessert wird?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Dr. Hirsch, ich habe Ihnen die klare Haltung des Innenministers dargelegt. Inwieweit der Finanzminister diese Haltung teilt, kann ich nicht beurteilen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Brück (SPD): Herr Parlamentarischer Staatssekretär, antworten Sie hier nur für den Innenminister, oder sind Sie nicht verpflichtet, die Meinung der Bundesregierung wiederzugeben?

(B) **Spranger,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe Antwort zu einer Frage zu geben, die zwischen Bund und Ländern, zwischen den Ländern untereinander und natürlich auch, das ist selbstverständlich, entsprechend der Ressortverteilung streitig ist.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Aber nach der Geschäftsordnung müssen Sie für die Bundesregierung antworten!)

Vizepräsident Cronenberg: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Reuter (SPD): Herr Staatssekretär, was macht der Bundesinnenminister, wenn es morgen bei der Zusammenkunft der einzelnen Landesminister nicht zu der von Ihnen erhofften Lösung kommt?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich glaube, es hat wenig Sinn, auf hypothetische Situationen schon jetzt eine Antwort zu geben.

Vizepräsident Cronenberg: Der Abgeordnete Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie auf hypothetische Fragen nicht antworten wollen, darf ich eine praktische stellen: Ist es, wenn man Stellen verändert, nicht im allgemeinen üblich, daß man vorher zumindest die Zustimmung des Finanzministers einholt?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich darf zu diesem Komplex sagen, daß sich der Innenminister sogar um die Zustimmung der Länder bemüht. Ich glaube, (C) vor allem auch Herr Kollege Dr. Hirsch als früherer Landesinnenminister wird für diese Haltung sehr viel Verständnis haben.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Es gibt da auch Bundespolizei!)

— Es geht hier um die Schutzpolizei der Länder.

Vizepräsident Cronenberg: Frau Abgeordnete Hürland.

Frau Hürland (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, können wir angesichts der Tatsache, daß Finanzminister aller Länder und aller Couleur bei solchen Angelegenheiten, wie sie hier gefordert sind, sehr zurückhaltend sind, von Ihnen erwarten, daß Sie, wenn die morgige Sitzung negativ ausgehen sollte, alle CDU/CSU-, FDP- und SPD-Abgeordneten bitten, auf ihre Länder dahin einzuwirken, daß es doch noch zu einem Erfolg kommt?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin Hürland, Sie können davon ausgehen, daß der Innenminister Dr. Zimmermann alle — auch parlamentarischen — Möglichkeiten ausschöpfen wird, um das umzusetzen, was die IMK beschlossen hat.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Sperling.

Dr. Sperling (SPD): Herr Staatssekretär, ist die Frage nach der Haltung der Bundesregierung bereits eine hypothetische Frage, weil Sie morgen in die Verhandlungen ohne die Zusicherung des Bundesfinanzministers hineingehen? (D)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Es ist gefragt worden, was wir tun würden, wenn die Konferenz morgen, am 23. Oktober, so oder so verläuft. Das ist eine hypothetische Fragestellung; das wird zu entscheiden sein, wenn der Ausgang dieser Konferenz feststeht.

Vizepräsident Cronenberg: Der Abgeordnete Reschke möchte noch eine Zusatzfrage stellen.

Reschke (SPD): Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß eben gefragt worden ist, wie die Meinung der Regierung ist? Sie haben gesagt: Die Meinung der Regierung ist noch nicht abgestimmt. Das haben Sie anerkannt. Jetzt müssen Sie doch zugeben, daß morgen die Regierung mit einer unabgestimmten Meinung in die Länderverhandlungen hineingeht.

Spranger, Parl. Staatssekretär: Das ist eine Interpretation, die ich nicht teile.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Müntefering, bitte sehr.

Müntefering (SPD): Herr Staatssekretär, welche Meinung werden Sie morgen als Meinung der Regierung vortragen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Diese Frage müßten Sie konkreter dem Finanzminister stellen, da es sich um eine Finanzministerkonferenz handelt. Die

Parl. Staatssekretär Spranger

(A) Haltung des Innenministers ist hier klar dargelegt worden.

(Reschke [SPD]: Wir fragen die Bundesregierung!)

Vizepräsident Cronenberg: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß erhebliche Zweifel bestehen, ob der Zusammenhang der Frage, was die Bundesregierung und was der Bundesminister des Innern später zu tun gedenke, mit der Hauptfrage noch klar ersichtlich ist.

(Zuruf von der SPD: Das liegt an der Regierung!)

Der Bereich ist abgeschlossen. Ich rufe die Frage 12 des Abgeordneten Reschke auf:

Sieht die Bundesregierung die Gefahr eines Mißerfolgs der Volkszählung dadurch, daß es Städte und Gemeinden gibt, die die Kosten für die Durchführung der Volkszählung nicht aufbringen können?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Nach der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden finanzverfassungsrechtlichen Ordnung haben die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände die in ihrem Bereich anfallenden **Kosten der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung** zu tragen. So steht es in Art. 104a Abs. 1 in Verbindung mit Art. 83 und 84 des Grundgesetzes.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Länder alle Maßnahmen ergreifen, die zur ordnungsgemäßen Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung erforderlich sind. Hierzu gehört
(B) auch, daß die finanziellen Voraussetzungen für die Erfüllung der den Gemeinden obliegenden Aufgaben zufriedenstellend gewährleistet sind. In diese Richtung weist auch der Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986, der die volle Weitergabe der Finanzzuweisung des Bundes durch die Länder an die Gemeinden vorsieht.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr.

Reschke (SPD): Welche rechtlichen Konsequenzen sieht die Bundesregierung, wenn sich Gemeinden und Städte an der Volkszählung aus Kostengründen nicht beteiligen wollen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich muß sagen, hier sehe ich keinen Zusammenhang zur Hauptfrage.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Der Zusammenhang ist aber eindeutig!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Staatssekretär, der Zusammenhang müßte, glaube ich, wohl bejaht werden. Wenn Sie sagen, Sie können zu der Frage jetzt nicht antworten, hat das Haus sicher Verständnis dafür. Die Frage des Abgeordneten — ich bitte, sie zu wiederholen — ist ja nicht zusammenhanglos.

Reschke (SPD): Welche rechtlichen Konsequenzen sieht die Bundesregierung, wenn sich Städte und Gemeinden aus Kostengründen nicht beteiligen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich kann nicht unterstellen, daß die Gemeinden nicht bereit sind, sich an der Durchführung der Volkszählung zu beteiligen, auch wenn hier aus Kostengründen Bedenken vorgetragen wurden. (C)

Vizepräsident Cronenberg: Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Reschke (SPD): Welche Auswirkungen bezogen auf den Inhalt der Volkszählung sieht die Bundesregierung, wenn sich Gemeinden und Städte aus Kostengründen nicht daran beteiligen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Kostenfrage in einer Weise gelöst ist, auch durch die erheblichen Zuschüsse, die der Bund gibt. Es wird in den anderen drei Fragen noch des näheren zu behandeln sein, daß eine Gefährdung oder ein Mißerfolg der Volkszählung nicht zu erwarten ist.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, wir haben ja bei der Gesetzgebung einen bestimmten Kostenrahmen zugrunde gelegt, der auf Schätzungen des Bundes und der Länder beruht. Ist diese gemeinsame Kostenschätzung durch irgendwelche neueren Ergebnisse in Frage gestellt? Ist von den Ländern irgend etwas in dieser Richtung dazu vorgetragen worden?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Dr. Hirsch, nach meiner Erkenntnis gibt es unterschiedliche Zahlen, die von den Gemeinden vorgetragen werden, die von den Ländern aber nicht übernommen worden sind. (D)

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe Frage 13 des Abgeordneten Reschke auf:

Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung des Deutschen Städtetages vom 16. September 1986 zu erfüllen, den Gemeinden die mit der Durchführung der Volkszählung entstehenden Kosten voll zu erstatten?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Nach der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden finanzverfassungsrechtlichen Ordnung, die ich bereits erläutert habe, ist eine **Erstattung der Volkszählungskosten der Gemeinden** durch den Bund grundsätzlich ausgeschlossen. Im Hinblick auf die große finanzielle Belastung der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Volkszählung gewährt der Bund den Ländern jedoch eine Finanzzuweisung, die entsprechend der finanzverfassungsrechtlichen Ordnung nur eine teilweise Kostenerstattung vorsehen kann. Sie ist im Volkszählungsgesetz 1987 auf 4,50 DM je Einwohner festgelegt worden. Das entspricht rund 275 Millionen DM. Damit hat der Bund einen entscheidenden Teil der finanziellen Lasten der Volkszählung übernommen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, welche Kalkulation lag dieser auf eine Vereinbarung mit den

Reschke

(A) Ländern zurückgehenden Zuweisung zugrunde, und wie hoch hat man seinerzeit den Deckungsgrad gegenüber den Zuweisungen des Bundes geschätzt?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reschke, was die Zahlen anbelangt, so würde ich gerne auf die Antworten Bezug nehmen, die ich auf die Frage von Herrn Kollegen Reuter geben werde; denn sonst müßte ich das einfach wiederholen.

Vizepräsident Cronenberg: Das scheint mir ein vernünftiger Vorschlag zu sein.

Keine weitere Zusatzfrage.

Dann rufe ich Frage 14 des Abgeordneten Reuter auf:

> Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung auf Grund der Erfahrungen der im Frühjahr und Sommer dieses Jahres stattgefundenen Probeläufe zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987, unterteilt nach den unterschiedlichen Einwohnerzahlen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reuter, das Statistische Bundesamt hat im September 1985 zusammen mit den Statistischen Landesämtern und der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände die bei der **Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987** zu erwartenden **Gesamtkosten** auf 715,7 Millionen DM geschätzt. Alle Beteiligten gingen hierbei davon aus, daß diese Kalkulation die in der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfs beschlossenen Änderungen im Erhebungsverfahren und in der Organisation der Zählung berücksichtigt. (B)

Die zu erwartenden Kosten betragen danach im einzelnen: für den Bund 60,1 Millionen DM; für die Länder 314,9 Millionen DM; für die Gemeinden 340,7 Millionen DM.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bund den Ländern nach § 19 des Volkszählungsgesetzes 1987 eine Finanzzuweisung von 4,50 DM je Einwohner gewährt, d. h. insgesamt einen Betrag von 275 Millionen DM; das habe ich vorhin schon vorgetragen.

Soweit auf Grund der Probezählungen im Frühjahr dieses Jahres einzelne Städte und Gemeinden mit höheren Durchführungskosten der Volkszählung 1987 rechnen, ist die in der Bundesrepublik Deutschland geltende finanzverfassungsrechtliche Ordnung zu beachten. Danach ist ein voller Kostenersatz durch den Bund nicht zulässig, wenn die Länder ein Bundesgesetz — wie das Volkszählungsgesetz 1987 — als eigene Angelegenheit ausführen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön.

Reuter (SPD): Herr Staatssekretär, sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, wonach bei Gemeinden mit über 500 000 Einwohnern Kosten von etwa 19 DM pro Einwohner entstehen? Und kann es, da Sie hier von einem Anteil des Bundes in Höhe von 275 Millionen DM sprechen, nicht auch sein, daß die Bundesregierung bei der Abfassung des Gesetzes von falschen Kalkulationsgrundlagen ausgegangen ist? Und ist die Bundesregierung bereit, hier noch einen Zuschlag zu gewähren? (C)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reuter, es gibt unterschiedliche Meldungen über erhöhte Kosten, die auch von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sind. Es gibt ein Schreiben der Hansestadt Lübeck, in dem mitgeteilt wird, daß der Kostenaufwand nach ihren Berechnungen möglicherweise 10 DM je Einwohner übersteigen werde. Mir liegt ein Schreiben der Stadt Dietzenbach vor — es ist das jüngste —, in dem steht, es würden Kosten in Höhe von 6,66 DM entstehen. Mir ist nicht bekannt, daß irgendeine Gemeinde bisher den Betrag von 19 DM eingeführt hätte. Wie sich die Zahlen im einzelnen errechnen, ist mir aber nicht bekannt. Das haben mir die Städte und Gemeinden — auch diejenigen, die ich hier soeben im einzelnen zitiert habe — nicht vorgetragen.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte.

Reuter (SPD): Ist denn der Bundesregierung das Schreiben des Deutschen Städtetages vom 25. September nicht bekannt, wo genau aufgelistet ist, wie nach den einzelnen Größenordnungen die Kostengestaltung ist? Es sind Zahlen genannt: ein Schnitt von 9,50 DM, bei 6,50 DM beginnend und bis 16 DM gehend. Ist der Bundesregierung nicht bekannt, daß selbst in der „Bonner Rundschau" vom 21. Oktober steht: „Städte beklagen hohe Kosten der Volkszählung" und davon ausgegangen wird, daß mehr als 275 und 300 Millionen DM auf die Gemeinden zukommen? (D)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Jetzt muß ich doch etwas klarstellen. Sie haben vorhin nach den Kosten bei Städten und Gemeinden in Höhe bis zu 19 DM gefragt. Daraufhin habe ich Ihnen einige genannt. Sie haben nicht nach den Kosten gefragt, die der Deutsche Städtetag geschätzt hat. Diese Kalkulation ist der Bundesregierung natürlich auch bekannt. Der Deutsche Städtetag hat eine Erhöhung auf 9,50 DM je Einwohner kalkuliert.

(Reuter [SPD]: Im Schnitt!)

Insofern ist das Schreiben bekannt, ohne daß nach der jetzigen Situation Anlaß besteht, daraus Konsequenzen im Sinne einer Erhöhung des Zuschusses zu ziehen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Reschke.

Reschke (SPD): Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der Meldungen aus den Gemeinden, daß sich der Deckungsgrad mittlerweile anders darstellt als in den Planungen, die Vereinbarung mit den Ländern zur Kostenerstattung zu ändern?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Reschke, ich glaube, wenn der Bund mit 275 Millionen DM an der Finanzierung beteiligt ist — das sind über 42 % —, dann muß auch von den Ländern erwartet werden, daß sie ihrerseits den Zuschuß des Bundes nicht behalten, sondern entsprechend an

Parl. Staatssekretär Spranger

(A) die Gemeinden weitergeben, um die eventuell erhöhten Unkosten abzudecken.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Reuter, ich müßte jetzt die Frage 15 aufrufen, die da lautet:

> Sind der Bundesregierung Aussagen von Städten bekannt, die bisher schon zu erkennen gegeben haben, daß sie auf Grund ihrer Finanzkraft nicht in der Lage sind, die Kosten der Volkszählung aufzubringen?

Wenn ich das aber richtig beurteile, ist in der Diskussion dies alles schon vom Herrn Staatssekretär gesagt worden. Legen Sie Wert auf die Beantwortung der Frage 15?

Reuter (SPD): Nur auf eine Zusatzfrage.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Staatssekretär, sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich kann mit einem Satz antworten: Der Bundesregierung sind solche Äußerungen bekannt.

Vizepräsident Cronenberg: Ja, bitte.

Reuter (SPD): Herr Staatssekretär, sieht die Bundesregierung das Ergebnis der **Volkszählung** nicht gefährdet, wenn die Gemeinden auf Grund des zu engen Kostenrahmens, der jetzt zutage tritt, die Zählung möglicherweise nicht so durchführen, daß vernünftige Egebnisse herauskommen?

(B) **Spranger,** Parl. Staatssekretär: Ich glaube nicht, daß man das Verantwortungsbewußtsein der Gemeinden richtig interpretiert, wenn man ihnen den Standpunkt unterstellt: Wenn ihr vom Bund nicht mehr Geld gebt, werden wir die Volkszählung nicht ordnungsgemäß durchführen.

Vizepräsident Cronenberg: Mangel an Vertrauen in die deutsche Bürokratie wäre wirklich etwas ganz Neues.

Herr Abgeordneter Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, wenn Ihnen das bekannt ist, denken Sie nicht vielleicht daran, weil es Ihnen bekannt ist, daß Sie handeln müßten?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Diese Frage habe ich — ich bitte sehr um Verständnis — nicht ganz nachvollziehen können.

Dr. Klejdzinski (SPD): Dann darf ich sie etwas ausführlicher begründen. Sie sind gefragt worden, ob Sie wissen, daß einzelne Städte aus Kostengründen dieses und jenes nicht leisten können. Sie haben darauf geantwortet, das sei Ihnen bekannt. Wenn also eine Stadt sagt, sie sei auf Grund der Kostenbelastung nicht in der Lage, die Volkszählung durchzuführen, dann müßte das für die Bundesregierung doch ein Anlaß sein — weil sie ein Interesse daran haben müßte, daß die Volkszählung durchgeführt wird —, sich zu überlegen, wie sie den Gemeinden im einzelnen helfen kann, und sie dürfte nicht einfach nur sagen: Die Gemeinden müßten, weil sie Gemeinden sind, dies leisten. (C)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Nein, das hat der Bundesminister des Innern auch nicht getan. Ich darf vielleicht seine Reaktion bzw. ein Schreiben vom Kollegen Waffenschmidt an den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck zitieren. Er teilte auf das Schreiben der Hansestadt Lübeck folgendes mit:

> Das Volkszählungsgesetz 1987 wird von den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art. 84 des Grundgesetzes als eigene Angelegenheit ausgeführt. Unbeschadet der Finanzzuweisungen, die der Bund den Ländern gewährt, obliegt die Verantwortung für die Finanzierung der Aufgaben daher den Ländern. Ich habe deshalb Ihr Schreiben dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zugeleitet.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hürland.

Frau Hürland (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ist es zutreffend, daß nach vielen Jahren endgültig das Volkszählungsgesetz einstimmig hier im Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist, einstimmig im Bundesrat verabschiedet worden ist und daß bei diesem Gesetz die Zuständigkeiten geklärt worden sind, so daß es eigentlich überflüssig ist, daß wir uns hier über Finanzierung unterhalten, die meines Erachtens zunächst über die Länder zu gehen hätten? (D)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin Hürland, das ist alles zutreffend. Das stimmt auch hoffnungsvoll im Hinblick auf die Durchführung der Volkszählung trotz der gewissen finanziellen Bedenken, die an uns herangetragen worden sind.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Reschke, eine Zusatzfrage.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, anzuerkennen, daß den Städten und Gemeinden eine Kostenerhöhung, die von den seinerzeitigen Kalkulationen, die auch den Fachausschüssen vorgelegen haben, abweicht, auf Grund der Finanzkraft der Städte und Gemeinden nicht mehr zuzumuten ist, insbesondere auf Grund der gestiegenen Ausgaben für die Sozialhilfe?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Die Finanzkraft der Gemeinden ist sicherlich von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Eine einheitliche Beurteilung möchte ich mir nicht erlauben.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß die Frage 15 des Abgeordneten Reuter lautet:

> Sind der Bundesregierung Aussagen von Städten bekannt, die bisher schon zu erkennen gegeben haben, daß sie auf Grund ihrer Finanzkraft nicht in der Lage sind, die Kosten der Volkszählung aufzubringen?

Vizepräsident Cronenberg

(A) Diese Frage ist klar beantwortet worden. Ihre Zusatzfrage steht auch bei wirklich großzügiger Bewertung nicht mehr im Zusammenhang mit dieser Frage.

Ich bitte auch Sie, Herr Abgeordneter Immer, das zu berücksichtigen.

Immer (Altenkirchen) (SPD): Ich versuche es, Herr Präsident.

Herr Staatssekretär, nachdem doch klar ist, daß die Hauptinitiative zum Volkszählungsgesetz von der Bundesregierung ausgegangen ist,

(Frau Hürland [CDU/CSU]: Von der damaligen SPD-Bundesregierung!)

frage ich Sie, ob es auf die Dauer zumutbar ist, daß immer wieder Bundesgesetze initiiert werden, die auf Kosten der Gemeinden gehen, die dann aber unter finanziellem Gesichtspunkt nicht in der Lage sind, diese Gesetze auszuführen, und ist die Bundesregierung in Verfolg dieser gesetzlichen Regelung dann nicht verpflichtet — wenn nämlich höhere Kosten anfallen, als vorher angenommen worden ist —, diese Kosten auch zu erstatten?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Immer, Ihr Eingangshalbsatz geht nach meiner Auffassung an den Fakten vorbei. Es war nicht diese Bundesregierung, sondern es war schon die vorige Bundesregierung, die das Gesetz auf den Weg gebracht hat. Im übrigen haben alle Parteien im Deutschen Bundestag damals dieses Gesetz verabschiedet, so daß jetzt auch alle gemeinsam die Verantwortung tragen. Eine parteipolitische Differenzierung in dieser Frage halte ich nicht für gut. (B)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Staatssekretär, mir bleibt nichts anderes übrig, als Ihnen zu danken.

Ich rufe nun den Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz auf. Zur Beantwortung der Fragen steht uns Herr Bundesminister Engelhard zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 16 des Abgeordneten Müntefering auf:

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß der Kündigungsschutz für Mieter gemeinnütziger Unternehmen gelockert werden sollte?

Engelhard, Bundesminister der Justiz: Herr Kollege Müntefering, der Parlamentarische Staatssekretär hat weder in seinem Referat vor dem Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen am 25. September 1986 noch bei anderer Gelegenheit die Auffassung vertreten, daß der **Kündigungsschutz** speziell **für Mieter gemeinnütziger Unternehmen** gelockert werden sollte. Ganz im Gegenteil hat er in dem genannten Referat ausgeführt — ich zitiere —:

> Bei einem Mietrecht mit freierer Kündigungsmöglichkeit werden die von den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen schon bisher angebotenen Dauermietverträge für viele Bevölkerungsgruppen noch attraktiver werden.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte sehr, Herr Abgeordneter. (C)

Müntefering (SPD): Herr Minister, mir liegt ein Papier vor, von dem ich hoffe, daß es mit dem identisch ist, was veröffentlicht worden ist. Darin steht:

> Noch wichtiger ist, namentlich für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit ihrem umfangreichen Bestand an Sozialmietwohnungen, eine Lockerung der starren Mietpreisbindung durch Anpassung der Kostenmiete an die Marktbedingungen.

Denken Sie nicht, daß das eine Reduzierung des Mieterschutzes in den Wohnungen gemeinnütziger Art bedeutet? Und stimmt das Zitat?

Engelhard, Bundesminister: Bei der Lockerung des Kündigungsschutzes muß der Leitgedanke sein, die Möglichkeiten freier vertraglicher Gestaltung des Mietverhältnisses zu erweitern. Das ist aber im gemeinnützigen Bereich kein Thema, sondern nur für den Wohnungsmarkt insgesamt.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Müntefering.

Müntefering (SPD): Herr Minister, ich wiederhole die Frage, ob die Formulierung stimmt:

> Noch wichtiger ist, namentlich für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit ihrem umfangreichen Bestand an Sozialmietwohnungen, eine Lockerung der starren Mietpreisbindung durch Anpassung der Kostenmiete an die Marktbedingungen. (D)

Stimmt das Zitat?

Engelhard, Bundesminister: Das Zitat ist insofern richtig und zutreffend, als im gemeinnützigen Bereich darauf gesehen werden muß, daß den Trägern derartiger Wohnungen die Möglichkeit geschaffen wird, zu einem Ausgleich hinsichtlich der Mietpreise zu kommen, die ja bei der Kostenmiete häufig höher sind als bei freien Mieten.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hürland.

Frau Hürland (CDU/CSU): Herr Minister, ist es zutreffend, daß gemeinnützige Wohnungsunternehmen ihre Wohnungen jetzt zum Teil deswegen nicht vermieten können, weil sie nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen den festgelegten Mietpreis nicht unterschreiten dürfen, und daß der Staatssekretär Erhard sehr wohl gemeint haben könnte — ich unterstelle das einmal —, daß die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, wenn eine Mietpreisbindung fällt, die Wohnungen, die auf Grund der zu hohen Kostenmiete jetzt leerstehen, vermieten können?

Engelhard, Bundesminister: Frau Kollegin, ich verweise darauf, daß wir uns damit bereits im Bereich der Frage 17 des Kollegen Müntefering befinden. Herr Präsident, ich kann darauf gern gleich eingehen.

(A) **Vizepräsident Cronenberg:** Ich nehme an, daß der Abgeordnete Müntefering einverstanden ist, wenn seine Frage 17 und die Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hürland zu Frage 16 sozusagen gemeinsam beantwortet werden. Ich rufe also auch die Frage 17 des Abgeordneten Müntefering auf:

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die Mietpreisbindung des Kostenmietenprinzips bei Sozialwohnungen mit dem Ziel der Anpassung an die Marktbedingungen gelockert werden sollte?

Bitte sehr, Herr Minister.

Engelhard, Bundesminister: Das starre **Kostenmietenprinzip** zwingt nach Auffassung der Bundesregierung die **Vermieter von Sozialwohnungen** dazu, Mieten zu nehmen, die vielfach nichts mit dem Wohnwert zu tun haben, wie er sich auf Grund der nachfragewirksamen Wünsche der Mieter am Markt herausgebildet hat. Die Anpassung der Kostenmiete an die Marktbedingungen kann verhindern, daß der Sozialmieter häufig teurer wohnt als der Mieter in der freien Wohnungswirtschaft, was ja auf Dauer auf keinen Fall hingenommen werden könnte.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage, bitte.

Müntefering (SPD): Herr Minister, müssen die Mieter in gemeinnützigkeitsrechtlich gebundenen Wohnungen — das sind 900 000 in der Bundesrepublik und ungefähr 30 % der Wohnungen im Bestand (B) der Firma Schiesser — davon ausgehen, daß im nächsten Jahr die gemeinnützigkeitsrechtliche Kostenbindung für diese Wohnungen aufgehoben wird und der Eigentümer die Vergleichsmiete nehmen kann, die am Markt zu erzielen ist?

Engelhard, Bundesminister: Die Mieter müssen mit Derartigem nicht rechnen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Müntefering.

Müntefering (SPD): Herr Minister, müssen die Mieter in den gemeinnützigkeitsrechtlich gebundenen Wohnungen — 1 Million und 30 % im Schiesser-Bestand — davon ausgehen, daß — das ist ein weiterer Punkt in dem Papier des Staatssekretärs Erhard — im nächsten Jahr die Kündigungssperre von drei Jahren bei Umwandlung in Einzeleigentum weiter reduziert wird, so daß sie nach Umwandlung sehr schnell aus ihren Wohnungen herausgekündigt werden können?

Engelhard, Bundesminister: Wir sind damit bei der Frage, die der Kollege Sperling unter Nr. 19 gestellt hat.

(Müntefering [SPD]: Er kann nicht mehr hier sein, Herr Minister!)

Ich darf darauf hinweisen, daß die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard teilt, daß eine Verkürzung der Frist bei Eigenbedarf in Umwandlungsfällen überlegenswert ist.

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön. — Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt. (C)

Herr Minister, der Abgeordnete Dr. Sperling hat darum gebeten, daß seine Fragen 18 und 19 schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Herr Minister, ich danke Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

Den Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen brauche ich nicht aufzurufen, weil die Abgeordneten Senfft und Stiegler darum gebeten haben, ihre Fragen 20 und 21 bzw. 22 und 23 schriftlich beantwortet zu bekommen. Die Anworten werden als Anlagen abgedruckt.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft. Hier steht uns der Herr Parlamentarische Staatssekretär Grüner zur Verfügung.

Die Fragen 24 und 25 des Abgeordneten Roth werden auf dessen Wunsch schriftlich beantwortet; die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Wir können somit zur Beantwortung der Frage 26 des Abgeordneten Schreiner kommen:

Welche Zechen sind durch das Vorhaben der Bundesregierung, die Förderung der Kohle auf die „kostengünstigen Zechen" zu konzentrieren (Energiebericht der Bundesregierung vom 26. September 1986, Drucksache 10/6073, S. 20), innerhalb der nächsten Jahre von der Schließung bedroht, und wie gedenkt die Bundesregierung, etwaige Arbeitsplatzverluste auszugleichen?

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

(D)

Grüner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege, für den deutschen Steinkohlebergbau gilt wie für andere Wirtschaftsbereiche auch, daß er seine Produktion so kostengünstig wie möglich erbringen muß. Die gebotene Rationalisierung kann mit einer Vielzahl von Maßnahmen angestrebt werden. Dazu gehört auch eine **Konzentration der Förderung auf kostengünstige Zechen** bzw. Anlagen.

Der Bergbau hat sich dieser Aufgabe in den vergangenen Jahren stets von neuem gestellt. Er wird sich ihr auch weiterhin stellen müssen, zumal angesichts seiner gegenwärtig schlechten Wettbewerbsposition.

Es entspricht den bewährten Grundlinien der Kohlepolitik, daß dabei auch regionale und soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Der Energiebericht hat insoweit im übrigen nur wiederholt, was seit Jahren schon im Bundeshaushalt als Ziel der Investitionshilfen festgeschrieben ist. Es ist Sache der Unternehmen, zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie ihre Förderung optimieren wollen. Dabei spielen viele Gesichtspunkte eine Rolle, neben Kosten- und Absatzlage u. a. auch Lagerstättenbesonderheiten und Qualitätsfragen. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, in diese Entscheidungsabläufe einzugreifen bzw. ihnen vorzugreifen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Schreiner, bitte sehr.

(A) **Schreiner** (SPD): Herr Staatssekretär, wenn die Bundesregierung in einem offiziellen Dokument ihr Vorhaben dahin gehend zum Ausdruck bringt, daß nur noch die kostengünstigen Gruben gefördert werden sollen: Welche Gruben sollen denn nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Förderbereich herausgenommen werden? Sie müßten doch dann auch in der Lage sein, gewissermaßen in der Logik Ihres eigenen Vorhabens, Roß und Reiter etwas deutlicher zu nennen, statt eine allgemeine Angstsituation bei den Bergleuten zu produzieren.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, Herr Kollege, das ist Sache der Unternehmen selbst und war es immer. Es wäre falsch, wenn die Bundesregierung hier etwa aus dem Gesichtspunkt der Kostenoptimierung einzelne Bereiche herausgriffe und unmittelbar in Unternehmensentscheidungen eingriffe, von denen sie nicht voraussehen kann, ob die dazu berufenen Unternehmensorgane sie tatsächlich so in Angriff nehmen.

Vizepräsident Cronenberg: Ihre zweite Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, wie ist es angesichts dessen, daß der Wettbewerb zwischen südafrikanischer Kohle und deutscher Steinkohle dahin gehend verzerrt ist, als die Lebens- und Arbeitsbedingungen der südafrikanischen Bergarbeiter im glatten Gegensatz zu den grundlegendsten Rechten stehen, die von der UNO-Menschenrechtskommission gefordert werden, zu erklären, daß in
(B) den letzten Jahren der Import von Kohle aus Südafrika sprunghaft angestiegen ist?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich bin aus dem Stand nicht in der Lage, hier etwas über die Importe aus Südafrika zu sagen. Ich will nur sagen, daß Importe grundsätzlich beschränkt sind und daß alle Regierungen auch in der Vergangenheit an dieser Importbegrenzung festgehalten haben. Das ist die Grundlage unserer Kohlepolitik, d. h. Schutz der heimischen Kohle durch strikte Importbegrenzung.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Brück.

Brück (SPD): Herr Staatssekretär, kann man Ihre Antwort so interpretieren, daß die Bundesregierung Grubenstillegungen nicht ausschließt?

Grüner, Parl. Staatssekretär: So kann man das interpretieren, Herr Kollege; denn es ist ja offenkundig, daß es sehr kostenungünstige Anlagen gibt. Es ist auch offenkundig, daß es Anlagen gibt, deren Reserven erschöpft sind, die also zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr weiter betrieben werden können, weil nichts mehr zu fördern ist.

Vizepräsident Cronenberg: Der Herr Abgeordnete Klejdzinski hat um das Wort zu einer Zusatzfrage gebeten.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, beziehen Sie „kostengünstig" auf die gesamte Bundesrepublik, oder gibt es diesen Begriff „kostengünstige Zeche" auch für eine Region? Anders ausgedrückt: (C) Kann eine kostengünstige Zeche im Saargebiet kostenungünstiger als eine Zeche im Ruhrgebiet sein? Würden Sie das bitte interpretieren.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Das ist zunächst einmal eine Frage, die sich das betroffene Unternehmen zu stellen hat. Die Kostensituation der einzelnen Unternehmen ist hinsichtlich der Förderung sehr unterschiedlich gelagert, und eine sehr günstige Förderung oder eine sehr ungünstige Förderung hat viele Ursachen. Die Antwort bezieht sich auf das Unternehmen und seine Wettbewerbs- und Existenzfähigkeit.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Hürland.

Frau Hürland (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, kann ich davon ausgehen, daß nicht beabsichtigt ist, in den nächsten zehn Jahren irgendwelche Zechen zu schließen, und kann ich weiter davon ausgehen, daß, wenn solche Maßnahmen anstünden, das Parlament und nicht irgendein Ministerium darüber zu entscheiden hätte?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, das Parlament hat genauso wie die Regierung über die Subventionen zu entscheiden, die in diesem Bereich gezahlt werden.

Zechenstillegungen können nicht ausgeschlossen werden — ich habe die Gründe genannt —, z. B. wenn nichts mehr zu fördern da ist; das ist der (D) extreme Fall. Dabei stellt sich natürlich auch die Frage, wann von der Kostenseite her der Zeitpunkt gekommen ist, eine unergiebige Zeche zu schließen. Auch aus diesem Grunde kann Zechenstillegung nicht ausgeschlossen werden. Es ist weiter eindeutig so, daß es außerordentlich kostengünstige Anlagen gibt und daß es extrem kostenungünstige Anlagen gibt. Die Unternehmen sind verpflichtet, um ihrer Wettbewerbsfähigkeit willen und um der Arbeitsplätze willen, die sie haben, in ihre Kostenüberlegungen auch diesen Aspekt mit einzubeziehen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Toetemeyer.

Toetemeyer (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben soeben als Meinung der Bundesregierung festgestellt, daß zum Schutz der heimischen Steinkohle Importbeschränkungen nach wie vor erforderlich seien. Wie erklären Sie sich dann die Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers in der Europäischen Gemeinschaft, der Importbeschränkungen bei südafrikanischer Kohle ausdrücklich abgelehnt hat?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe mich auf die Importbeschränkungen bezogen, die wir seit vielen Jahren praktizieren, die die Zustimmung hier dieses Hauses gefunden haben, und das hat nichts mit der Frage zu tun, ob man bestimmte Sanktionsmaßnahmen im Falle Südafrika für richtig hält oder nicht.

(A) **Vizepräsident Cronenberg:** Ich rufe die Frage 27 des Abgeordneten Schreiner auf:

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Ausbau der Fernwärmeversorgung und die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (Kohle-Heizkraftwerke) weiter zu fördern und das am 31. Dezember 1986 auslaufende Unterstützungsprogramm mit den Bundesländern fortzusetzen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Bund und Länder haben sich in der Wirtschaftsministerkonferenz am 18. September 1986 auf eine Verlängerung des Bund-Länder-Programms um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1987 ohne Aufstockung der Mittel verständigt, nachdem das Programm auch nach rund fünfjähriger Laufzeit und einer Verlängerung im vergangenen Jahr im Bundesdurchschnitt erst zu 85% ausgeschöpft ist. Ein weitergehender Antrag, der auf ein neues Anschlußprogramm abzielte, fand keine Mehrheit. Das Auslaufen des Programms jetzt zum 31. Dezember 1987 bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Aufträge für zur Förderung vorgesehene Projekte erteilt sein müssen. Die Realisierung dieser Projekte wird dann noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Unabhängig von der **Förderung der Fernwärme** durch das Bund-Länder-Programm bleibt die Förderung gemäß § 4 a des Investitionszulagengesetzes wie auch durch die Möglichkeit zur erhöhten steuerlichen Abschreibung der Fernwärmeanschlüsse nach § 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung bestehen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage, bitte
(B) sehr, Herr Abgeordneter.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Ausbau von Nah- und Fernwärmeversorgungssystemen die wichtigste Technik zur Energieeinsparung, gegenwärtig und auf absehbare Zeit, darstellt, und läßt sich aus der Weigerung der Bundesregierung, ein Anschlußprogramm mit zu initiieren, die Vermutung herleiten, daß diese Weigerung darin begründet ist, daß die Bundesregierung einseitig auf den weiteren Ausbau der Atomenergie setzt?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, Herr Kollege, das kann man daraus nicht schließen, sondern ich bestätige, daß der Ausbau der Fernwärme nach wie vor ein energiepolitisch wichtiges Ziel ist. Sie wissen, daß die Länder seit langem den Verzicht auf die Mischfinanzierung fordern. In der entsprechenden Bund-Länder-Konferenz hat sich die Mehrzahl der Länder gegen die Fortsetzung dieses Programms ausgesprochen. Das war auch die Meinung der Bundesregierung. Ihre Auffassung ist, daß da, wo sich geeignete Möglichkeiten zur Fortsetzung des Fernwärmeausbaus bieten, die Länder entsprechende Maßnahmen in eigener Regie ergreifen sollen und können. Ich füge hinzu: Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind noch nicht ausgeschöpft, so daß auch hier noch ein Spielraum gegeben ist.

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie soeben sagten, es solle ohne Aufstockung der Mittel um ein Jahr verlängert werden, frage ich: Wie interpretiert denn die Bundesregierung Stellungnahmen, die lauten, daß das Interesse an diesem Programm in der Vergangenheit bei weitem die zur Verfügung gestellten Mittel überstiegen hat? (C)

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, es ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gewesen. Es gibt Länder, die die Mittel voll abgerufen haben, und es gibt andere Länder, die diese Mittel nicht abgerufen haben. Dadurch entsteht ein Belegungsgrad der noch zur Verfügung stehenden Mittel von im Augenblick 85,9%. Es ist also noch Spielraum für den Abruf weiterer Mittel. Es wird zunächst darauf ankommen, ob die Länder, die die Mittel noch nicht abgerufen haben, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß, wenn bei solchen Ländern ein Interesse nicht besteht, diese Mittel für andere Länder zur Verfügung gestellt werden können, die ein Interesse daran haben.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Brück.

Brück (SPD): Herr Staatssekretär, sind Sie nicht auch der Auffassung, daß Fernwärme und Kraft-Wärme-Koppelung aus ökonomischen und ökologischen Gründen auch in der Zukunft gefördert werden müßten, und sind Sie in der Lage, die Länder zu nennen, die das Programm bisher nicht oder nicht ausreichend genutzt haben und die, wie Sie sagten, (D)
in der Mehrheit dagegen gewesen seien, es zu verlängern?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Es handelt sich um die CDU/CSU-regierten Länder, die sich gegen die Fortsetzung dieser Mischfinanzierung ausgesprochen haben.

Der Belegungsgrad ist unterschiedlich. Ich möchte Ihnen gerne eine Liste mit dem Belegungsgrad übergeben, die alle Länder umfaßt. Ich füge allerdings hinzu, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten für den Fernwärmeausbau sehr unterschiedlich gelagert sind. Es ist ein Problem dieser Förderung, daß es extreme Kosten verursacht, den Fernwärmeausbau voranzutreiben. Das ist der Grund dafür, daß wir zwar Fortschritte gemacht haben, aber nicht in der Intensität, wie das energiepolitisch wünschenswert wäre. Daß die augenblickliche Preissituation diese Lage noch zusätzlich verschärft, liegt auf der Hand.

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön. Ich rufe die Frage 28 des Abgeordneten Toetemeyer auf:

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Vizepräsident der südafrikanischen Nationalbank, Herr Dr. de Kook, zusammen mit Herrn Dhlomo von der Inkatha-Bewegung vom 11. bis 13. Oktober 1986 in Boppard mit Vertretern der deutschen Wirtschaft konferiert hat, und wenn ja, hat sie diese Zusammenkunft finanziell gefördert?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wenn Sie einverstanden sind, würde ich gerne beide Fragen zusammen beantworten.

(A)

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe auch die Frage 29 auf:

Kann die Bundesregierung die Meldung des südafrikanischen Fernsehens vom 14. Oktober 1986 bestätigen, wonach führende deutsche Industrielle Herrn Dr. de Kook erklärt haben, sie seien bereit, verstärkt in Südafrika zu investieren, und ist sie bereit, diese Investitionen gegebenenfalls durch Hermes-Bürgschaften abzusichern?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Es tut mir leid, Herr Kollege, beide Fragen muß ich mit einem klaren Nein beantworten.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage.

Toetemeyer (SPD): Herr Präsident, ich habe jetzt ein paar Zusatzfragen?

Vizepräsident Cronenberg: Sie haben vier Zusatzfragen, selbstverständlich.

Toetemeyer (SPD): Kann ich davon ausgehen, Herr Staatssekretär, nachdem Sie die Frage 28, also meine erste Frage, mit Nein beantwortet haben, daß Sie — Sie antworten ja für die Bundesregierung — Ihre Beantwortung nicht mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt haben?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wir haben von diesem **Besuch des Vizepräsidenten der südafrikanischen Nationalbank** aus der Presse gehört, und wir haben auf Grund Ihrer Anfrage bei den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft nachgefragt und von dort keine Auskunft bekommen bzw. keine Bestätigung dieser Meldungen, auf die Sie sich berufen. Deshalb sagen wir, es ist uns nicht bekannt, daß ein solcher Besuch stattgefunden hat und daß Gespräche stattgefunden haben; wir kennen sie nicht.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön.

Toetemeyer (SPD): Darf ich also dann davon ausgehen, daß Ihnen die Untersuchungen des Auswärtigen Amtes, wonach diese Veranstaltung vom Konsulat der südafrikanischen Republik in Frankfurt durchgeführt wurde, nicht bekannt ist?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, Herr Kollege, das ist mir nicht bekannt. Ich werde dem gerne nachgehen, aber an dem Tatbestand wird sich sicher nichts ändern, daß die von Ihnen gestellte Frage von mir mit Nein beantwortet werden muß, weil, wie gesagt, dieses Treffen nicht bekannt ist und auch, wenn es stattgefunden hat, woran ich nicht zweifle, keine inhaltlichen Angaben zu diesem Gespräch möglich sind, dafür auch keine Veranlassung besteht.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage.

Toetemeyer (SPD): Herr Staatssekretär, halten Sie es für eine Zumutung, daß sich die Bundesregierung auch einmal in dem auch Ihnen bekannten Hotel in Boppard erkundigt hätte, welche Veranstaltung dort stattgefunden hat?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, das würde ich wirklich für unzumutbar halten. Sie fragen mich, ob eine finanzielle Förderung eines Besuches stattgefunden hat, von dem wir aus der Zeitung erfahren haben. Wir haben keinerlei Kontrolle — und wollen auch keine haben — über Besuche und über Gespräche, die geführt werden. Wichtig ist, daß es keinerlei offizielle Unterstützung eines solchen Besuches gegeben hat und daß den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft dieser Besuch nach ihrer Auskunft uns gegenüber, die wir erst auf Grund Ihrer Anfrage bekommen haben, nicht bekannt war.

(C)

Vizepräsident Cronenberg: Letzte Zusatzfrage.

Toetemeyer (SPD): Letzte Frage: Darf ich, da es sich bei dieser Tagung um eine Tagung handelte, die vom Spitzenverband des Deutschen Handwerks ausging, davon ausgehen, daß Sie den Spitzenverband des deutschen Handwerks nicht gefragt haben?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Das ist richtig, Herr Kollege. Der Spitzenverband des deutschen Handwerks wurde nicht gefragt. Ich bin gerne bereit, mich auf Grund der von Ihnen jetzt gegebenen zusätzlichen Information auch danach zu erkundigen, füge aber hinzu, daß der Kern Ihrer Frage, nämlich eine finanzielle Förderung, und auch die Frage, ob etwaige Investitionen gefördert würden, wenn sie in Südafrika getätigt würden, mit einem klaren Nein zu beantworten ist, so daß sich aus der eigentlichen materiellen Frage keine Änderung der Situation ergeben wird.

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön, weitere Zusatzfragen.

Stockhausen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, müssen sich bei uns Verbandsvertreter oder andere Vereinigungen, wenn sie Tagungen durchführen, bei der Regierung anmelden, wenn sie das machen wollen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, natürlich nicht, aber es ist selbstverständlich, daß wir uns auf Grund der Anfrage des Kollegen bemüht haben, bei den Spitzenverbänden eine Information zu bekommen. Eine Verpflichtung, solche Auskünfte zu geben, besteht nicht. Es ist eine reine Höflichkeit gegenüber dem anfragenden Kollegen, daß wir das getan haben. Ich halte das auch für selbstverständlich. Es gilt ganz grundsätzlich, daß bei uns jeder tagen kann, auch jeder Ausländer tagen kann, wie er das will, und daß es darüber keine Kontrolle und auch keine Rechtfertigungspflicht gegenüber irgend jemandem gibt.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Weyel.

Frau Weyel (SPD): Herr Staatssekretär, würden Sie den Spitzenverband des deutschen Handwerks nicht als einen der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft bezeichnen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Doch, und ich habe deshalb klargestellt, welche Spitzenverbände wir

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) gefragt haben in dem Bemühen, der Anfrage des Herrn Kollegen Rechnung zu tragen und möglicherweise zusätzliche Informationen zu bekommen, die über die Zeitungsnotizen hinausgingen, von denen wir Kenntnis gehabt haben.

Vizepräsident Cronenberg: Damit ist der Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft abgeschlossen. Ich bedanke mich bei dem Staatssekretär Grüner.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf. Zur Beantwortung steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Gallus zur Verfügung.

Ich rufe zunächst einmal die Frage 30 des Abgeordneten Michels auf:

> Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß das Land Hessen für die Erfassung und den Vertrieb von Milch und Milchprodukten den Milchproduzenten 22 Stallhaltungstage auferlegt hat, 30 Landwirte aus dem Kreis Höxter ihre Kühe 22 Tage im Stall halten mußten, da sie die Milch an eine Molkerei in Hessen abliefern, das Land Nordrhein-Westfalen diese Landwirte aber nur für zwölf Tage entschädigt, weil Nordrhein-Westfalen nur zwölf Stallhaltungstage verfügt hatte?

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Gallus, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Michels, der Sachverhalt ist der Bundesregierung bekannt. Am 1. August 1986 hat im Bundesumweltministerium eine Bund-Länder-Bespre-
(B) chung stattgefunden, die sich grundsätzlich mit der Frage des **finanziellen Ausgleichs bei ländergrenzüberschreitenden Milchanlieferungen** befaßt hat. In dem Protokoll dieser Sitzung heißt es dazu:

> Im Hinblick auf die Empfehlung des Bundes zur Vorsorge im Bereich Milch waren in den Ländern Beschränkungen beim Weideaustrieb und bei der Frisch-Grünfütterung veranlaßt worden, die in den Ländern, zum Teil auch innerhalb der Länder in verschiedenen Regionen, wegen der auf Grund der jeweiligen Gegebenheiten unterschiedlichen Einschätzung der Kontamination des Bewuchses durch die zuständigen Landesbehörden zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausliefen. Diese Beschränkungen gelten naturgemäß nur im Zuständigkeitsbereich der Behörden, die sie ausgesprochen haben, soweit diese nicht ohnehin weitere regionale Differenzierungen vornahmen. Für die Feststellung des Schadens ist daher allein der Betriebssitz des Antragstellers maßgebend.

Diese Rechtsauffassung wird vom Bund und der Mehrheit der Länder vertreten. Diese Regelung — Abstellen auf den Betriebssitz — ermöglicht ja auch die schnelle und effiziente Abwicklung der Ausgleichszahlungen. Unabhängig von der Rechtslage wäre es auch nicht vertretbar, im nachhinein auf den Sitz der Molkerei als maßgebliches Kriterium abzustellen, weil dann Milcherzeuger mit Betriebssitz in einem Bundesland mit längerer Beschränkung des Weideaustriebs einen Ausgleich nur für die am Sitz der Molkerei geltende kürzere Frist
(C) beanspruchen könnten. Dies würde für einen großen Teil von Milcherzeugern eine Schlechterstellung bedeuten.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Michels, eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Michels (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wie soll sich der einzelne Landwirt dagegen wehren können, wenn ihm zur Auflage gemacht wird, daß er seine Kühe 22 Tage im Stall halten muß, das Land, in dem er wohnt, ihm aber nur 12 Tage Entschädigung gibt? Welche Möglichkeit hat der Landwirt nun, für diese zehn offenen Tage eine Entschädigung zu bekommen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, er hat rechtlich praktisch keine Möglichkeiten. Ich habe Ihnen ja erklärt, daß der Betriebssitz des Unternehmens maßgebend ist. Denn umgekehrt wäre es ja ebenso falsch, wenn hier die andere Situation entstehen würde, die ich geschildert habe. Das beweist eben, wie notwendig es war, daß die Bundesregierung das Strahlenschutzvorsorgegesetz verabschiedet hat, um für einheitliche Zuständigkeiten in diesen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland zu sorgen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Michels. Bitte sehr.

Michels (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß das Rechtsempfinden des nun so behandelten Landwirts doch mächtig gestört wird? (D)

Gallus, Parl. Staatssekretär: Das kann sein. Nur: Ich muß mich an das halten, was hier ausgemacht worden ist. Das Protokoll habe ich verlesen. Falls der zuständige Landwirt damit nicht einverstanden ist, kann er den Rechtsweg beschreiten.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Stockhausen.

Stockhausen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, es handelt sich um eine begrenzte Zahl von Landwirten, die an Ländergrenzen wohnen, die sich natürlich auf der Entschädigungsseite benachteiligt fühlen, die die gleichen Auflagen erfüllen mußten wie ihre Kollegen aus dem anderen Teil, die aber zehn Tage weniger bezahlt bekommen. Sieht die Bundesregierung eine Chance, noch im nachhinein diese Fälle aus dem Gerechtigkeitsgefühl heraus auszugleichen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Ich sehe keine Chance, nachdem sich Bund und Länder auf diesen Rechtsstandpunkt, den ich Ihnen vorgetragen habe, geeinigt haben.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, kommt in dem, was hier zu Recht gefragt worden ist, nicht zum Ausdruck, daß die Bundesregierung in dieser Zeit, wenn man so will, zwar nicht geschlafen, aber

Dr. Klejdzinski

(A) doch nicht die nötige Vorsorge in dieser Angelegenheit getroffen hat?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Nein, das überhaupt nicht, Herr Kollege. Es ist die Situation entstanden, daß es in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Zeitenvorgaben gegeben hat, weil die Bundesländer die Situation unterschiedlich beurteilt und auch das Recht gehabt haben, in bezug auf die Zeiten, in denen ausgetrieben werden darf oder nicht, entsprechend zu handeln.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Eigen.

Eigen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, dies ist nun für die beteiligten Landwirte ein so eklatanter Fall, daß sie die Weisheit der Regierenden eigentlich nur sehr schwer erkennen können.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Greifen Sie nicht die Bundesregierung an!)

Und wenn es sich um so wenig handelt wie hier in diesem Falle, wäre es dann nicht doch besser, wenn man einen Weg finden würde, eine solche wirklich eklatante Ungerechtigkeit, die mit Händen greifbar ist, auszugleichen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, selbst wenn ich dieser Auffassung wäre, muß ich dabei bleiben, daß ich hier erklärt habe — ich wiederhole —, daß am 1. August 1986 eine Bund-Länder-Besprechung im Bundesumweltministerium stattgefunden hat, die sich mit der Frage grundsätzlich befaßt hat. Das Protokoll, das darüber erstellt worden ist, habe ich verlesen. Damit ist das der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung, und ich kann hier keine zusätzlichen Versprechungen machen.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Reuter.

Reuter (SPD): Herr Staatssekretär Gallus, Sie haben dem Kollegen Michels vorhin erklärt, daß die Bundesregierung auf Grund der hier in Frage stehenden Themen das Strahlenschutzvorsorgegesetz gemacht habe, das dann diese Fälle regelt. Ich hätte von Ihnen gern gewußt, wo in diesem Gesetz eine Passage enthalten ist, die den Fall, den der Kollege Michels hier vorträgt, regelt.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Nein, das ist natürlich nicht konkret geregelt. Aber es werden z. B. einheitliche Werte für die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die Belastung, in bezug auf die Vorsorgezeiten vorgegeben, an die man sich dann im ganzen Bundesgebiet halten muß.

Sie wissen ja, daß wir sehr unterschiedliche Werte gehabt haben. Wir haben nach Tschernobyl die Werte der Weltgesundheitsorganisation gehabt, an die sich die Franzosen, die Engländer und viele andere gehalten haben. Deshalb hat es dort keine Belastung gegeben, obwohl die Belastung dort vielleicht so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland war.

(C) Der Bund hat die Werte der Strahlenschutzkommission vorgegeben, und das Land Hessen z. B. hat ja dann sehr viel niedrigere Werte festgelegt. Daraus resultiert diese Unterschiedlichkeit.

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön. — Herr Abgeordneter Reuter, Sie haben eine Zusatzfrage zu der Antwort des Herrn Staatssekretärs gestellt, aber keine Zusatzfrage zu der ursprünglichen Frage. Das nur der guten Ordnung halber.

Die Fragen 31 und 32 werden auf Wunsch des Fragestellers, des Abgeordneten Kroll-Schlüter, schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Ich rufe die Frage 33 des Abgeordneten Eigen auf:

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Beschränkung der Macht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft einzuleiten, nachdem die Kommission mit einer Senkung der Exporterstattung für Rindfleisch die Rindfleischmarktordnung ausgehöhlt hat und damit den Ministerrat und das Europäische Parlament desavouiert?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Eigen, die Bundesregierung ist über die Auswirkungen der von der **EG-Kommission** mit Wirkung vom 15. Oktober 1986 beschlossenen **Senkung der Erstattungen bei Export von frischem und gekühltem Rindfleisch** sehr besorgt. Sie hat wegen dieser Entscheidung beim Vizepräsidenten der EG-Kommission, Herrn Andriessen, schriftlich und mündlich interveniert, auf die ernsten Folgen der unerwarteten Erstattungssenkung für die betroffenen Unternehmen aufmerksam gemacht und unverzüglich Abhilfe verlangt. (D)

Die Bundesregierung bedauert die Entscheidung der EG-Kommission, gegen die außer der Bundesrepublik Deutschland drei andere Mitgliedstaaten gestimmt haben. Fünf Mitgliedstaaten haben sich der Stimme enthalten.

Das Vorgehen der EG-Kommission ist kaum dazu angetan, einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Probleme auf dem Rindfleischmarkt zu leisten. Im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten der Mehrzahl der Mitgliedstaaten hat die EG-Kommission jedoch ihre Befugnisse im Rahmen der Marktverwaltung nicht überschritten.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Eigen.

Eigen (CDU/CSU): Das, Herr Staatssekretär, ist der Ansatzpunkt meiner Nachfrage: Müßte man, wenn das so ist, nicht darüber nachdenken, ob man die Kompetenzen zwischen Kommission und Rat doch insoweit anders verteilen müßte, als die Kommission aus ihrer Zuständigkeit heraus Beschlüsse des Rates nicht in solcher Weise torpedieren kann, wie sie es hier über den Verwaltungsausschuß getan hat? Denn die Rindfleischmarktordnung sagt, daß der Marktpreis an 90 % des Orientierungspreises herangeführt werden soll, und die Maßnahme, die vom Ministerrat beschlossen worden ist, ist bestimmt keine, die Rindfleischmarktordnung zu vollziehen.

(A) **Gallus**, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich muß davon ausgehen, daß sich die EG-Kommission der rechtlichen Seite ihres Handelns bewußt und vielleicht an die Grenze dessen gegangen ist, was möglich ist. Aber wir können nicht ersehen, daß sie diese Grenze überschritten hätte. Falls die Zuständigkeiten der Kommission begrenzt werden sollen, wäre dies eine Aufgabe, überhaupt darüber nachzudenken, wie der EG-Vertrag geändert werden soll, um die Kompetenzen neu zu verteilen; vielleicht auch eine Aufgabe des Europäischen Parlaments.

Vizepräsident Cronenberg: Sie haben eine weitere Zusatzfrage, bitte sehr.

Eigen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, jetzt ist nicht nur in dieser Sache die Kompetenz von Kommission und Ministerrat gefragt, sondern wir sind mitten im Weideabtrieb

(Zuruf von der CDU/CSU)

— von Bullen und Ochsen; das für die Kollegen, die das sonst nicht verstehen —, und da belastet natürlich eine solche Maßnahme die Regelungen, die ja schließlich auch mit dem Haushalt der Bundesregierung durch Aufstockung der Berlin-Reserve so günstig wie möglich für die Landwirtschaft geschaffen worden sind. Das alles wird durch eine solche Maßnahme torpediert, besonders in einem Gebiet, in dem man sich sehr viel Mühe gegeben hat, durch den Export Luft im Rindfleischmarkt in der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen.

(B) **Gallus**, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich verstehe die Sorge, auch die Sorge aus Schleswig-Holstein beim Weideabtrieb. Die Bundesregierung hat dementsprechend gehandelt und bei der EG-Kommission, bei Herrn Andriessen interveniert. Ich glaube, damit haben wir unsere Möglichkeiten ausgeschöpft.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Michels.

Michels (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, hat denn die Kommission aus der Tatsache, daß wir selber so viel Rindfleisch zuviel haben, nicht die Erkenntnis gezogen, die Importe von Rindfleisch aus anderen Ländern in die EG hinein nun wirklich wesentlich stärker drosseln zu sollen, als das bisher geschehen ist?

(Zuruf von der SPD: Freie Marktwirtschaft!)

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, dazu ist zu sagen, daß sich die Situation in den letzten 15 Jahren total verändert hat. Vor 15 Jahren hat die EG 900 000 Tonnen Rindfleisch importiert, nichts exportiert. Heute exportieren wir bis zu 800 000 Tonnen Rindfleisch — z. B. im letzten Jahr — und importieren nur noch 400 000 Tonnen Rindfleisch. Diese Menge ist — in einzelnen Größenordnungen — im GATT festgelegt.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Müller (Schweinfurt).

Müller (Schweinfurt) (SPD): Herr Staatssekretär, ist es nicht so, daß z. B. bei den letzten Agrarpreisbeschlüssen ausgerechnet der Ministerrat — auch unser Agrarminister — auf Beschlüsse in diesem Bereich verzichtet und es der Kommission überlassen hat, nach Lösungen zu suchen? (C)

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich muß sagen, daß gerade wir von der bundresrepublikanischen Seite — und Herr Minister Kiechle — stets darauf gedrängt haben, auch im Rindfleischsektor schnell zu neuen Lösungen zu kommen. Nicht die Bundesrepublik ist es gewesen, die hier gebremst und die Dinge hinausgezogen hat, sondern insbesondere Frankreich.

Vizepräsident Cronenberg: Danke schön.

Dann kann ich die Frage 34 des Abgeordneten Eigen aufrufen:

Worin sieht die Bundesregierung die Gründe für den totalen Zusammenbruch der Schweinepreise in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen kann und will die Bundesregierung ergreifen, um den in große Not geratenen Schweine- und Ferkelerzeugern zu helfen?

Herr Staatssekretär.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die Marktsituation bei Schweinefleisch ist seit Mitte 1985 durch ein steigendes inländisches Angebot gekennzeichnet. Im Wirtschaftsjahr 1985/86 lagen die Schlachtungen aus Eigenerzeugung mit 39,1 Million Stück um 4,2% über dem Ergebnis von 1984/85. Nach dem Ergebnis der letzten Schweinezählung im August dieses Jahres wird in der Bundesrepublik Deutschland für das Wirtschaftsjahr 1986/87 mit einem Anstieg der Schweineschlachtungen auf 39,7 Millionen Stück — das sind plus 1,5% — gerechnet. In der EG wird für den gleichen Zeitraum ein Produkionsanstieg von 2 bis 3% erwartet. (D)

Bei diesem Produktionsanstieg war es nicht überraschend, daß die **Schlachtschweinepreise** stark rückläufig waren. Im Wirtschaftsjahr 1985/86 waren die Schlachtschweinepreise rund 10% niedriger als ein Jahr zuvor.

Die Schweineproduktion ist trotzdem weiter ausgedehnt worden. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die Erlösminderungen bei den Schlachtschweinen weitgehend durch niedrigere Ferkel- und Futterkosten ausgeglichen werden konnten.

(Unruhe)

Vizepräsident Cronenberg: Ich wäre dem Hause dankbar, wenn wir so viel Ruhe hätten, daß wir die Fragestunde ordentlich abwickeln können.

Herr Staatssekretär, jetzt kommt die Zusatzfrage des Abgeordneten Eigen.

Eigen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, Ihre Aussage war richtig bis vor 14 Tagen, als der Schweinepreis zusätzlich zusammenbrach. Meine Frage habe ich deswegen gestellt, weil es doch Möglichkeiten geben muß, den Ursachen nachzugehen und, wenn es geht, einige dieser Ursachen auch auszugleichen. Ich denke da z. B. an die private Einlagerung, deren Auslagerung jetzt zusätzlich zu einem Überangebot

Eigen

(A) am Markt erfolgt. Ich denke als Beispiel daran, die private Einlagerung fortzusetzen.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, der Schweinefleischmarkt ist, wie Sie sagen, gegenwärtig zusätzlich belastet durch Auslagerung im Rahmen der privaten Lagerhaltung, die im Frühjahr 1986 in der EG durchgeführt worden ist. In den Monaten Oktober bis Dezember 1986 stehen in der EG über 50 000 t zur Auslagerung an. Auf Grund des neuerlichen starken Preisrückgangs hat das BML bei der EG-Kommission eine Verlängerung der Lagerhaltung dieser Bestände beantragt, um den Druck auf den Markt von dieser Seite zu verringern. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Kommission diesem Antrag folgen wird.

Außerdem setzen wir uns für eine Anhebung der Exporterstattungen bei Schweinen ein.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage.

Eigen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, falls sich die Katastrophe am Markt für Schweinefleisch verlängern sollte, denken Sie dann auch daran, die Möglichkeit einer Grenzsperrung gegenüber EG-Ländern zu erwägen, also in dem Fall, daß wirklich ein Zusammenbruch des Marktes erfolgt?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich glaube, daß es nicht in Frage kommt — darüber sind wir uns wohl einig —, innerhalb der EG die Grenzen dichtzumachen. Wir haben einen einheitlichen Markt. Er muß offenbleiben, wenn nicht ganz

(B) Europa in seiner Entwicklung stagnieren soll.

Ich bin aber der Auffassung, daß aus der jetzigen Konsequenz am Markt die Erkenntnis, Schluß zu machen mit der Förderung im Überschußbereich bei Schweineställen, bei denen wachsen sollte, die noch bis vor einem Jahr der Meinung gewesen sind, daß man, wenn in einer Region zu wenig Schweine vorhanden sind, lustig drauflosproduzieren kann; das spiele keine Rolle. Sie wissen, daß sich unser Minister in Brüssel bemüht hat, die Förderung der Schweinehaltung zu reduzieren. Aber wir sind noch nicht so weit gekommen, diese Förderung im Investitionsbereich völlig auszusetzen. Wenn uns das nicht gelingt, wird das Desaster im Bereich der Schweinehaltung unaufhaltsam weiterschreiten.

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 35 des Abgeordneten Funk auf:

> Kann die Bundesregierung zusammen mit den Ländern alsbald erreichen, daß schweinehaltende Betriebe in die Ausgleichszulage der benachteiligten Gebiete aufgenommen werden, da diese Betriebe keinerlei Marktstützung bekommen und deshalb besonders benachteiligt sind?

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die EG-Kommission hat Vorschläge zur Weiterentwicklung der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur vorgelegt, nach denen u. a. bei der Ausgleichszulage die Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle pflanzlichen Pro- (C) duktionszweige mit Ausnahme von Weizen und verschiedenen Sonderkulturen erwogen wird. Das bedeutet, daß beispielsweise zukünftig auch Betriebe, die stärker auf Schweinehaltung oder Marktfrüchte ausgerichtet sind, die **Ausgleichszulage** erhalten könnten. Wie eine solche Regelung gestaltet sein wird, ist derzeit noch nicht zu übersehen. Die Beratungen auf EG-Ebene bleiben abzuwarten, zumal die Mitgliedstaaten bestrebt sein werden, die eigenen Vorstellungen und Wünsche durchzusetzen. Im übrigen müssen die eventuellen Kosten der Finanzierung bei allem bedacht werden.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr.

Funk (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, es ist doch so, daß der überwiegende Anteil der Finanzierung für die benachteiligten Gebiete von Bund und Ländern getragen wird. Können der Bund und die Länder daraus nicht die Konsequenz ableiten, daß sie dann, wenn das bei uns notwendig ist, solche neuen Regelungen auch von sich aus einführen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die Situation ist einfach so: Wir finanzieren in der Gemeinschaftsaufgabe die benachteiligten Gebiete; 60% der Bund, 40% die Länder, und jeweils 25% daran zahlt die EG. Der Bund kann keine neuen Kriterien — in bezug auf Ihre Fragestellung — einführen; dies müßte zuvor von der EG als Rahmen genehmigt werden.

Vizepräsident Cronenberg: Sie haben eine weitere Zusatzfrage, bitte sehr. — Sie wird nicht gewünscht. (D)

Ich rufe dann noch die Frage 36 des Abgeordneten Funk auf:

> Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch entsprechende finanzielle Anreize kurzfristig die Milchgarantiemenge zu reduzieren, ohne daß den betreffenden Landwirten Einkommenseinbußen entstehen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, im Prinzip ja. Voraussetzung ist, daß eine solche Maßnahme im Ministerrat der EG beschlossen wird.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Funk.

Funk (CDU/CSU): Darf ich Sie fragen: Hat sich die Bundesregierung bemüht, mit den anderen großen Milcherzeugerländern der EG Kontakt aufzunehmen, um einmal festzustellen, ob eine Bereitschaft für eine so rasche Rückführung der Milchproduktion vorhanden ist, damit auf diesem Markt Kosten und Angebot wieder etwas mehr ins Gleichgewicht kommen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wir sind dauernd im Gespräch mit den anderen Ländern und bemühen uns stetig, zu vernünftigen Lösungen, insbesondere in der Milchpolitik, zu kommen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Immer, bitte sehr.

(A) **Immer** (Altenkirchen) (SPD): Herr Staatssekretär, stimmt es, daß Minister Kiechle im Ministerrat eine lineare Kürzung der **Milchquoten** um 5 % mit einem Kostenaufwand von 1,7 Milliarden DM und eine Entschädigung von 0,35 Pf pro Kilogramm abgesenkte Quote vorgeschlagen hat?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Tatsache ist, daß im Augenblick diskutiert wird, wie man einen Weg findet, mit dem Problem der Milch fertig zu werden. Hier gibt es Vorschläge von allen möglichen Ländern. Von seiten der Bundesrepublik ist ein Vorschlag in ähnlicher Richtung, wie Sie ihn vortragen, gemacht worden, wobei die Einzelheiten bis jetzt keineswegs festgelegt worden sind.

(Vorsitz: Präsident Dr. Jenninger)

Präsident Dr. Jenninger: Weitere Fragen sind nicht da. Dann schließe ich die Fragestunde.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich folgendes erklären: Der 10. Deutsche Bundestag hat am 5. Juni 1986 in der Wahrnehmung seines Rechtes nach Art. 44 des Grundgesetzes einen **Untersuchungsausschuß „Neue Heimat“** eingesetzt. Nach Art. 44 Abs. 2 des Grundgesetzes finden auf die Beweiserhebungen die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung. Sie sehen vor, daß Zeugen, die in unzulässiger Weise die Aussage und damit die Aufklärung von Sachverhalten verweigern, mit den **Zwangsmitteln der Strafprozeßordnung** zur Aussage angehalten werden können. Dies ist, wie Sie wissen, geschehen.

(B)

Dazu sind in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit Wertungen vorgenommen worden, die die Inanspruchnahme dieser Instrumente des Rechtsstaates mit der Pervertierung des Rechts während der nationalsozialistischen Diktatur verglichen haben.

(Seiters [CDU/CSU]: Pfui!)

Als Präsident des Deutschen Bundestages habe ich die **Würde und die Rechte dieses Hohen Hauses** zu wahren. Aus diesem Grunde bin ich verpflichtet, solche durch nichts gerechtfertigten Angriffe und Unterstellungen mit äußerster Entschiedenheit zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Seiters [CDU/CSU]: Da regt sich bei der SPD keine Hand!)

Meine Damen und Herren, im übrigen hat niemand in diesem Hause die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und deren Grundlagen in Frage gestellt. Wir alle sind von der Existenzberechtigung, ja Existenznotwendigkeit einer freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland überzeugt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge anmerken:

Erstens. Die Vorgänge der letzten Tage, auch im Bereich der Justiz, machen deutlich, wie notwendig die Verabschiedung eines **Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen** ist. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE])

Zweitens. Bei aller Härte der Auseinandersetzungen, die in einer parlamentarischen Demokratie, zumal im Wahlkampf, unausweichlich ist, bitte ich Sie alle, den demokratischen Grundkonsens und die Institutionen unserer Verfassung nicht zu gefährden.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU/CSU hat fristgemäß gemäß 1 c der Anlage 5 unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde verlangt. Ich rufe den Zusatztagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Angriffe auf Bundestag und Justiz im Zusammenhang mit der totalen Aussageverweigerung des Gewerkschaftsmanagers Lappas

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dregger.

(Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: Das paßt gut zu der Erklärung!)

Dr. Dregger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier Klarstellungen sind notwendig:

Erstens. Von der **Pflicht zur Aussage vor einem Untersuchungsausschuß** kann sich niemand selbst befreien.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vor dem Gesetz sind wir alle gleich. Was für den Bundeskanzler gilt, muß auch für Herrn Lappas gelten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Herr Lappas wurde als erster in Beugehaft genommen, weil er sich als erster vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags total verweigert hat. Wenn wir das hätten durchgehen lassen, würde sich in Zukunft jeder darauf berufen können.

Drittens. Dienstherr des Amtsgerichtes Bonn, das über den Antrag des Untersuchungsausschusses zu entscheiden hatte, ist das sozialdemokratisch regierte Land Nordrhein-Westfalen. Das Urteil war von der Hamburger Polizei zu vollstrecken, die dem sozialdemokratischen Bürgermeister, Herrn von Dohnanyi, untersteht. Aus alledem folgt: Herr Lappas ist nicht einem Komplott zum Opfer gefallen, sondern seiner Selbstgerechtigkeit und seiner Arroganz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die feudalen Allüren einiger hochbezahlter Gewerkschaftsmanager waren auch die eigentliche Ursache für den **Neue-Heimat-Skandal.**

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Viertens. Der Vergleich der Verhaftung des Herrn Lappas — der Herr Bundestagspräsident ist darauf eingegangen — mit den **Zwangsmaßnahmen der Nazi-Herrschaft** war eine skandalöse Beleidi-

Dr. Dregger

(A) gung des Deutschen Bundestages, der nordrhein-westfälischen Justiz, der Hamburger Polizei und vor allem der Opfer des Nazi-Regimes, die mit einem Herrn Lappas nicht auf eine Stufe gestellt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gewerkschaftsvorsitzender Schröder hat sich entschuldigt — und Sie, Herr Kollege Vogel? Sie hatten ihm doch Beifall gezollt.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Eine abschließende Bemerkung: Der DGB und die Industriegewerkschaft Metall sollten das Gesetz ihres Anfangs nicht vergessen. Das Gesetz ihres Anfangs war die **Einheitsgewerkschaft** sozialdemokratischer und christlich-demokratischer Gewerkschaftler. Die Anhänger der Union können in einer Gewerkschaft, in der sie eine Minderheit sind und in der sie auf das übelste beschimpft werden, wenn sie sich mit abweichenden Ansichten zu Wort melden, wie es jetzt unserem Freund Helmut Wagner aus Leverkusen auf dem IG-Metall-Kongreß passiert ist, ihre parteipolitischen und konfessionellen Bindungen nicht „hintanstellen", wie es in einem Antrag der IG-Metall gefordert worden war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die **gewerkschaftliche Hetzkampagne,** die seit dem Regierungswechsel gegen den Gewerkschaftler **Norbert Blüm** geführt wird, ist schlicht unerträglich.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich warne: Wer die Einheitsgewerkschaft kaputtmacht, wirft die Gewerkschaftsfrage neu auf. Wir, die größte Volkspartei unseres Landes, soeben in Bayern mit über 55 % der Stimmen bestätigt,

(Zuruf von der SPD: CDU?!)

lassen uns unseren Arbeitnehmerflügel nicht kaputtmachen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Seien Sie sicher: Die ganze Union steht hinter Norbert Blüm und hinter der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Nur die Hälfte!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Vogel.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Dr. Vogel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für ihre Aktuelle Stunde hat die Union die Überschrift gewählt: „Angriffe auf Bundestag und Justiz." Das ist eine Irreführung.

(Beifall bei der SPD)

Sonst sind Sie, meine Damen und Herren, nämlich gar nicht so feinfühlig. Ich erinnere nur an Ihre maßlosen Angriffe gegen die Justiz während der **Ermittlungsverfahren gegen den Herrn Bundeskanzler** (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

oder an das ungewöhnlich dreiste **Auftreten des bayerischen Ministerpräsidenten vor dem Flick-Untersuchungsausschuß.**

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Wollen Sie damit jede Entgleisung rechtfertigen?)

Darüber, daß Herr Lappas die Aussage nicht verweigern durfte, gibt es auch gar keinen Streit. Nein, Ihnen geht es in Wahrheit um etwas ganz anderes: Ihnen geht es um die Fortführung und Steigerung Ihrer Kampagne gegen die deutschen Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Polizeigewerkschaft! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wir lassen uns von Ihnen nicht auf Nebenkriegsschauplätze locken. Wir kommen zum Kern der Sache:

(Lachen bei der CDU/CSU)

Kern der Sache ist die Skrupellosigkeit, mit der Sie erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages von dem rechtlich höchst umstrittenen Instrument der Inhaftnahme eines Zeugen Gebrauch gemacht haben.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU) (D)

Kern der Sache ist die grobe **Verletzung des verfassungsmäßigen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.** Reden Sie sich, meine Damen und Herren und Herr Kollege Dregger, jetzt nicht auf das Gericht oder die Polizei heraus! Wir kritisieren gar nicht die Justiz oder die Polizei. Wir kritisieren Sie! Ohne Ihren maßlosen Mehrheitsbeschluß,

(Zurufe von der CDU/CSU)

auf dessen sofortigen Vollzug Sie gedrängt haben,

(Zurufe von der CDU/CSU)

hätte es gar keinen Haftbefehl, hätte es auch keine Verhaftung im Zusammenhang mit einem Gewerkschaftskongreß gegeben. Jetzt erregen Sie sich über die Reaktion, die Ihr Beschluß hervorgerufen hat, und greifen den Mann an, der inzwischen selbst die nötigen Klarstellungen zu seinen Äußerungen in Hamburg gegeben hat.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Eine Erklärung, die wir beispielsweise von Ihnen, Herr Kollege Dregger, bis heute vermissen, obwohl Ihnen im November 1985 selbst eine Demonstration vor der Wohnung eines Abgeordneten Anlaß genug war, kühl vom Schreibtisch aus die Erinnerung an 1933 heraufzubeschwören, und zwar mit ganz unmißverständlichen Worten.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU — Zurufe von der SPD: Wo waren Sie damals, Herr Präsident?)

Dr. Vogel

(A) Ihr Mehrheitsbeschluß ist auch keine Panne oder ein Zufall. Sie wollten die Verhaftung, Sie wollten die Provokation. Sie wollten nicht die Provokation des Herrn Lappas. Er ist auch Ihnen als Person in Wahrheit ja gar nicht so wichtig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein echter Arbeiterführer, der Herr Lappas!)

Sie wollten die **Provokation der deutschen Gewerkschaften.**

(Beifall bei der SPD)

Sehr geschätzter Herr Kollege Dregger, Ihr Drehbuch für den Untersuchungsausschuß „Neue Heimat" enthält Anleitungen, was man tun muß,

(Bohl [CDU/CSU]: Warum haben Sie in Hamburg geklatscht?)

damit es zu einer — so wörtlich — „möglichst wirksamen öffentlichen Vernehmung von Vertretern des DGB kommen kann".

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Das war offenbar nicht genug. Jetzt haben Sie das Ihre getan, damit es zu einer möglichst wirksamen **öffentlichen Verhaftung eines Vertreters des DGB** kommen konnte.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Unverschämt! — Weitere lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

Das paßt nahtlos in Ihre Strategie der Herausforderung der Gewerkschaften.

(B) (Frau Hürland [CDU/CSU]: Und so etwas war Justizminister! — Zuruf von der CDU/CSU: Wo haben Sie nur Ihren Kopf gelassen, Herr Vogel? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Herr Präsident, Sie müssen eingreifen!)

Meine Damen und Herren von der Union, von Provokation verstehen Sie etwas. Aus welchem Grund sonst zielen Sie mit Ihren arbeitnehmerfeindlichen Gesetzen jeweils ausgerechnet auf den Tag der Arbeit, auf den 1. Mai? Für den 1. Mai 1985 mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz und für den 1. Mai 1986 mit dem Gesetz zur Änderung des § 116 AFG? Das alles hat doch Methode!

(Beifall bei der SPD)

Ernst Breit hat Ihnen eine Antwort gegeben, deren Besonnenheit Respekt verdient.

(Lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

— Vielleicht, Herr Präsident, ist auch diese Art der Reaktion eine Frage der Würde und des Ansehens des Hauses.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ernst Breit hat Ihnen eine Antwort gegeben, deren Besonnenheit Respekt verdient. Er hat gesagt, er halte die Konfliktspirale für verhängnisvoll. Der DGB sei bereit zu einer neuen Nachdenklichkeit nach innen und in Richtung Bonn; wenn die Regierungskoalition aber mit ihren Provokationen so weitermache, dann würden sich die Gewerkschaften ihrer Haut zu wehren wissen. (C)

Wir rufen Ihnen zu: Halten Sie endlich ein!

(Bohl [CDU/CSU]: Warum haben Sie geklatscht?)

Reizen Sie die Gewerkschaften nicht bis aufs Blut!

(Zustimmung bei der SPD)

Beenden Sie Ihren Feldzug gegen den sozialen Frieden in unserem Land! Kommen Sie endlich zur Vernunft!

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Pesch [CDU/CSU]: Sie sind ein Aufhetzer! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kleinert.

Kleinert (Hannover) (FDP): Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Für den früheren Bundesjustizminister wäre dies eine sehr gute Gelegenheit gewesen, auf eine Fülle von Rechtsfragen einzugehen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Herr Vogel, das haben Sie hier mit äußerster Sorgfalt vermieden. Sie haben sich vielmehr in den Chor derjenigen auf Gewerkschaftsseite eingereiht, die hochbegeistert sind, daß man ihnen in einer sehr peinlichen Situation in Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses und anschließender auch meiner Ansicht nach nicht sehr glücklicher Handhabung eines nun einmal notwendig gewordenen Beschlusses die (D) Gelegenheit geboten hat, endlich einmal von der Sache abzulenken, nach der die Gewerkschaften, die Gewerkschafter ja noch viel mehr als irgend jemand aus der Regierungskoalition fragen. Sie fragen nämlich, was sie mit ihrem Geld gemacht haben und wieso das, was den Gewerkschaftern alles abgenommen worden ist und was dann unter Milliardenzuschüssen von Steuerzahlern investiert worden ist, hinterher nur noch eine Mark wert gewesen sein soll.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

An dieser Frage möchten wir Sie nicht gern auslassen.

Da ich den logischen Verstand des Fraktionsvorsitzenden Vogel sehr schätze,

(Zuruf von der CDU/CSU: Na ja! — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Nicht toll!)

verwundert mich, daß Sie meinen, hier habe ein Komplott vorgelegen. Die Leute müßten ja mit dem Klammerbeutel gepudert gewesen sein,

(Zuruf von der SPD: Sind sie!)

die der Gewerkschaft die Gelegenheit verschaffen, sich über einen Mißgriff der Hamburger Polizei zu erregen,

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist nun die Höhe!)

statt sich in Ruhe mit der Sachauseinandersetzung über den Skandal Neue Heimat zu befassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kleinert (Hannover)

(A) Da stimmt irgend etwas mit der Logik nicht.

Die Sache ist ganz einfach die — jetzt komme ich auf die Notwendigkeit und auf die Unverhältnismäßigkeit —: Das Höchste, was der Ausschuß tun kann, wenn erstmals in der Geschichte von Untersuchungsausschüssen dieses Hauses jemand einfach kommt und sagt: „Ich sage nichts", das ist, eine Geldbuße von 1 000 DM zu verhängen. Dazu genügt ein Griff in das kleine Täschchen, das Gewerkschafter in ihrer Weste haben,

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

um die tausend Mark herauszuholen, dann den Saal zu verlassen und den Ausschußvorsitzenden mit dem Problem zurückzulassen, was er dem nächsten Zeugen sagen soll, der kommt und sagt: Ich sage nichts; mir paßt dieser Ausschuß nicht.

Als Außenstehender bekommt man von Zeit zu Zeit eine Gewerkschaftszeitung in die Hand. Dort sieht man Karikaturen, auf denen sind Leute abgebildet mit Melone und einer dicken Zigarre,

(Zuruf von der CDU/CSU: Lappas!)

ungewöhnlich fiese Typen. Ich höre, es soll sich dabei um Spätkapitalisten handeln, um die Sozialpartner der Gewerkschaft, die da so dargestellt werden. Ich habe im wirklichen Leben noch nie einen privaten Kapitalisten dieses Aussehens beobachten können. Erstmals ist jetzt diese Figur ins Leben getreten, und das in der Gestalt von Herrn Lappas,

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

erst beim Verkauf der Neuen Heimat und dann bei seinem unglaublichen Verhalten vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Ausschuß war sehr gut beraten, hier das Amtsgericht um Hilfe zu bitten. Das Amtsgericht hat entschieden. Auf die Zuständigkeit hat der Kollege Dregger schon aufmerksam gemacht: alles in Nordrhein-Westfalen. Herr Kollege Vogel, wir haben schon so viel an Zufälligkeiten merkwürdigster Art von der nordrhein-westfälischen Justiz klaglos hingenommen,

(Dr. Vogel [SPD]: Ist das ein Angriff auf die Justiz?)

wegen unseres Respekts vor der Institution unserer juristischen Behörden.

(Dr. Vogel [SPD]: „Klaglos"! Schlimme Beleidigung!)

Ich habe auf diesem Sektor in den letzten Jahren sehr viel zurückgehalten, wegen dieses Respektes.

(Beifall des Abg. Reuter [SPD] — Zurufe von der SPD)

Aber nun kommen Sie doch nicht und werfen Sie uns ausgerechnet das Gegenteil vor! Korrekter, als es hier zugegangen ist, konnte es gar nicht zugehen. Wir sind sehr dankbar, daß sich Herr Schröder für die anschließenden Äußerungen, die eine weitere bezeichnende Ausgeburt der Hypertrophie der Macht, in die sich die Gewerkschaften gesteigert haben, gewesen sind, entschuldigt hat. Wir bedauern aber nach wie vor, daß er meint, ausgerechnet die Gewerkschaften, so wie sie sich am Sonntag aufgeführt haben, seien die geeignete Instanz, um uns und unseren Rechtsstaat zu behüten. Wir hoffen, daß die Gewerkschaften das bald wieder sind. Wir denken überhaupt nicht daran, Gewerkschaften zu verteufeln. (C)

(Zurufe von der SPD)

Wir wissen, daß wir funktionierende, neutrale Gewerkschaften brauchen. Wir hoffen, daß sie bald wieder dazu zurückfinden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das war eine Klasse besser als Hallervorden!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Werner (Westerland).

Werner (Westerland) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Titel dieser Aktuellen Stunde ist ein Böllerschuß: „Angriffe auf Bundestag und Justiz" usw., vorher die Gewerkschaftsseite mit einem ebensolchen Böller: „Angriff auf Verfassungsrechte", „Erinnerung an '33" — alles schön laut und grell.

Die Schlachtfelder verlagern sich, Nebelwerfer verbreiten Unklarheit. Was ist jetzt eigentlich noch wichtig? Um was geht es eigentlich noch? Wie wird es den Mietern bei Schiesser ergehen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN) (D)

Was tut die öffentliche Hand zur Erhaltung der Sozialbindung der Wohnungen? Hat die Wohnungsgemeinwirtschaft noch eine Chance? Das sind doch in Wahrheit die Fragen, die anstehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was halten Sie von dem Nazi-Vorwurf?)

Zum Fall Lappas: Wir GRÜNEN haben dem Untersuchungsauftrag zugestimmt. Wir haben damals erklärt, daß wir alles aufgeklärt haben wollen bis hin zur strafrechtlichen Würdigung von Wirtschaftskriminalität und auch eingeschlossen die Frage möglicher Schadenersatzansprüche. Ich habe auch den Beschluß des Untersuchungsausschusses mitgetragen,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

angesichts der totalen und rechtlich nicht begründeten Aussageverweigerung des Zeugen Lappas zum Mittel der Erzwingungshaft zu greifen.

(Rappe [Hildesheim] [SPD]: Ihr seid auch nicht besser!)

Hätte der Ausschuß das nicht getan, müßte für alle Zukunft befürchtet werden — das meine ich ganz im Ernst —, daß das **Instrument Untersuchungsausschuß** stumpf und unbrauchbar geworden wäre. Wir werden dieses Instrument noch brauchen. Auch wir GRÜNEN sehen vorher, daß das noch wichtig sein wird.

(Rappe [Hildesheim] [SPD]: DIE GRÜNEN für Beugehaft!)

Werner (Westerland)

(A) Daß es im Gegensatz zu Aktenbeschlagnahmeersuchen zu einer so raschen Durchsetzung der Erzwingungshaft kam, hat niemand erwartet.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Daß es dabei zu einer spektakulären Aktion auf einem Gewerkschaftstag kam, ist ein politisch ganz grober Stilfehler. Das ist nicht zu entschuldigen und absolut unangemessen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber die **Märtyrerrolle,** in die der Manager Lappas durch diese Aktion auf dem Gewerkschaftstag gedrängt wurde, muß ihm sehr willkommen gewesen sein; denn für den einfachen Gewerkschafter ist die Position dieses Gewerkschaftsmanagers mit seinem Dreiviertel-Million-Jahresgehalt einfach nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN — Seiters [CDU/CSU]: Büffeljäger!)

In der Öffentlichkeit hat es Stimmen gegeben, die von einer schwarz-grünen Koalition geredet haben, weil es im Falle der Erzwingungshaft ein gleichartiges Stimmverhalten gab. Die Absurdität einer solchen Einschätzung wird sofort deutlich, wenn man sich die unterschiedliche Haltung zur Wohnungsgemeinwirtschaft und zum Problem der Neuen Heimat insgesamt ansieht. Die Koalition will Wahlkampf, soweit irgend möglich, mit der Verfilzung betreiben, die zwischen DGB, Neuer Heimat und SPD sichtbar wurde. Wir GRÜNEN wollen die **Erhaltung der Sozialbindung,** und wir wollen die öffentliche Hand weiter in die Pflicht nehmen, in der (B) sie angesichts des sozialen Treuhandverhältnisses zur Neuen Heimat als Treugeber auch weiterhin steht.

Die Haltung der SPD ist leider manchmal schon als unangebrachte Kameraderie zu bezeichnen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Was heißt manchmal?)

Aber das ist wohl verständlich; denn bei allen wichtigen Leuten dieses Skandals stehen hinter dem Namen jeweils in Klammern die drei Buchstaben SPD.

Verantwortlichkeit, Hilfe zur Aufklärung, Bereitschaft zu Konsequenzen — das ist jetzt gefragt, dazu müssen sich die DGB-Verantwortlichen jetzt durchringen. Dazu sollte die SPD beitragen.

(Zurufe von der SPD: Mit Beugehaft?)

Nochmals die Frage: Wie wird es den Mietern der Neuen Heimat bei Schiesser ergehen? In der letzten Aktuellen Stunde zu diesem Thema habe ich den **Schiesser-Deal** als großes Windei bezeichnet. Leider hat mich der bisher bekanntgewordene Text des Kaufvertrags nicht zu einer anderen Meinung bringen können. Ich bin nicht einmal sicher, ob mit diesem Vertragstext wirklich der echte Text vorliegt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es liegt ja keiner vor!)

(C) Und die Frage, ob Schiesser nur ein Strohmann ist, ist nach wie vor als ungeklärt anzusehen, fürchte ich.

Die CDU/CSU und die FDP sind in der ganzen Affäre als moralische Falschspieler aufgetreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten diese Rolle jetzt endlich fallen lassen zugunsten einer echt verantwortlichen Haltung für die Hunderttausende von Mietern in den Wohnungen der Neuen Heimat. Das **Dregger-Papier,** mit dem dieser Ausschuß als reines Wahlkampftheater konzipiert wurde, signalisiert eine Haltung, die dem Problem genauso wenig angemessen ist wie die Kumpanei der SPD.

DIE GRÜNEN fordern: Macht endlich reinen Tisch! Konzentriert euch auf das eigentliche Problem: Das ist das Schicksal der Mieter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister der Justiz.

Engelhard, Bundesminister der Justiz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Äußerungen und Schlagzeilen der letzten Tage haben die große Mehrheit der Bevölkerung tief betroffen gemacht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das muß man sagen!)

Die von einem unabhängigen Gericht verhängte Beugehaft und den anschließenden Vollzug als schamloses Schmierentheater oder als gezielten, (D) von giftiger Entschlossenheit getragenen Schlag der Rechten zur Schwächung und Diffamierung der Gewerkschaften zu bezeichnen

(Sehr wahr! bei der SPD)

ist schon — die Anleihe bei dieser Art von Wortwahl muß ich mir gestatten — schmierig und giftig genug;

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

aber den ganzen Vorgang in die **Nähe des Nationalsozialismus** zu rücken,

(Duve [SPD]: Das machen Sie mit den GRÜNEN doch jeden Tag!)

wie es mit Jubel quittiert, auf dem Gewerkschaftstag getan wurde, ist mehr als eine Geschmacklosigkeit und mehr, weit mehr als eine bloße Instinktlosigkeit. Wie können Vertreter einer großen demokratischen Organisation jetzt schon wieder so furchtbar entgleisen? Uns allen ist ja noch in lebendiger Erinnerung, wie vor kurzem, bei der Diskussion und der Auseinandersetzung um **§ 116 des Arbeitsförderungsgesetzes,** in schamloser Weise die Parallele zum Nationalsozialismus gezogen wurde, wofür man sich nachträglich zu entschuldigen hatte. Wären wir im gegebenen Falle in einem Strafverfahren, so würde das Gericht in seiner Urteilsbegründung darauf hinweisen müssen: Straferschwerend kam hinzu, daß nach so kurzer Zeit schon wieder so gehandelt wurde.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Wiederholungstäter!)

Bundesminister Engelhard

(A) Meine Damen und Herren, das ist ein diffamierender Angriff auf unseren Rechtsstaat, eine Mißachtung des Parlaments und der Justiz und letztendlich eine Verunglimpfung der Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsregimes.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Daß an dieser Stelle der ehemalige und langjährige Bundesminister der Justiz,

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Das war noch ein Justizminister!)

heute Sprecher der Opposition, dazu Worte nicht findet, dies wiegt doppelt schwer

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

und macht mehr als nachdenklich.

(Duve [SPD]: Ihre Worte sind wie Keulenschläge! — Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Ziel dieser Aktuellen Stunde muß es deshalb sein, einiges zurechtzurükken und auch die Bevölkerung darüber aufzuklären, was wirklich geschehen ist und wie die Vorgänge tatsächlich und wahrhaftig zu bewerten sind.

Herr Lappas hat — dies ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einzigartig — einem vom Deutschen Bundestag eingesetzten Untersuchungsausschuß gegenüber in arrogantester Weise jegliche Aussage verweigert. Daraus hat der Ausschuß seine ihm gesetzlich zustehenden Konse-(B) quenzen gezogen, nicht mehr und nicht weniger. Nach Art. 44 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes finden auf Beweiserhebungen durch Untersuchungsausschüsse die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäße Anwendung. Dem Untersuchungsausschuß ist das Recht gegeben, außenstehende Dritte notfalls unter **Anwendung von Zwang zur Offenbarung des Wissens** zu veranlassen, das der Untersuchungsausschuß für die Erfüllung seiner Aufgabe benötigt. Zu diesem Zweck kann der Untersuchungsausschuß bei dem zuständigen Gericht **Erzwingungshaft** beantragen.

Von dieser gesetzlichen Regelung hat der Ausschuß zur Erfüllung seines ihm vom Parlament erteilten Auftrages Gebrauch gemacht.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: War das nun angemessen?)

Das Bonner Amtsgericht hat dem Antrag des Untersuchungsausschusses stattgegeben.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Gehen Sie als Justizminister doch einmal auf die Frage der Angemessenheit ein!)

Ein unabhängiger Richter hat entschieden!

Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts gibt es das Rechtsmittel der Beschwerde, wovon Herr Lappas Gebrauch gemacht hat. Nun hat die Strafkammer des Landgerichts Bonn in richterlicher Unabhängigkeit ihre Entscheidung getroffen.

(Zurufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren, zur Heiterkeit ist gerade von Ihrer Seite in dieser Situation kein Anlaß. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: Es ist nicht die Situation, die die Heiterkeit erfordert! — Zurufe von der SPD)

Der Justiz unseres Landes die Kompetenz zur Rechtsprechung zu bestreiten, ihre Unabhängigkeit, ihre Unparteilichkeit in Zweifel zu ziehen — das offenbart bei denen, die so reden, ein **Staatsverständnis,** das einem Grausen macht.

(Zuruf des Abg. Duve [SPD])

Meine Damen und Herren, ich stelle als Bundesminister der Justiz fest: Unsere Gerichte entscheiden nach Recht und Gesetz und nach nichts sonst. Wer dies in Zweifel zieht, der hebelt all das aus, was wir über die Jahrzehnte aus den Trümmern der Niederlage und der Zerstörung des letzten Krieges und des Dritten Reiches aufgebaut haben.

Wenn hier Heiterkeit aufkommt und Sie jetzt in dieser Art und Weise in eine Rolle schlüpfen, obwohl Sie noch die Gelegenheit hätten, deutliche Worte der Distanzierung zu finden,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

so macht dies alle, die es mit unserem Staat ernst meinen, die hier Versammelten und alle Bürger draußen noch einmal und noch tiefer betroffen als all das, was wir erlebt haben.

Unsere Justiz, unabhängig und unparteilich, verdient unser Vertrauen. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir stellen dies mit aller Deutlichkeit fest. Jetzt ist die Rolle an Ihnen, hier ein klares Wort zu sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Mit dieser Rede kann er im Mainzer Unterhaus auftreten!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Rappe.

Rappe (Hildesheim) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß die Mehrheit des Untersuchungsausschusses ohne längeres Abwägen sofort die Beugehaft beschlossen hat,

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Bei zwei Enthaltungen der SPD! — Seiters [CDU/CSU]: Sagen Sie das Herrn Sperling und Herrn Müntefering!)

läßt darauf schließen, daß die CDU/CSU und die FDP durchaus einkalkuliert haben, den politischen Eklat am vergangenen Wochenende herbeiführen zu wollen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Daß die Verhaftung von Herrn Lappas auf dem IG-Metall-Kongreß stattfand, ist insofern von der Ausschußmehrheit politisch zu verantworten und kann

Rappe (Hildesheim)

(A) auch im nachhinein nicht den Richtern oder der Polizei in die Schuhe geschoben werden.

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Warum hat sich Herr Sperling denn enthalten?)

Meiner Auffassung nach ist dies der erste Höhepunkt der politischen **Wahlkampagne,** in die von Anfang an der **Untersuchungsausschuß** eingespannt wurde.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Herr Rappe, Sie sind doch ein anständiger Mensch!)

Die Koalitionsparteien würdigen ein parlamentarisches Instrument zur reinen Wahlkampfmaschine ab. Sie schaden dem Ansehen dieses Hauses!

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Es ist doch unglaublich! — Seiters [CDU/CSU]: Was ist denn mit Herrn Sperling? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Im übrigen stütze ich die Haltung von Herrn Lappas, nicht als Vorsitzender der BGAG auszusagen; denn diese Ausleuchtung eines Unternehmens — in diesem Fall mit dem Nebeneffekt des Auskundschaftens des Gewerkschaftsvermögens — ist nicht Aufgabe des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD — Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: War auch nie beabsichtigt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meiner Ansicht nach soll das Ganze auch den Zweck erfüllen, die **Gewerkschaften** in der Öffentlichkeit in ihrem **Ansehen** zu schädigen und zu schwächen. (B)

(Dr. Miltner [CDU/CSU]: Lauter Unterstellungen! — Seiters [CDU/CSU]: Lesen Sie mal die „Frankfurter Rundschau"!)

Diese konservative Regierung zeigt zunehmend rechte Ausschläge, wie wir sie vor allem von Frau Thatcher in England kennen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Die Hinnahme der Arbeitslosigkeit, die Lastenverteilung auf die kleinen Leute im Lande, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte im Beschäftigungsförderungsgesetz und die Beschneidung der Streikfähigkeit durch § 116 sind Stufen dieser Entwicklung. Sie hatten überdies das geschmacklose Geschick, beide Gesetze jeweils Anfang Mai in Kraft zu setzen.

(Grünbeck [FDP]: Das glauben Sie selber nicht!)

Die politische Mehrheit im Untersuchungsausschuß setzt diese Kette nur fort.

(Seiters [CDU/CSU]: Was ist mit Ihren Kollegen im Untersuchungsausschuß?)

Diese Politik der rechten Ausuferung zerstört den Konsens in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Es beweist wieder einmal in unserer Geschichte, (C) begleitet durch Erfahrungen in anderen Ländern, daß die **rechtsorientierte Politik** das **soziale Wohl des Ganzen,** die Kompromißfähigkeit, den notwendigen Konsens der großen Gruppen nicht bewirken kann,

(Bohl [CDU/CSU]: Sie müssen aber alles ablesen, Herr Rappe!)

möglicherweise auch nicht erreichen will.

(Beifall bei der SPD)

Von dieser Politik, meine Damen und Herren, haben auf die Dauer die vorausschauenden Kräfte der beiden großen Volksparteien nichts, auch nicht die liberalen Kräfte in der FDP. Weder die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer im oder außerhalb des DGB noch die Arbeitgeber haben aus Ihrer Konfrontationspolitik Nutzen. Entscheidungen durch den rechten Flügel dieses Hauses bewirken Gegenabwehr ideologisierter linker Gruppen. Es kann ja sein, daß jeder Thatcher auch seinen Scargill bekommt.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Bei ruhiger Betrachtung sollten Sie über das Ergebnis Ihrer Politik selbst erschrocken sein.

(Beifall bei der SPD)

Insofern sollte die Gefangennahme des Gewerkschafters Lappas auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg wenigstens eine selbstverschuldete Warnung für Sie sein. Versichern kann ich Ihnen eines: Dann, wenn es sein muß, wird sich der DGB geschlossen wehren. (D)

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Gegen Herrn Lappas!)

Die Ergebnisse Ihrer Politik führen mich aus staatspolitischen Gründen zu der Feststellung, daß ich eine andere **Bundesregierung** haben möchte,

(Seiters [CDU/CSU]: Das ist klar!)

in der wieder Frauen und Männer für **Konsensfähigkeit** sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bötsch.

Dr. Bötsch (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die beiden Vorredner von der SPD werden nicht vom eigentlichen Anlaß der heutigen Aktuellen Stunde ablenken können,

(Dr. Vogel [SPD]: Aber Sie!)

der in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in der Geschichte dieses Bundestages einmalig ist.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist wohl klar!)

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, das **Verhalten des DGB-Funktionärs Lappas vor dem Untersuchungsausschuß** und die **Reaktion des DGB** hierauf werden über die heutige Debatte hinaus unauslöschliche Spuren und Narben hinterlassen. Mit seiner pauschalen Weigerung, vor dem Untersu-

Dr. Bötsch

(A) chungsausschuß Neue Heimat auszusagen, hat Lappas nämlich den vom Deutschen Bundestag mit der Klärung der Vorgänge um die Neue Heimat beauftragten Ausschuß bei der Erfüllung seiner Arbeit nicht nur erheblich behindert, sondern es war ein letzter Versuch, die Vorgänge um die Neue Heimat zu vertuschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies stellt eine noch nie dagewesene **Mißachtung des Deutschen Bundestages** in seiner Gesamtheit dar, die nur den Schluß auf ein gestörtes Verhältnis zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat überhaupt zuläßt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Vogel, der Vergleich mit der Aussage des Ministerpräsidenten Strauß vor dem Untersuchungsausschuß ist schief; denn er hat ausgesagt und seine Meinung dort gesagt,

(Zurufe von der SPD)

und die Wähler in Bayern haben auch dies bei ihrer Wahlentscheidung am letzten Sonntag eindrucksvoll mit bestätigt.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Der DGB soll froh sein, daß er sich nicht irgendwo dem Wählervotum stellen muß, denn das wäre vernichtend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Wenn Sie von der maßlosen Mehrheit im Untersuchungsausschuß sprechen, Herr Kollege Vogel: Würden Sie eigentlich auch die Stimmenthaltung der beiden Kollegen von Ihrer Fraktion als maßlos qualifizieren?

(Dr. Vogel [SPD]: Können Sie denn nicht zählen?)

Ich glaube, Herr Vogel, Ihre Rede hier sollte zu nichts anderem dienen, als endgültig aus dem Bewußtsein herauszufiltern, daß Sie einmal über Jahre hinweg Justizminister dieses Landes gewesen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen in diesem Zusammenhang an den DGB die Frage richten, ob es zutrifft, was ein Hamburger Nachrichtenmagazin, das sicherlich nicht meiner Fraktion und der derzeitigen Bundesregierung nahesteht, in der Ausgabe dieser Woche berichtet, nämlich **Rechtsberater der BGAG** hätten den Fall vorher sehr gründlich durchgespielt und den **Lappas-Auftritt** geplant. Ihr Urteil: Die juristischen Waffen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses seien stumpf; spätestens am Ende der Legislaturperiode sei Lappas aller Sorgen ledig; dann gäbe es keinen Ausschuß mehr, keine Fragen, keine Aussageverweigerung, kein Ordnungsgeld, keine Strafen, nichts, es würde im Sande verlaufen. — Meine Damen und Herren, so hat sich der DGB dieses vorgestellt, aber so geht es nicht in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Anordnung der Beugehaft gegen den Zeugen (C) durch das Amtsgericht steht voll im Einklang mit unserer Verfassung und den gesetzlichen Vorschriften. Dies hat der Bundesjustizminister hier eindeutig vorgetragen.

(Frau Dr. Timm [SPD]: In der Verfassung gibt es auch das Gebot der Verhältnismäßigkeit! — Weitere Zurufe von der SPD — Dr. Dregger [CDU/CSU]: Funktionärsprivilegien gibt es hier nicht!)

Meine Damen und Herren, ich bedaure es, daß ein eigentlich sonst von uns als maßvoll eingeschätzter Gewerkschaftsfunktionär wie Herr Rappe sich in diesem Fall voll in die Solidarität stellt.

(Rappe [Hildesheim] [SPD]: Lesen Sie die Rede mal genau nach!)

Aber noch schlimmer, meine Damen und Herren — beim DGB verstehe ich noch die Erregung, und wir sind froh darüber und freuen uns, daß Herr Schröder

(Lachen und Zurufe von der SPD)

sich entschuldigt hat —, Herr **Rau** hat von einem **Spiel mit dem Feuer** gesprochen. Wen meint er damit eigentlich? Wollte er damit auch versöhnen? Er hat damit nicht versöhnt, sondern verhöhnt, nämlich das frei gewählte deutsche Parlament.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Graf Lambsdorff. (D)

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Graf Lambsdorff (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich würde gerne eine einleitende Bemerkung machen. In der Diskussion hier und draußen wird immer wieder im Zusammenhang mit der Neuen Heimat von „den Gewerkschaften" gesprochen. Die **Deutsche Angestellten-Gewerkschaft** und die **christlichen Gewerkschaften** haben mit dieser Sache überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zweitens. Herr Rappe, es ist eine mehr als bedenkliche Bemerkung, wenn Sie von dieser Stelle aus sagen, Sie unterstützten die Weigerung des Herrn Lappas.

(Zuruf von der SPD: Das hat er ja nicht gesagt! — Rappe [Hildesheim] [SPD]: Lesen Sie die Rede genau!)

— Natürlich!

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

Welche Begründung auch immer Sie dafür anführen, es geht nicht an, daß wir irgend jemandem das Recht geben, dort nicht auszusagen. Ich sage das aus eigener Erfahrung; ich habe vor einem Untersuchungsausschuß ausgesagt, als ich in einer sehr kritischen Parallelsituation war. Ich habe dort erklärt, wegen des Respekts vor dem Gremium des Parla-

Graf Lambsdorff

(A) mentarischen Untersuchungsausschusses sage ich aus; ich weiß das sehr genau.

(Rappe [Hildesheim] [SPD]: Herr Lambsdorff, Sie müssen das differenzieren! — Weitere Zurufe von der SPD)

Wir können das **Instrument des parlamentarischen Untersuchungsausschusses** wegwerfen, wenn wir eine solche Weigerung entgegennehmen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie sprechen von **Regie des Ausschusses.** Für das Wochenende in Hamburg, meine Damen und Herren, darf ich einmal sagen, wo Fragen nach der Regie berechtigt sind. Da trifft das Fernschreiben auf dem Kongreß in Hamburg ein. Herr Steinkühler kündigt an, demnächst werde eine Verhaftung vorgenommen. Ihm gegenüber sitzen Herr von Dohnanyi, Herr Vogel und Herr Lappas. Ist irgend etwas unternommen worden, um diese Verhaftung auf dem Kongreß zu verhindern? Ist etwas unternommen worden von dem Dienstherrn der Hamburger Polizei und auch von den anwesenden führenden Vertretern der SPD, die neben ihm saßen,

(Zurufe von der SPD)

um dafür zu sorgen, daß eine solche Verhaftung dort stattfindet, wo man sie sonst vornimmt, im Hotel oder beim Betreten des Raumes? Ist etwas Derartiges geschehen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

(B) Ist es richtig, daß Herr Lappas, als er abgeführt wurde, gesagt hat: Jetzt dreht sich das gegen die? — Die, das sind die hier in Bonn.

(Seiters [CDU/CSU]: Ja, gut!)

Meine Damen und Herren, dies bedeutet erstens eine völlige **Fehleinschätzung** — jedenfalls der Bevölkerung — über die **Vorgänge,** die in Hamburg vor sich gegangen sind. Das können Sie ja hören, wenn Sie im Lande umherfragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zweitens. Es macht ein erstaunliches und bedenkliches Maß an **Realitätsverlust bei den Verantwortlichen** auch bei der Kongreßleitung und damit beim DGB deutlich und erkennbar.

Meine Damen und Herren, wegen der Vorgänge um die Neue Heimat hat man das Gefühl — und das sage ich als einer, Herr Rappe, von dem Sie genau wissen, daß er mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund kritisch umgeht —, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund irgendwo angeschlagen in der Ecke steht. Angeschlagene Boxer keilen ja nur noch zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Vogel [SPD])

— Aber, Herr Vogel, dann muß ausgeräumt werden, was mit dieser Sache „Neue Heimat" geschehen ist. Dann müssen die Karten auf den Tisch gelegt werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dann kann doch nicht Herr Lappas die Aussage verweigern und Herr Breit das rechtfertigen, verunklaren, vernebeln, vertuschen. Das ist doch ganz unmöglich. (C)

(Zuruf von der SPD: Legen Sie doch mal Ihre Karte auf den Tisch!)

Sie können diese Sache nur aus der Welt bringen, wenn Sie die Karten auf den Tisch legen, wenn Sie wirklich die Fakten offenbaren, wahrscheinlich auch nur dann, wenn die Verantwortlichen persönliche Konsequenzen ziehen. Mancher ist so angeschlagen, daß es nicht mehr anders geht.

Meine Damen und Herren, wir wollen — und das sage ich noch einmal, Herr Rappe, als einer, der mit den Gewerkschaften keineswegs immer freundlich umgeht — einen reaktionssicheren, starken, und deswegen auch **rational handelnden und denkenden DGB** und nicht eine emotional angeschlagene Truppe, die nicht mehr so recht weiß, wie sie reagiert.

(Dr. Vogel [SPD]: Kompromißfähig!)

Was im übrigen das Politikergebnis anlangt, Herr Rappe, mit dem Sie hier geschlossen haben: Seit 20 Jahren nicht mehr haben so viele Menschen wie heute in der Bundesrepublik — auch die von Ihnen Vertretenen — die Frage positiv beantwortet, ob es ihnen gutgeht. Diese Frage entscheidet über die nächste Regierung. Ich weiß genau, wie sie aussehen wird: so positiv wie die Antwort auf die Frage.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Langner. (D)

Dr. Langner (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident hat soeben die Hamburger Parlamentsbeschimpfung beeindruckend zurückgewiesen. Der Deutsche Richterbund hat gegen die Justizverunglimpfung Stellung bezogen. Selbst Herr Schröder hat in Hannover unter dem Druck seiner Polizisten wenigstens ein halbes Bedauern gefunden. Da flattert uns soeben die dpa-Meldung auf den Tisch, der **DGB** beabsichtige eine **Flugblattaktion** mit dem Satz: Der Haftbefehl gegen Alfons Lappas ist ein politischer Haftbefehl. — Eine Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU/CSU: Pfui! — Seiters [CDU/CSU]: Unglaublich ist das!)

Die demokratischen Institutionen dieses Staates vertragen eine ganze Menge. Was sie aber auf Dauer nicht vertragen,

(Duve [SPD]: Ist Mißbrauch der Ausschußmehrheit!)

sind Opportunismus, gespaltene Zunge und doppelte Moral, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

Herr Oppositionsführer, Herr Kanzlerkandidat von gestern und morgen

(Dr. Vogel [SPD]: Danke sehr! Sind Sie da zuständig?)

Dr. Langner

(A) — bitte sehr —, wie glaubhaft waren eigentlich Ihre Krokodilstränen, die Sie angeblich im Interesse des Parlaments und des Flick-Untersuchungsausschusses damals geweint haben, wenn Sie nun in Hamburg Beifall klatschten? Das muß ich Sie fragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

Die **SPD** stellt in ihrem **Minderheitsvotum** unter Textziffer 496 im **Bericht des Flick-Ausschusses** folgendes fest:

(Seiters [CDU/CSU]: Jetzt hören Sie mal zu, Herr Vogel!)

„Im parlamentarischen Untersuchungsverfahren haben alle Auskunftspersonen zu erscheinen und auszusagen." So der SPD-Originalton.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU — Dr. Vogel [SPD]: Darüber gibt es doch gar keinen Streit! Darüber streiten wir doch gar nicht!)

„But some animals are more equal", meine Damen und Herren. Herr Lappas hat das offenbar nicht nötig. Kanzler und Ex-Kanzler — Brandt, Schmidt, Kohl — standen stundenlang Rede und Antwort, aber wer Gewerkschaftsvermögen verwaltet, muß wohl etwas Besseres sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Zeuge Lappas, dieses Schulbeispiel „neuer Armut" und „der Umverteilung von unten nach oben",

(B) (Lachen und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

dieser Zeuge mit 750 000 DM Jahreseinkommen und erlesenen Jagdgewohnheiten wollte hier wohl bewußt provozieren. Soll es wirklich wahr sein, daß die demokratische **Gewerkschaftsbewegung** das unterstützt, daß sie für diese **Strategie** auch juristische Beratung zur Verfügung gestellt hat?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiteres Beispiel für gespaltene Zunge: SPD-Minderheitsvotum im Flick-Ausschuß: „Es gibt grundsätzlich keinen Sachbereich, der nicht Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsverfahrens sein kann."

(Bohl [CDU/CSU]: Hört! Hört! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist in dieser Allgemeinheit zwar falsch, paßte damals aber der Opposition in den Kram. Heute ist sie beim Aufklären, wie man hört und liest, mit sehr viel gebremsterem Schaum dabei,

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Sehr richtig! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ex-Verfassungsrichter **Martin Hirsch,** SPD, ist flugs mit Zweifeln zur Stelle, ob der Bundestag überhaupt einen Untersuchungsausschuß mit derartiger Zielsetzung und Fragestellung wie den „Neue Heimat"-Ausschuß berufen durfte. Er fragt — laut dpa —: Wohin würde es führen, wenn der Bundestag völlig unbeschränkt untersuchen könne, was er wolle? — Späte Einsicht, meine Damen und Herren; oder besser: immer, wie es paßt. (C)

(Bohl [CDU/CSU]: So ist es!)

1952 erließ ein Berliner Untersuchungsausschuß selbst mit SPD-Stimmen den Beugehaft-Befehl. Am Montag behauptete dann die SPD-Allzweckgutachterwaffe, Professor Schneider aus Hannover, im Deutschlandfunk, **Beugehaft** sei noch nie vorgekommen und bei Lappas unverhältnismäßig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte der Herr Professor doch lieber einmal vorher in seine Bücher geguckt!

Und wem dann gar nichts anderes mehr einfällt, der muß dann wenigstens die NS-Zusammenhang-Totschlagswaffe einführen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das können Sie auch ganz gut!)

Herr Schröder hat sich entschuldigt; wir nehmen das zur Kenntnis. Aber die Behauptung, er habe das zur Beruhigung des Kongresses getan, ist wohl eine halbe Rücknahme seiner Entschuldigung. Ich habe das als eine maßlose Entgleisung damals empfunden.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Verwirrspiel des gestrigen Tages sollte der Zeuge Lappas einsehen, daß auch er sich an **demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln** zu halten hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Deeskalation heißt das Gebot der Vernunft. Sie muß von dem ausgehen, der den ersten Stein geworfen hat: vom Zeugen Lappas.

(Widerspruch bei der SPD)

Der Kollege Hüsch, der Vorsitzende des Ausschusses verdient unser aller Unterstützung bei seinem umsichtigen Bemühen,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

den Zeugen wieder in den Zeugenstand zurückzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Bitte, kommen Sie zum Schluß.

Dr. Langner (CDU/CSU): Ja. — Letzter Satz: Daß dieses Parlament Zeugenrechte zu wahren weiß, haben wir im Flick-Ausschuß, zum Teil Neuland betretend, gezeigt, ist heute morgen im „Neue Heimat"-Untersuchungsausschuß wiederum bewiesen worden. Aber es darf niemand rechtsstaatliche Sensibilität mit Schwäche verwechseln und mit Unverschämtheit beantworten, meine Damen und Herren. Zurück zur Vernunft, Zeuge Lappas!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Präsident Dr. Jenninger:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sperling.

(Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: Er geht einen schweren Gang! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Dr. Sperling (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wollen, daß **Verfassungsorgane** geachtet und nicht verachtet werden.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Dann aber müssen wir die Verfassungsorgane so nutzen, daß der **Geist des Grundgesetzes** unser Handeln und Entscheiden bestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Der Zeuge Lappas hat den gebührenden Respekt vor dem Untersuchungsausschuß verweigert.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Darauf dürfen wir nicht mit Verletzung der Verfassung antworten.

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Das tun wir ja auch nicht! Wer macht das denn? — Seiters [CDU/CSU]: Landgericht, mein Lieber! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Verzichtet die Mehrheit bewußt auf das Ausräumen verfassungsrechtlicher Zweifel, dann handelt sie in dem Geist, den sie anderen vorwirft.

(B) (Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich! Warum enthalten Sie sich denn dann? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ein Untersuchungsausschuß soll Mißstände untersuchen, damit sie bereinigt werden können. Dann darf er selber nicht Mißstände hervorrufen, indem er schludrig und eifernd mit seinen Rechtsmitteln umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Wer in zehn Legislaturperioden kein Untersuchungsgesetz fertigbrachte — der Präsident hat es gesagt — und dann erstmalig tief in privatrechtliche Verhältnisse hineinleuchten will, der muß wegen seiner unzulänglichen Rechtsgrundlage behutsam sein.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Dazu aber taugt der Geist der Rache nicht

(Zuruf von der CDU/CSU)

und auch nicht der Eifer des Hexenverfolgers.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Für die Ausschußmehrheit stand von Anfang an fest: Die Neue Heimat ist ein bösartiges Geschöpf, sie muß brennen wie eine Hexe, und wenn die **Zeugenaussagen** nicht entsprechende **Erwartungen** erfüllen, dann müssen **Zwangsmittel** her.

(Seiters [CDU/CSU]: Sie haben doch gar nicht dagegen gestimmt!)

Die Herren Gerster und Grünbeck waren im Eifer nicht zu bremsen. (C)

(Zustimmung bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Kein Hinweis auf notwendige Bedenkzeit, die wir namens der Fraktion gefordert haben und die mehrheitlich abgelehnt wurde — gegen alle guten Sitten dieses Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Die Mehrheit hat gesagt: Macht nichts, der Lappas muß ins Loch, und damit hat es sich.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Wie haben Sie denn gestimmt? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Dies Eifern war die Richtschnur der Mehrheit im Ausschuß.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Hirsch, Herr Baum, Frau Hamm-Brücher, wozu braucht es noch die SPD?

(Zurufe von der FDP)

Der liberale Geist des Grundgesetzes ist Herrn Lambsdorff und Herrn Grünbeck keinen Pfifferling wert, wenn es gegen die Gewerkschaften geht.

(Beifall bei der SPD)

Haß auf den DGB, Rache für § 116,

(Zurufe von der CDU/CSU)

das ist das Wesen des Dregger-Papiers. Wären nicht die Gewerkschaften Eigentümer der Neuen Heimat, (D) nie hätte es die Abfolge der Aktuellen Stunden gegeben,

(Zurufe von der CDU/CSU)

auch nicht den Fahrplan des Herrn Dregger.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie wäre auch nicht pleite gegangen!)

Der Respekt vor dem grundgesetzlich geschützten Eigentum und dem ausgeübten Geschäftsbetrieb hätte die Mehrheit des Hauses dazu gebracht,

(Zurufe von der CDU/CSU)

nicht auf solche Art und Weise umzugehen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Sie regen sich nun auf, daß Gewerkschaften protestieren, weil für die Gewerkschaften im **Dregger-Papier** eine Sonderbehandlung geplant und exekutiert wird. Wer die Haß- und Hetzkampagne führt, der schafft ein Klima, in dem Verdächtigung und Argwohn das Handeln auch Dritter bestimmen und zurückschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Wer gebietet denn eigentlich, daß Gewerkschafter in der Wortwahl zimperlicher sein sollen als die Herren Gerster und Grünbeck?

(Bohl [CDU/CSU]: Wenn die Verfassung auf dem Spiele steht!)

Wer überschwemmt denn die hiesigen Schreibtische mit reichlich patzigen Presseerklärungen? Den Journalisten muß man doch Schmerzensgeld

(A) zahlen, derweil sie all dieses an gewerkschaftfeindlichem Unsinn lesen müssen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Und wie haben Sie gestimmt?)

In der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Gewerkschaften

(Zurufe von der CDU/CSU)

hat es **keine verläßlicheren Demokraten** gegeben **als** diese Berufsgruppe der **Gewerkschafter.**

(Beifall bei der SPD)

Nur die Mitglieder der Gewerkschaften in dieser Mehrheit können mit dem gleichen Stolz in diesem Punkt auf die deutsche Geschichte zurückblicken. Als Gewerkschafter für Demokratie und Rechtsstaat streikten, haben Richter nach den Gesetzen, die andere Berufsgruppen gemacht haben, diese Gewerkschafter ins Gefängnis geschickt. Dies ist angesichts der deutschen Geschichte — —

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine Lüge! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Denken Sie einmal an die Rechtmäßigkeit der Richtersprüche zur Zeit des Sozialistengesetzes.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wer mußte damals, wenn er für den 1. Mai streikte, ins Gefängnis?

(Zuruf von der CDU/CSU: Meinen Sie, daß sich Gewerkschafter alles herausnehmen können?)

(B) Wer in unserer **Geschichte** zurückblickt und angesichts dieser Geschichte unzutreffende Vergleiche zurückweisen will, der muß sich fragen, ob er Grund zur Behutsamkeit hat, damit er Vorbild für die Kritisierten bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluß.

Dr. Sperling (SPD): Dies gilt in diesem Hause, und es gilt für andere außerhalb dieses Hauses. Die Mehrheit hier versprach durch Kanzlers Mund geistig-moralische Erneuerung. Das Versprechen wird durch niederträchtigen **Umgang mit politischen Gegnern** „eingelöst".

(Lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

Auch wenn das Ansehen — —

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte, kommen Sie zum Schluß.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte, kommen Sie zum Schluß.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aufhören! — Zurufe von der CDU/CSU)

Dr. Sperling (SPD): Ich komme zum Schluß.

Präsident Dr. Jenninger: Bitte, kommen Sie zum Schluß. (C)

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist über eine Minute überschritten. Ich bitte um Verständnis, daß ich Sie bitten muß, zum Schluß zu kommen.

Dr. Sperling (SPD): Ich komme zum Schluß.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aufhören!)

Präsident Dr. Jenninger: Bitte kommen Sie zum Schluß.

(Weitere anhaltende Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Sperling (SPD): Mit meinem letzten Satz — —

Präsident Dr. Jenninger: Ich entziehe Ihnen das Wort.

Dr. Sperling (SPD): Wir haben eine gute Verfassung. Wahren wir gemeinsam ihren Geist.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Pfui! — Gemein! — Niederträchtig! — Ehrabschneider!)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis dafür, daß wir nach unserer Geschäftsordnung für die Aktuelle Stunde fünf Minuten Redezeit pro Redner vorgesehen haben und daß sich alle Kollegen daran halten müssen. (D)

(Widerspruch bei der SPD)

— Entschuldigung, ich habe ihm ausdrücklich noch eine Minute länger gegeben. Ich bitte dann aber um Verständnis dafür, daß die Geschäftsordnung in diesem Hause eingehalten werden muß.

(Rappe [Hildesheim] [SPD]: Aber vorher waren es zwei Minuten! — Weitere Zurufe von der SPD)

Das Wort hat der Abgeordnete Helmrich.

Helmrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei **parlamentarische Untersuchungsausschüsse** bemühen sich, die Verstöße von Funktionären des Gewerkschaftsbundes gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz im Neue Heimat-Konzern aufzuklären: in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen zwei Ausschüsse eingesetzt mit den Stimmen der SPD-Mehrheit, und der Ausschuß des Bundestages, ebenfalls mit den Stimmen der SPD eingesetzt. Alle Parteien — das scheint vergessen worden zu sein — tragen die Untersuchungsaufträge dieser Ausschüsse.

(Zurufe von der SPD)

Gewerkschafter halten das für einen nötigen Reinigungsprozeß. Die Hamburger Bürgerschaft stellt einstimmig mit den Stimmen der SPD 213 Rechtsverstöße fest. Hier rechnen Beobachter mit der Feststellung von Rechtsverstößen in der Größenordnung von 80 bis 100. Es handelt sich u. a. um

(Dr. Vogel [SPD]: Vorverurteilungen!)

Helmrich

(A) unzulässige Vermögens- und Gewinnverschiebungen sowie um persönliche Bereicherung von Gewerkschaftsfunktionären bis hin zu Untreue und Betrug. Zwei Gewerkschaftsgeschäftsführer in Berlin sind bereits — —

(Dr. Vogel [SPD]: Von Berlin wollen wir nicht reden! Drei Stadträte, drei Senatoren! Reden Sie ruhig von Berlin! — Weitere lebhafte Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Helmrich (CDU/CSU): Zwei Neue-Heimat-Geschäftsführer sind wegen Subventionsbetruges verurteilt — Geschäftsführer!

(Dr. Vogel [SPD]: Antes! — Weitere Zurufe von der SPD)

Ermittlungsverfahren in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, laufen gegen Gewerkschaftsfunktionäre.

(Anhaltende lebhafte Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt wirklich um Aufmerksamkeit.

(Lachen bei der SPD)

Wenn wir in einer parlamentarischen Demokratie nicht mehr vernünftig miteinander diskutieren, frage ich mich, wie das in diesem Hause ist.

(B) (Dr. Vogel [SPD]: Sehr wahr! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Das ist auf beiden Seiten so, meine Damen und Herren. Ich lasse es nicht zu, daß die Beratungen in dieser Form fortgesetzt werden. Ich lasse es nicht zu!

Bitte fahren Sie fort.

(Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: Sie haben doch diesen Stil so angefangen! Das ist das Ergebnis! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

— Ich habe das genauso gesagt. Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Abgeordneter Schreiner.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

— Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Abgeordneter Schreiner, zum zweitenmal.

(Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: Sie haben mit dieser Stimmung angefangen! — Zuruf von der SPD: Der heißt Müller! — Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Abgeordneter Helmrich, fahren Sie bitte fort.

Helmrich (CDU/CSU): Hunderte von Rechtsverstößen, Verhöhnung und Behinderung der Arbeit des Parlaments und seines Untersuchungsausschusses,

(Dr. Vogel [SPD]: In Berlin!)

Gerichtsbeschimpfung übelster Art und Sonderrechte für Gewerkschafter und Gewerkschaftskongresse: Was geht in den Köpfen solcher Funktionäre vor? (C)

(Zuruf von der SPD: Antes! — Zuruf von den GRÜNEN: Fragen Sie mal, was in Ihren Köpfen vorgeht!)

Sehen sie sich als Staat im Staate, oder glauben sie, außerhalb von Gesetz und Recht zu stehen? Diese Funktionäre brauchen — so meine ich — Nachhilfeunterricht in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Aber nicht von Ihnen! — Weitere Zurufe von der SPD)

Die Betriebsräte der Neuen Heimat verteilen ein Flugblatt beim IG Metall-Kongreß in Hamburg — das wird verschwiegen —, in dem es heißt: Bei der Neuen Heimat wird bewußt Meinung durch Verschweigen wesentlicher Tatsachen und Vereinbarungen manipuliert.

(Mann [GRÜNE]: Was war bei Flick?)

Zweiter Akt heute früh im Untersuchungsausschuß: Herr Dr. Harro Iden erklärt, er könne wohl zu sämtlichen Fragen nicht aussagen, die gestellt worden sind.

(Zuruf von der SPD: Beugehaft!)

Das stünde möglicherweise im Fortsetzungszusammenhang. Möglicherweise müsse er sich selbst strafbarer Handlungen bezichtigen;

(Zurufe von der SPD)

er könne deshalb auf alle Fragen insgesamt wohl gar nichts sagen. (D)

(Dr. Vogel [SPD]: Leisler-Kiep! — Jahn [Marburg] [SPD]: Ab in die Beugehaft! — Weitere Zurufe von der SPD)

Was heißt das? Das kann nur zweierlei heißen: Entweder ist es ein neuer Trick oder seine Handlungen für die Neue Heimat waren fortgesetzte strafbare Handlungen.

(Zuruf von der SPD: Gleich einsperren!)

Das muß geprüft werden. Die Öffentlichkeit und das Parlament haben Anspruch darauf zu wissen, was Herr Lappas und Herr Dr. Iden verheimlichen, soweit nicht § 55 StPO eingreift.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Brandt.

(Feilcke [CDU/CSU]: Jetzt fängt Demokratie erst richtig an!)

Brandt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck bestätigt bekommen, daß es hier nicht um die Würde des Parlaments geht, sondern um ein ungutes Stück Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD)

Brandt

(A) Ich habe auch den Eindruck bestätigt bekommen,

(Bühler [Bruchsal] [CDU/CSU]: Von wem haben Sie das bestätigt bekommen? — Zuruf von den GRÜNEN: Von allen Seiten!)

Herr Kollege, daß es nicht um die Gefährdung demokratischer Institutionen geht, sondern darum, ob es noch möglich ist, böse bis bösartige Angriffe auf die deutschen **Gewerkschaften** zurückzunehmen, weil ich sonst für den sozialen Frieden in diesem Land, der ein hohes Gut ist, Gefahr sehe.

(Beifall bei der SPD)

Mich hat das nicht ganz überrascht. Ich habe Ende August in Nürnberg nicht nur meiner eigenen Partei, sondern, soweit man sie erreichen konnte, der deutschen Öffentlichkeit gesagt: Ich möchte auf einen kalt kalkulierten Wahlschlager aufmerksam machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie wollten vor Jahren schon holzen!)

„Dafür gedenkt" — so sagte ich und darf hier wiederholen — „die gegenwärtige Bonner Mehrheit einen Untersuchungsausschuß des Bundestages zu mißbrauchen. Sie" — die Mehrheit meine ich — „will die Mißwirtschaft" — ich wiederhole es: die Mißwirtschaft — „an der damaligen Spitze der Neuen Heimat zum Vorwand nehmen, um Gewerkschaftsführer als Sündenböcke vorzuführen und die SPD gleich mit in den Dreck zu ziehen." Ich finde das voll bestätigt.

(B) (Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die Methode „Haltet den Dieb", was Sie machen!)

Ich will aber auch gleich einen weiteren Satz hinzufügen, den ich dort gesagt habe: Man möge folgendes zur Kenntnis nehmen: „Gegen Freunde, die — gestützt auf das Vertrauen ihrer Mitglieder — an der Spitze der deutschen Gewerkschaften stehen, gegen sie lassen wir uns nicht aufbringen."

(Beifall bei der SPD — Dr. Langner [CDU/CSU]: Da ist Frau Wulf-Matthies schon weiter! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Wer aus bitteren Erfahrungen, wie die bei der Neuen Heimat, Herr Kollege, Lehren ziehen will, der hat uns auf seiner Seite. Wer propagandistische Exzesse veranstaltet, der hat die SPD gegen sich.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Da hat er aber einen starken Gegner!)

Wenn Sie einen Augenblick an Herrn Breit denken:

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Arme!)

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in gewisser Hinsicht der Vorgesetzte des Mannes, von dem hier wiederholt gesprochen wurde. Herr Breit lebt in der Vorstellung, daß ein Zeuge veranlaßt werden sollte, an der Ausforschung der Gewerkschaftskassen mitzuwirken.

(Widerspruch bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU: Völlig falsch! — Nicht wahr!)

Wenn dieser Eindruck besteht, müßte jedem klar sein, (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Falsch, was Sie sagen!)

daß die Gewerkschaften nicht mitspielen, weil sie befürchten, daß man sie ausbluten lassen will. Das sage ich Ihnen ohne alle sonstige Schärfe: Ob Axt oder Messer, wer die Gewerkschaften existentiell treffen will,

(Zurufe von der CDU/CSU: Na! — Wer will denn das?)

der bringt nicht nur sie gegen sich auf, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind keine Gewerkschaftspartei; wie greifen weiter, das weiß man, aber

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Seit langem verfilzt!)

wir — und hoffentlich nicht nur wir — wissen auch, daß die Gewerkschaften nicht ein Verband sind wie jeder andere, sondern daß starke Gewerkschaften unentbehrliche Partner für einen modernen demokratischen Staat und für die Volkswirtschaft sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU — Bohl [CDU/CSU]: Aber kein Staat im Staate!)

Dann muß man sich zudem bewußt sein, welche Rolle sie gespielt haben. Man darf nicht nur bei (D) Jubiläen würdigen, welche Rolle sie gespielt haben — sicherlich haben sie nicht immer Recht gehabt —: beim Aufbau, bei der Festigung der Demokratie in diesem Land

(Zuruf von der CDU/CSU: Alles richtig!)

und durch ihren Beitrag zu dem sozialen Frieden, um den uns viele beneiden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Gerade deshalb!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mir ist nicht nach Juristenschelte zumute. Wo aber ein erschreckender Mangel an politischem oder anderem Augenmaß zu verzeichnen ist, da darf man dies bei Gelegenheit auch offen erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Von einem Angriff auf den Deutschen Bundestag kann keine Rede sein, wenn man nüchtern darauf hinweist — lesen Sie es in der heutigen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nach —, daß **Untersuchungsausschüsse** mit ihren Mehrheiten „politische Kampfinstrumente" seien. Genau das haben wir bestätigt bekommen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Was ganz Neues!)

Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn man — zumal in Vorwahlkampfzeiten — einen Untersuchungsausschuß als sicheres Instrument zur Ermittlung der reinen Wahrheit ausgibt. Davon

Brandt

(A) konnte auch bei Flick keine Rede sein, bei Guillaume auch schon nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von der SPD: So ist es! — Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Bei Guillaume haben wir eine Menge erfahren!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte dies noch sagen: Ich habe Grund anzunehmen, daß auch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die die Dinge sonst anders sehen, als ich sie sehe,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie meinen Herrn Apel!)

aus der Union und aus den Reihen der Freien Demokraten, Zweifel haben bei dem, was wir heute diskutieren. Ich finde, es wäre besser, als sich in diese Diskussion weiter zu steigern, wenn diejenigen, die ebenso entsetzt sind wie ich, miteinander überlegten, wie wir verhindern, daß der entstandene Schaden noch größer wird,

(Beifall bei der SPD — Seiters [CDU/CSU]: Aber nicht mit solchen Flugblättern!)

und wie wir hier verhindern, daß die deutschen Gewerkschaften in eine Ecke gedrängt werden, in die sie nicht hineingehören.

(Beifall bei der SPD)

Wir täten gut daran, statt über Scheinthemen über die wirklichen Themen des anstehenden Wahlkampfes miteinander zu streiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(B)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Scharrenbroich.

Scharrenbroich (CDU/CSU): Herr Kollege Brandt, es kann sein, daß hier auch Wahlkampf stattgefunden hat. Ich halte Wahlkampf nicht für etwas Schlechtes, wenn er der Aufklärung dient, insbesondere wenn er der Aufklärung der Bürger dient, wie ernst Ihre Partei das Wort Ihres Kanzlerkandidaten nimmt: versöhnen statt spalten. Sie haben heute gespalten, und ich meine auch, der Kollege Sperling sollte das in Ordnung bringen, wenn er Kollegen der Koalition in die Nähe der Nationalsozialisten bringt.

(Zurufe von der SPD: Hat er doch nicht! — Sie haben nicht zugehört!)

So ist das zu verstehen gewesen, nachdem der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft sich hier entschuldigt hat. Herr Kollege Sperling, bringen Sie in Ordnung, daß dies nicht der Fall ist.

„Wenn einige Funktionäre glauben, alles so darstellen zu müssen, als ob sie die Basis wären, dann kann ich nur warnen. Was Funktionärsmeinung ist, ist noch lange nicht Basismeinung."

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, was ich gerade gesagt habe, ist nicht die Meinung des HBV-Mitgliedes Scharrenbroich, sondern das hat der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer 1982 gesagt, nachzulesen in der „Zeit".

Und Kollege Rappe, ich will nicht so persönlich werden, wie Sie bei einer anderen Gelegenheit es gewesen sind. Ich will nicht vom „Verfall einer Persönlichkeit" sprechen, aber ich bin erschüttert, wie Sie Ihre Autorität in einer Pflichtübung abbauen, weil Sie die Nummer eins auf der Liste der niedersächsischen Sozialdemokraten sind. Das halte ich für bedauerlich. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Rappe [Hildesheim] [SPD]: Herr Scharrenbroich, Sie müssen die Rede lesen!)

Genau damit wird auch das Dilemma deutlich, in dem sich unsere **Einheitsgewerkschaft** befindet. Sie ist nämlich abhängig von den Sozialdemokraten. Als Beleg: Wenn das Präsidium der Sozialdemokraten am 21. Oktober verlautet: „Die SPD wendet sich schärfstens gegen die Verhaftung von Alfons Lappas auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall", dann ist das die Sprache, die wir anwenden, wenn Gewerkschafter in Chile oder in Nicaragua verhaftet worden sind. Aber so kann ich doch nicht gegenüber einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Justiz verfahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen ist es nur ein Nachplappern, wenn der DGB dieses Flugblatt jetzt so verfaßt: „Der Haftbefehl gegen Alfons Lappas ist ein politischer Haftbefehl."

Die Gewerkschafter sollten ruhig sein, denn jeden Tag produzieren sie einen neuen Skandal. Es ist eine erneute Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, was wir hier hören müssen. Ich appelliere (D) an die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre — nicht alle; aber es sind Gewerkschaftsfunktionäre, die das Ansehen der Gewerkschaften schwächen und nicht die Bundesregierung, nicht Frau Thatcher und nicht Mr. Scargill —: Nehmt die Gewerkschaftsbewegung wieder wichtiger als euch selbst! Verführt die Mitglieder und Kongreßdelegierten nicht zu einer falschen Solidarität mit eurem Versagen. Treibt die Demokraten nicht aus der Einheitsgewerkschaft heraus!

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Wer tut denn das?)

Laßt euch nicht von der SPD zu einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft machen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

denn dann ist für Christliche Demokraten kein Platz mehr in dieser Einheitsgewerkschaft.

Deshalb sage ich den Arbeitnehmern: Verlaßt die Gewerkschaften nicht wegen dieser Krise, sondern geht vielmehr hinein, wenn ihr nicht schon drin seid, denn wir brauchen viele Demokraten in diesen Gewerkschaften.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Dem jetzt notwendigen Selbstreinigungsprozeß in den Gewerkschaften dient auch, wenn der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Deutschen Bundestages das Versagen von Gewerkschaftsfunktionären sozusagen als Nebenprodukt deutlich macht. Dies ist um so dringlicher, als gerade diese

Scharrenbroich

(A) Gewerkschaftsfunktionäre ihren Mitgliedern immer wieder das Gegenteil einreden wollen, nämlich die Bundesregierung sei an allem schuld: sowohl an der Schwächung der Gewerkschaften als auch am Konkurs der Neuen Heimat. Nein, die jetzige Schwächung des Ansehens der Gewerkschaften haben einige Funktionäre selber zu verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich begrüße es, daß sich gestern der DGB-Vorsitzende Breit und heute der GdP-Vorsitzende Schröder davon distanziert haben, hier sei eine Verbindung zu den Nationalsozialisten herzustellen. Aber ich würde mich freuen, wenn auch die IG Metall ihren alten Vorsitzenden dazu bewegt hätte, dies zu erklären, oder wenn der neue Vorsitzende so verfahren würde. Er und die anderen Verantwortlichen in der Einheitsgewerkschaft sollten den Schlußsatz aus dem offenen Brief der Betriebsräte der Neuen Heimat an den DGB-Bundesvorstand beherzigen: „Bevor ihr darangeht, die Welt zu verbessern." — (C) schreiben diese DGB-Kollegen —, „geht dreimal durch das eigene Haus." Das ist die Aufforderung an die Einheitsgewerkschaft in dieser Stunde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 23. Oktober 1986, 8 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 15.54 Uhr)

Berichtigung

237. Sitzung: Auf den Seiten III und 18318 ist bei Anlage 4 jeweils statt „Dr. Voss" „Dr. Häfele" zu lesen.

(B) (D)

(A) **Anlagen zum Stenographischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	23. 10.
Dr. Barzel	22. 10.
Egert	23. 10.
Ehrbar	22. 10.
Dr. Enders *	23. 10.
Ertl	23. 10.
Dr. Geißler	23. 10.
Dr. Götz	22. 10.
Hanz (Dahlen)	23. 10.
Heimann	23. 10.
Hettling	23. 10.
Höffkes	23. 10.
Jäger (Wangen) *	23. 10.
Jaunich	23. 10.
Dr. Kohl	23. 10.
Kohn	22. 10.
Frau Krone-Appuhn	23. 10.
Linsmeier	22. 10.
Dr. Mertens (Bottrop)	22. 10.
Mischnick	22. 10.
Dr. Müller *	23. 10.
Nagel	23. 10.
Frau Odendahl	22. 10.
Pfuhl	22. 10.
Reuschenbach	22. 10.
Rühe	23. 10.
(B) Sander	23. 10.
Schartz (Trier)	23. 10.
Schulte (Menden)	23. 10.
Seesing	22. 10.
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim *	23. 10.
Dr. Stavenhagen	23. 10.
Stobbe	22. 10.
Vogel (München)	22. 10.
Voigt (Frankfurt)	22. 10.
Vosen	22. 10.
Weiß	23. 10.
Dr. Wieczorek	23. 10.
Frau Will-Feld	23. 10.
Dr. Wörner	23. 10.
Wolfram (Recklinghausen)	23. 10.
Zierer *	23. 10.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Hennig auf die Fragen des Abgeordneten **Lintner** (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Fragen 1 und 2):

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die DM-Beträge, die bei geschäftlichen und privaten Aufenthalten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland jährlich in der DDR dort ausgegeben oder sonst hinterlassen werden?

Wie groß ist der Prozentsatz derjenigen Personen der Bevölkerung der DDR, die DM aus westlichen Quellen erhalten?

Zu Frage 1:

Die Bundesregierung verfügt nicht über hinreichende Daten, um die DM-Beträge, die von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) in der DDR ausgegeben oder dort hinterlassen werden, mit der gebotenen Zuverlässigkeit schätzen zu können. Schätzungen aus dem wissenschaftlich-publizistischen Bereich — so von Herrn Dr. Paul-Günther Schmidt im Jahr 1983 — kommen zu einem Betrag von bis zu rd. 1,5 Milliarden DM pro Jahr. Diese Größenordnung scheint plausibel.

Zu Frage 2:

Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage vor. Welcher Prozentsatz der Bewohner der DDR Kontakte zu Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, läßt sich nicht zuverlässig schätzen. Umgekehrt unterhalten 33% der Bewohner der Bundesrepublik Deutschland einschließlich von Berlin (West) regelmäßige Kontakte zu Deutschen in der DDR.

Anlage 3 (D)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Probst auf die Frage des Abgeordenten **Catenhusen** (SPD) (Drucksache 10/6207 Frage 7):

Welche Projekte der Technikbewertung und Technologiefolgenabschätzung sind vom Bundesministerium für Forschung und Technologie seit dem 1. Januar 1985 neu in die Förderung aufgenommen worden?

Seit dem 1. Januar 1985 sind u. a. folgende Projekte der Technikbewertung und Technologiefolgenabschätzung neu in die Förderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie aufgenommen worden:

— Arbeitsmarktbedingungen moderner Technologien („Meta-Studie"), Phase I

— Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien („Meta-Studie"), Phase II

— Neue Technologien, Qualifikation, Arbeitsbedingungen („Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikation")

— Begleit- und Wirkungsuntersuchungen zum elektronischen Publizieren von Volltexten

— Technikfolgenabschätzung in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland

— Sozialräumliche Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken

— Planungszelle: Neue Informationstechnologien („Bürgergutachten")

(A)

- Telekommunikation und beruflicher Personenverkehr
- Qualitative Veränderungen von Dienstleistungen als Folge des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechniken
- Robots and the new production systems
- Alternative use of land and the new farmworker
- Brainworkers
- Akzeptanz von Technologien
- Medienberichterstattung und Technikakzeptanz
- Medienbarrieren von Technikthemen
- Medieninhaltsanalyse und Wirkungsforschung zur Technikakzeptanz
- Die Technisierung des Alltags; Heranwachsende und Computer
- Technikfolgen für Haushaltsorganisation und Familienbeziehungen
- Klärung der Technologien der automatisierten Elastomerverarbeitung
- Kolloquium „Rechtsfragen der Gentechnologie"
- Künstliche Herbizidresistenz in Nutzpflanzen

(B)

- Long term economic impacts of Biotechnology
- Work-shop „Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen-Sicherheitsaspekte"
- Zulassung biologischer Sicherheitsmaßnahmen/Sekretariat der Zentralen Kommissionen
- Energie und Umwelt. Strategien zur NO_x, SO_2 und Staub-Reduzierung im Rahmen der EG-Länder
- Entwicklung und Realisierung von DV-gestützten Qualifikationsmaßnahmen
- Arbeitspsychologische Belastungen (im Bereich spanabhebender Bearbeitungsprozesse)
- Untersuchung personenbezogener Auswirkungen der technischen und organisatorischen Maßnahmen der Rüstzeitverkürzung (im Bereich Fertigungstechnik).

Es bleibt — wie bereits in früheren Antworten, z. B. im Februar 1985 — weiterhin zu betonen, daß neben diesen spezifischen TA-Analysen auch Projekte der Wirkungsforschung zu TA-Fragestellungen beitragen. Sie werden durchgeführt im Zusammenhang der Programme für ökologische Forschung, Klimaforschung, Sicherheitsforschung, Gesundheitsforschung und zur Humanisierung des Arbeitslebens. Ihre Beiträge zu spezifischen TA-Aufgaben ergeben sich aus dem Gesamtzusammenhang der Programme.

Anlage 4 (C)

Antwort

des Stv. Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, MD Dr. Liebrecht auf die Fragen des Abgeordneten **Stahl** (Kempen) (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 8 und 9):

> Auf welchen Betrag belaufen sich die Kosten (Bewirtung, Unterbringung der Teilnehmer, Raummiete, Porto etc.) für die Ausrichtung der Mitte September 1986 stattgefundenen Fachpressekonferenz, die, wie „DIE ZEIT" in ihrer Ausgabe vom 22. August 1986 berichtet, das „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gemeinsam mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und dem Diskussionskreis der CDU/CSU-Fraktion" (Text der Einladung an die mittelständische Fachpresse) durchführte, und wer — das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU oder die CDU/CSU-Fraktion — hat die Kosten dieser Fachpressekonferenz getragen?
>
> Hält die Bundesregierung diese parteipolitische Veranstaltung — wobei „über die Arbeit der Bundesregierung und über die sie tragende Koalition im Bereich der Mittelstandspolitik umfassender und intensiver berichtet werden" soll, „als dies im Rahmen der Pressekonferenzen aus aktuellem Anlaß möglich ist" (Text der obengenannten Einladung) — mit dem Verfassungsgerichtsurteil von 1977 für vereinbar, wonach einer Bundesregierung eine extensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld einer Bundestagswahl untersagt ist?

Zu Frage 8:

Die Meldung in der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 22. August 1986 entspricht in ihrem entscheidenden Passus nicht den Tatsachen. Bereits drei Wochen vor Erscheinen dieser Meldung, nämlich am 30. Juli 1986, ist das Einladungsschreiben des Presse- und Informationsamtes an die Journalisten der Mittelstandspresse herausgegangen. In diesem Schreiben vom 30. Juli 1986 heißt es wörtlich: (D)

> Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung führt am 15. und 16. September 1986 eine mittelstandspolitische Fachpressekonferenz durch, bei der über die Arbeit der Bundesregierung im Bereich der Mittelstandspolitik umfassender berichtet werden soll, als dies im Rahmen der Pressekonferenz aus aktuellem Anlaß möglich ist.
>
> Die Fachpressekonferenz ist in erster Linie gedacht für leitende Redakteure der mittelständischen Fachpresse aus Handwerk, Handel, Industrie, dem Dienstleistungssektor, den freien Berufen und den Leitenden Angestellten. Sie sollte speziell auch denjenigen Pressevertretern, die ihren Sitz nicht in Bonn haben, einen vertiefenden Einblick in die mittelstandspolitische Arbeit vor Ort in Bonn gewähren.

Das Presse- und Informationsamt hat diese Fachtagung also in alleiniger Verantwortung durchgeführt und folglich auch die Kosten getragen. Sie belaufen sich — für Bahnfahrt, Unterkunft und Verpflegung sowie Bustransfer — auf insgesamt DM 9 528,40.

Zu Frage 9:

Aus der Antwort zur Frage Nr. 8 geht bereits hervor, daß das Zitat nicht dem den Journalisten zugesandten Einladungsschreiben des Presse- und Informationsamtes entstammt. Die Bundesregierung führt keine „parteipolitischen Veranstaltungen" durch. Dies gilt selbstverständlich auch für die Mittelstandspolitische Fachpresse-Konferenz am 15.

(A) und 16. September in Bonn. Dem vollständigen Programm ist zu entnehmen, daß neben einem Vertreter des Bundespresseamtes, des Bundeskanzleramtes, des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als Referenten auch die Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler, Josef Grünbeck und Hansheinz Hauser beteiligt waren.

Zum Verfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 1977 darf ich im übrigen darauf hinweisen, daß die Bundesregierung dieses wichtige Urteil exakt beachtet. Nach seinen Grundsätzen geht es in erster Linie darum, daß die Regierungen bei der aus Steuermitteln finanzierten Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Bürgern in der Vorwahlzeit Zurückhaltung zu üben haben. Pressekonferenzen und Fachpressekonferenzen mit Journalisten dienen demgegenüber der notwendigen und zulässigen Unterrichtung der Medienvertreter.

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Erhard auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Sperling** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 18 und 19):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die bestehenden Begrenzungen für Zeitmietverträge gelockert werden sollten?

(B) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard, daß die Kündigungssperre zugunsten des Mieters bei Eigenbedarf in Umwandlungsfällen gekürzt oder gestrichen werden sollte?

Zu Frage 18:

Die Bundesregierung teilt die vom Parlamentarischen Staatssekretär Erhard geäußerte Auffassung, es könnten nach seinem Dafürhalten die engen Begrenzungen für Zeitmietverträge gelockert und dadurch Investitionen im Wohnungsbestand erleichtert werden.

Zu Frage 19:

Die Bundesregierung teilt die vom Parlamentarischen Staatssekretär Erhard geäußerte Auffassung, daß eine Verkürzung dieser Frist zur Diskussion gestellt werden sollte.

Anlage 6

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Fragen des Abgeordneten **Senfft** (GRÜNE) (Drucksache 10/6207 Fragen 20 und 21):

Wie hoch sind die voraussichtlichen Mehreinnahmen aus der ab 1. April 1985 geltenden Mineralölsteuerspreizung für die Jahre 1985, 1986 und 1987?

Ist die Bundesregierung bereit, Teile dieser Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuerspreizung als zusätzliche Mittel für Vorhaben zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder aber zur Mitfinanzierung von (C) Umweltschutztarifen nach dem Modell der Freiburger Verkehrs AG bereitzustellen?

Zu Frage 20:

Die Mineralölsteuersatzspreizung ist so angelegt, daß sich bei der fortschreitenden Umstellung des Verbrauchs auf unverbleites Benzin die Mehreinnahmen aus der zusätzlichen Belastung des verbleiten Benzins und die Mindereinnahmen aus der Entlastung des unverbleiten Benzins mittelfristig ausgleichen sollen. Der Einnahmeüberschuß des Bundes hat im Jahre 1985 für einen Zeitraum von acht Monaten rund 420 Millionen DM betragen. Im Jahre 1986 ist bei einem durchschnittlichen Marktanteil des unverbleiten Benzins von voraussichtlich 11 vom Hundert mit einem Überschuß von rund 380 Millionen DM zu rechnen. Für 1987 ist die Entwicklung im Augenblick noch nicht zuverlässig abzuschätzen. Wegen des ständig steigenden Marktanteils des unverbleiten Benzins — er steigt gegenwärtig monatlich um rund 1 vom Hundert und betrug im September 1986 schon rund 13 vom Hundert — kann ab 1987 nicht mehr mit Überschüssen in der bisherigen Höhe gerechnet werden. Möglicherweise nimmt der Benzinmarkt 1987 auch eine Entwicklung, aus der sich bereits Einnahmeverluste ergeben, beispielsweise wenn verbleites Normalbenzin nicht mehr angeboten wird.

Zu Frage 21:

Die Bundesregierung hat mehrfach zu ähnlichen Vorschlägen erklärt, daß das vorübergehende (D) Mehraufkommen der Mineralölsteuerspreizung keine Finanzierungsspielräume für Vergünstigungen bieten kann.

Da eine mittelfristige Aufkommensneutralität vorgegeben ist, war stets klar, daß am Anfang Steuermehreingänge zu erwarten sind, während sich dies von Jahr zu Jahr mehr ausgleicht bis hin zu Steuermindereinnahmen. Insoweit steht auch kein „Mehraufkommen" für den von Ihnen genannten Zweck zur Verfügung.

Zur grundsätzlichen Frage, die Einführung von Umweltkarten örtlicher oder regionaler öffentlicher Verkehrsunternehmen seitens der Bundesregierung zu fördern, darf ich auf die Antwort hinweisen, die der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr Dr. Schulte am 5. Juni 1986 auf eine entsprechende Frage der Frau Abgeordneten Borgmann gegeben hat.

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Fragen des Abgeordneten **Stiegler** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 22 und 23):

Nach welchen Kriterien prüft die Bundesregierung, ob und in welchem Umfang der Sonderausgabenvorwegabzug von Vorsorgeaufwendungen bei der Einkommensteuer für die Selbständigen und Freiberufler verbessert werden kann, und was ist die Ursache dafür, daß die bereits 1979 im „Bericht

(A) der Bundesregierung über die Lage der Freien Berufe" (Drucksache 8/3139) angekündigte Prüfung der Frage einer weiteren Anpassung des Vorwegabzuges noch nicht abgeschlossen werden konnte?

Wie haben sich die Vollbeiträge (Beiträge der Selbständigen) zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung seit der Einführung des Vorwegabzuges von 3 000 DM entwickelt, und welche Entlastungen hätten die Selbständigen und Freiberufler erfahren, wenn der Vorwegabzug proportional zur Entwicklung der Beiträge angehoben worden wäre?

Zu Frage 22:

Der Vorwegabzug von Vorsorgeaufwendungen bei der Einkommensteuer ist zuletzt mit Wirkung ab 1982 von 2 500 DM auf 3 000 DM, für Verheiratete von 5 000 DM auf 6 000 DM, angehoben worden.

Die Beschränkung auf Höchstbeträge bringt es mit sich, daß in vielen Fällen — bei Arbeitnehmern wie bei selbständig Tätigen — ein Teil der Vorsorgeaufwendungen unberücksichtigt bleibt. Jede Anhebung führt zu sehr hohen Steuermindereinnahmen. Die Bundesregierung wird in der nächsten Gesetzgebungsperiode bestrebt sein, auch die Belange der Selbständigen und Freiberufler im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten bei der vorgesehenen Steuerreform zu berücksichtigen. Vorrang hat auf jeden Fall die Senkung der allgemeinen Einkommensteuersätze, was auch dem genannten Personenkreis zugute kommt.

Zu Frage 23:

Die Beiträge zur Sozialversicherung sind in dem (B) Zeitraum 1982 bis 1986 von etwa 17 480 DM um rund 24 vom Hundert auf etwa 21 730 DM angestiegen.

Der Vorwegabzug würde sich — rein rechnerisch — proportional zur Entwicklung der Beiträge im Jahr 1986 auf rund 3 750/7 500 DM (Ledige/Verheiratete) belaufen. Ein solcher Vorwegabzug würde 1986 zu Steuerausfällen von rund 1,5 Milliarden DM führen. Auf die Selbständigen und Freiberufler würden davon rund 225 Millionen DM entfallen.

Anlage 8

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Fragen des Abgeordneten **Roth** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 24 und 25):

Ist der Bundesregierung zwischenzeitlich eine Bewertung der geplanten Unterstützung des Daimler-Benz-Konzerns in Rastatt durch das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Rastatt hinsichtlich ihrer Beihilfequalität möglich, und zu welchem Urteil ist die Bundesregierung gekommen?

Wann rechnet die Bundesregierung mit einer Entscheidung der EG-Kommission, ob es sich bei der geplanten Unterstützung an die Daimler-Benz AG um eine genehmigungspflichtige Beihilfe handelt oder nicht?

Zu Frage 24:

Das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg hat dem Bundesministerium für Wirtschaft angekündigt, daß es in Kürze ein Memorandum über das Vorgehen in Rastatt für die EG-Kommission übermitteln wird. Erst danach läßt sich beurteilen, ob und inwieweit die Förderung als Beihilfe im Sinne von Art. 92 EWG-Vertrag zu bewerten ist. Letztlich ist es Aufgabe der EG-Kommission, die Frage der Bewertung der Fördermaßnahme im Lichte von Art. 92 EWG-Vertrag zu beantworten. (C)

Zu Frage 25:

Die Bundesregierung hat in Abstimmung mit der Landesregierung Baden-Württemberg eine erste Anfrage der EG-Kommission mit Schreiben vom 2. September 1986 beantwortet. Eine Reaktion der EG-Kommission darauf liegt noch nicht vor.

Anlage 9

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gallus auf die Fragen des Abgeordneten **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Fragen 31 und 32):

Durch welche Quoten und in welcher Höhe soll die Möglichkeit einer aktiven Agrarpreispolitik erreicht werden?

Bei welchen Produkten und in welcher Zeit soll die Möglichkeit einer aktiven Agrarpreispolitik erreicht werden?

Die EG-Kommission hat Vorschläge vorgelegt, die ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sowie eine Entlastung des Gemeinschaftshaushalts herbeiführen sollen. Die Bundesregierung hat in die laufenden Beratungen eigene Vorschläge eingebracht, die insbesondere auch der schwierigen Einkommenslage großer Teile der Landwirtschaft besser als bisher Rechnung tragen sollen. Soweit Mengenbegrenzungen bestehen, müssen diese realistisch festgesetzt werden. (D)

Zur Verbesserung der Einkommen wäre eine aktive Preispolitik notwendig. Ihr stehen jedoch die schwierige Lage des Gemeinschaftshaushalts, hohe Lagerbestände und niedrige Weltmarktpreise entgegen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Bundesregierung ein Maßnahmebündel als Beitrag zur Lösung der Überschußprobleme. Dazu gehören u. a. alternative Produktionen und Verwendungen sowie Betriebs- und Flächenstillegungen. Über dieses Konzept wird auf Gemeinschaftsebene intensiv beraten. Der Abbau der strukturellen Überschüsse ist die Voraussetzung für einen besseren preispolitischen Handlungsrahmen.

Anlage 10

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gallus auf die Fragen des Abgeordneten **Sauter** (Epfendorf) (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Fragen 37 und 38):

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Ausgleichszulage besonders für die Berggebiete angehoben werden muß?

(A) Hat die Bundesregierung bereits entsprechende Initiativen zur Änderung der EG-Strukturrichtlinie ergriffen, oder ist sie gegebenenfalls bereit, alsbald einen entsprechenden Antrag zu stellen, und bis wann ist nach Einschätzung der Bundesregierung mit einer Anhebung der Ausgleichszulage durch die EG-Kommission zu rechnen?

Die Bundesregierung hat den Berggebieten innerhalb der benachteiligten Gebiete bei der Gewährung der Ausgleichszulage von Anbeginn an eine sehr hohe Priorität beigemessen. Nachdem mit Wirkung vom 1. Januar 1985 die Förderungsgrundsätze für die Ausgleichszulage der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" Rahmencharakter haben, ist es die Aufgabe des jeweiligen Landes, im Rahmen des zulässigen Höchst- und Mindestbetrages die Höhe der Ausgleichszulage zu bestimmen. Damit soll erreicht werden, daß die Ausgleichszulage entsprechend den regionalen Ausgangsbedingungen und Erfordernissen festgesetzt wird.

Die Bundesregierung hat gerade in jüngster Zeit größte Anstrengungen unternommen, um die Förderung in den benachteiligten Gebieten zu verbessern. 1986 wurden die benachteiligten Gebiete um rund 2 Millionen ha LF auf über 6 Millionen ha LF ausgeweitet. Es wurden für 1986 und 1987 zusätzlich jeweils 125 Millionen DM Bundesmittel für die Ausgleichszulage bereitgestellt, so daß ab 1986 mindestens 550 Millionen DM Bundes- und Landesmittel für die Ausgleichszulage zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung tritt für eine Anhebung des Höchstbetrages der Ausgleichszulage ein. Ein entsprechender Vorschlag der EG-Kommission liegt vor. Er wird zur Zeit in Brüssel beraten. (B)

Da die Anhebung der Ausgleichszulage Teil eines Gesamtpaketes zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur ist, läßt sich der Zeitpunkt des Abschlusses der Beratungen und damit das Inkrafttreten einer Anhebung noch nicht bestimmen.

Anlage 11

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gallus auf die Frage der Abgeordneten **Frau Weyel** (SPD) (Drucksache 10/6207 Frage 39):

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, eine umfangreiche Änderungsverordnung zur Futtermittelverordnung zu erlassen, die auf dem derzeit geltenden Futtermittelgesetz basiert, obwohl der Entwurf zur Änderung des Futtermittelgesetzes bereits vorliegt?

Ja. Mit dieser Verordnung sollen im Rahmen der Rechtsharmonisierung ergangene Rechtsakte der Kommission der Europäischen Gemeinschaften termingerecht umgesetzt sowie aus nationaler Sicht einige Änderungen vorgenommen werden, die sich aus der Praxis der Anwendung futtermittelrechtlicher Vorschriften ergeben haben. Bei den umzusetzenden Rechtsakten handelt es sich um eine Entscheidung, eine Verordnung und elf Richtlinien der Kommission. Der Entwurf der Verordnung ist dem Ernährungsausschuß des Deutschen Bundestages (C) am 29. September 1986 zur Kenntnisnahme zugeleitet worden. Die in dem Verordnungsentwurf vorgesehenen Vorschriften stützen sich auf Ermächtigungen des Futtermittelgesetzes, deren Änderung in dem Entwurf zur Änderung des Futtermittelgesetzes, der dem Deutschen Bundestag vorliegt, von seiten der Bundesregierung nicht vorgesehen ist.

Der Verordnungsgeber ist nach dem EWG-Vertrag verpflichtet, verbindliche Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts termingerecht in nationales Recht umzusetzen. Wegen der unterschiedlichen Umsetzungsfristen sind in der Regel 1 bis 2 Verordnungen pro Jahr erforderlich.

Anlage 12

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Frage der Abgeordneten **Frau Schmidt** (Nürnberg) (SPD) (Drucksache 10/6207 Frage 40):

Plant die Bundesregierung Untersuchungen über die Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung von Zivildienstleistenden nach dem Ablauf ihres Dienstes in das Arbeitsleben, und aus welchem Grunde haben Zivildienstleistende nur dann Anspruch auf Arbeitslosengeld nach Beendigung ihres Zivildienstes, wenn sie sich bereits vor Beginn ihres Zivildienstes arbeitslos gemeldet haben?

Untersuchungen zur beruflichen Wiedereingliederung von Zivildienstleistenden sind nicht geplant. (D)

Zivildienstleistende haben den gleichen sozialen Schutz nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz wie Wehrdienstleistende. Wenn der Kündigungsschutz des Arbeitsplatzschutzgesetzes im Einzelfall — z. B. bei Konkurs des Arbeitgebers — nicht greift, so werden von dem Schicksal der Arbeitslosigkeit die Zivildienstleistenden ebenso betroffen wie andere Arbeitnehmer.

Arbeitnehmer, die zum Zivildienst einberufen werden, sind grundsätzlich für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert. Dagegen begründet der Zivildienst bei Personen, die unmittelbar vor Dienstantritt keine mehr als geringfügige Beschäftigung ausgeübt haben, nur dann einen Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie arbeitslos waren, d. h. wenn sie unmittelbar vor der Einberufung eine mehr als geringfügige Beschäftigung gesucht haben. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sich der Arbeitslose beim Arbeitsamt um die Vermittlung einer Arbeit bemüht hat; es genügen auch andere Bemühungen, die mit allen anerkannten Beweismitteln nachgewiesen werden können.

Ich gehe allerdings davon aus, daß sich ein Arbeitsloser, der sich ernsthaft um eine Arbeit bemüht, in aller Regel auch an das Arbeitsamt wendet.

Andererseits reicht die bloße Meldung beim Arbeitsamt nicht aus. Es geht nicht — wie es in der Fragestellung anklingt — um die Erfüllung eines „formalen Aktes"; entscheidend ist vielmehr, daß

(A) sich der Zivildienstleistende subjektiv und objektiv dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt hat.

Der gesetzlichen Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß nur solche Personen während des Zivildienstes gegen Arbeitslosigkeit versichert sein sollen, die schon vor ihrer Einberufung Arbeitnehmer waren.

Anlage 13

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Frage des Abgeordneten **Jäger** (Wangen) (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Frage 41):

Ist die Bundesregierung bereit, so rasch wie möglich zu prüfen, ob nicht angesichts der Lage der deutschen Landwirtschaft die Bundesanstalt für Arbeit und deren nachgeordneten Behörden ermächtigt werden könnten, im Einzelfall befristete Arbeitserlaubnisse für Einsätze bei der Obsternte, der Weinlese und dergleichen in bestimmten auf Hilfskräfte angewiesenen landwirtschaftlichen Betrieben an Personen zu erteilen, die sonst keine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland haben?

Ihre Frage, ob Personen, die sonst keine Arbeitserlaubnis erhalten, die Erlaubnis für eine befristete (B) Beschäftigung bei Erntearbeiten erteilt werden kann, betrifft Ausländer, die auf der Grundlage des seit 1973 bestehenden Anwerbestopps während eines Besuchsaufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben oder — wie Asylbewerber und nachziehende Familienangehörige von ausländischen Arbeitnehmern — erst nach einer Wartezeit für eine Beschäftigung zugelassen werden. Die Bundesregierung sieht aus grundsätzlichen Erwägungen davon ab, für die genannten Personengruppen eine Sonderregelung zugunsten der Landwirtschaft zu treffen, zumal dies ein Präjudiz auch für andere Wirtschaftsbereiche darstellen würde.

Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen übersteigt auch in der Landwirtschaft das Angebot an Arbeitsstellen immer noch erheblich. Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit weist für den Bereich Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau in den ersten acht Monaten dieses Jahres einen Zugang von rund 48 500 Arbeitslosen aus, dem nur ein Zugang von rund 32 000 offenen Stellen gegenübersteht.

Die Bundesregierung hält es angesichts der Arbeitsmarktlage für zumutbar und möglich, daß der vorübergehende Mehrbedarf an Arbeitskräften während der Erntezeit durch Beschäftigung von arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmern befriedigt wird. Soweit geeignete deutsche und bevorrechtigte ausländische Arbeitnehmer, z. B. aus EG-Staaten, nicht vorhanden sind, kann nach § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes hierfür auch ausländischen Arbeitnehmern eine Arbeitserlaubnis erteilt werden.

Anlage 14 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 42 und 43):

Kann die Bundesregierung bestätigen, und worauf ist es gegebenenfalls zurückzuführen, daß für die nach 1921 geborenen Frauen, die bei Inkrafttreten des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes bereits eine Rente bezogen, noch immer keine Aufstockung ihrer Renten um die Kindererziehungszeiten erfolgt ist?

Wie groß ist der Kreis der auf diese Rentenkorrektur wartenden Frauen bei den einzelnen Landesversicherungsanstalten und bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese überlangen Wartezeiten zu beenden?

Durch das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz, das am 1. Januar 1986 in Kraft getreten ist, wird für die Erziehung eines Kindes ein Versicherungsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung rentenbegünstigend und rentensteigernd angerechnet. Dem in der gesetzlichen Rentenversicherung geltenden Versicherungsfallprinzip entsprechend werden Kindererziehungszeiten demjenigen, der das Kind erzogen hat, bei jedem Versicherungsfall nach dem 30. Dezember 1985 angerechnet, spätestens wenn er 65 Jahre alt wird.

Bei Müttern, die am 1. Januar 1986 bereits eine Rente bezogen haben, werden Kindererziehungszeiten von dem Zeitpunkt an angerechnet, in dem bei ihnen ein neuer Versicherungsfall eintritt. Für diejenigen, die am 1. Januar 1986 ein vorgezogenes oder flexibles Altersruhegeld bezogen haben, wird (D) das Altersruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres unter Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten neu festgestellt.

Nach dem Inkrafttreten des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes ist es teilweise zu Verzögerungen bei der Berechnung der Rente unter Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten gekommen. Dies gilt auch für die o. g. Fälle der Umwandlung einer Rente wegen Eintritts eines neuen Versicherungsfalles oder wegen Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Verzögerungen hatten ihren Grund in den umfangreichen Änderungen der bisherigen Rentenberechnungsprogramme, die durch das neue Hinterbliebenenrentenrecht und die erstmalige Anrechung von Versicherungszeiten wegen Kindererziehung erforderlich geworden waren. Grundsätzlich sind jedoch inzwischen die geänderten Rentenberechnungsprogramme im Einsatz und die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Berechnung von Renten unter Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten behoben. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hat allerdings auf fernmündliche Anfrage mitgeteilt, daß es zur Zeit nach seiner Kenntnis noch bestimmte Fallgruppen gibt, bei denen Rentenumwandlungen teilweise noch nicht mit Hilfe von Rentenberechnungsprogrammen bewältigt werden können. Hier können Verzögerungen auftreten. Die Rentenversicherungsträger sind bemüht, diese Verzögerungen durch Hilfslösungen in Grenzen zu halten. Diese Hilfslösungen sind jeweils auf die konkreten Gegebenheiten des einzelnen Versicherungsträgers ab-

(A) gestellt. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger geht davon aus, daß auch diese Fallgruppen bis Ende diesen Jahres maschinell bearbeitet werden können. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß in diesen Fällen immer eine Rente — ggf. zunächst ohne Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten — gezahlt wird. Außerdem können in diesen Fällen Vorschußzahlungen beantragt werden.

Die Zahl der Fälle, in denen Rentenbezieherinnen 1986 einen neuen Versicherungsfall haben und noch auf die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente warten, ist nicht bekannt. Nach Auskunft der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gibt es in deren Bereich keine Fälle mehr, in denen Kindererziehungszeiten bei Rentenbezieherinnen nicht schon berücksichtigt sind.

Die Bundesregierung hat Ihre Fragen zum Anlaß genommen, bei den Rentenversicherungsträgern nochmals auf eine zügige Durchführung der Regelungen über die Anrechung von Kindererziehungszeiten hinzuwirken.

Anlage 15

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Fragen des Abgeordneten **Kirschner** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 44 und 45):

(B) Wie hoch ist der Anteil der Frauen, die nach der Rentenzugangsstatistik 1985 35 bis 40, 40 bis 45 und 45 bis 50 anrechnungsfähige Versicherungsjahre hatten, wenn man die in den Sozialpolitischen Informationen vom 14. Oktober 1986, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, in einer Übersicht angegebenen durchschnittlichen Rentenhöhen am 1. Juli 1986 der Versichertenrenten an Frauen, in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten mit jeweils 35 bis unter 40, 40 bis 45 bzw. 45 bis unter 50 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zugrunde legt?

Wie lauten die entsprechenden Daten für Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung?

Die Übersicht in den sozialpolitischen Mitteilungen vom 14. Oktober 1986 enthält Angaben des Rentenanpassungsberichtes 1986 (Drucksache 10/6074). Die Rentenhöhen in Abhängigkeit von der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre sind sowohl auf den Seiten 12/13 wie in der Übersicht I 12 auf den Seiten 60 und 61 dargestellt. Die Rentenhöhen haben sich nicht beim Rentenzugang 1985 ergeben, sondern gelten für den am 1. Juli 1986 vorhandenen Bestand laufender Normalrenten. Die dazu gehörenden Rentenzahlen sind der Übersicht I 11 auf den Seiten 58/59 zu entnehmen.

Aus der Übersicht ergibt sich, daß die Versichertenrenten an Frauen in der Rentenversicherung der Arbeiter

mit 35 bis unter
40 Versicherungsjahren einen Anteil von 7,8 v. H.,

mit 40 bis unter
45 Versicherungsjahren einen Anteil von 5,9 v. H.,

mit 45 bis unter
50 Versicherungsjahren einen Anteil von 1,9 v. H.

am entsprechenden Rentenbestand hatten. (C)

In der Rentenversicherung der Angestellten beliefen sich die Anteile der Versichertenrenten an Frauen

mit 35 bis unter
40 Versicherungsjahren auf 12,8 v. H.,

mit 40 bis unter
45 Versicherungsjahren auf 13,3 v. H.,

mit 45 bis unter
50 Versicherungsjahren auf 4,1 v. H.

des entsprechenden Rentenbestandes.

Bei Versichertenrenten an Männer beliefen sich die Anteile in der Rentenversicherung der Arbeiter

mit 35 bis unter
40 Versicherungsjahren auf 14,2 v. H.,

mit 40 bis unter
45 Versicherungsjahren auf 22,4 v. H.,

mit 45 bis unter
50 Versicherungsjahren auf 29,0 v. H.,

in der Rentenversicherung der Angestellten

mit 35 bis unter
40 Versicherungsjahren auf 14,4 v. H.,

mit 40 bis unter
45 Versicherungsjahren auf 21,8 v. H.,

mit 45 bis unter
50 Versicherungsjahren auf 33,3 v. H.

des entsprechenden Rentenbestandes. (D)

Anlage 16

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Fragen des Abgeordneten **Huonker** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 46 und 47):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt, in der nächsten Legislaturperiode sollte das Vermögensbeteiligungsgesetz dahin gehend geändert werden, daß die Einkommensgrenzen erhöht werden, die Zulage für Kontensparen ausläuft und die Zulage für Versicherungssparen mit dem Ziel der Abschaffung überprüft wird, und welche Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen hätten diese Änderungen im einzelnen zur Folge, wenn die Einkommensgrenzen auf 36 000 DM/72 000 DM (Ledige/Verheiratete) erhöht würden?

Welches sind die Gründe dafür, daß die Bundesregierung die Überlegungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt zur Abschaffung bzw. Überprüfung der Konten- und Versicherungssparförderung nicht in ihren Entwurf eines Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes aufgenommen hat, sondern deren Realisierung auf die nächste Legislaturperiode verschieben will, obwohl diesen Überlegungen im Prinzip entsprechende Regelungen seit zwei Jahren dem Bundesrat in Form des niedersächsischen Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen, dem Bundestag seit einem Jahr als entsprechender Bundesratsgesetzentwurf vorliegen, und sieht die Bundesregierung in dieser Verfahrensweise gleichermaßen einen Beweis für Stetigkeit, Rationalität und Arbeitsökonomie in der Gesetzgebung wie einen Beitrag zur langfristigen Stabilität der Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer, Tarifvertragsparteien und Kapitalmarkt?

(A) Die Haltung der Bundesregierung zur Abschaffung der Förderung des Konten- und Versicherungssparens und zur Erhöhung der Einkommensgrenzen ergibt sich daraus, daß sie diese Maßnahmen in ihrem Entwurf eines Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes dem Gesetzgeber nicht vorschlägt.

Der Bericht in der „Welt" vom 13. Oktober 1986, an den Ihre Fragen offenbar anknüpfen, zeigt, daß auch der Kollege Vogt diese Maßnahmen nicht gefordert, sondern nur eingeräumt hat, dieser Fragenkreis werde aus der sicherlich anstehenden Diskussion um die Neubewertung der Subventionen schwerlich ausgeklammert werden können.

Auch der Bundesrat hat nicht die Abschaffung der Förderung des Konten- und Versicherungssparens vorgeschlagen. Er hat vielmehr für ein — geringfügig modifiziertes — Konten- und Versicherungssparen sogar die Öffnung des 936-DM-Förderungsrahmens gefordert.

Eine detaillierte Schätzung der haushaltsmäßigen Auswirkungen des Wegfalls der Förderung des Konten- und Versicherungssparens bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommensgrenzen auf 36 000/72 000 DM liegt der Bundesregierung nicht vor.

Anlage 17

Antwort

(B) des Parl. Staatssekretärs Höpfinger auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Soell** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 48 und 49):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahme, im Rahmen einer grundlegenden Reform des Berufskrankheitenrechts ein Erfassungssystem gesundheitlicher Gefährdungen durch Arbeitsstoffe zu errichten, mit dem sich die Dunkelziffer arbeitsstoffbedingter Erkrankungen abbauen ließe, und ist die Bundesregierung darüber hinaus der Ansicht, daß einer der aussichtsreichsten Wege zur Gewinnung verbesserter epidemiologischer Erkenntnisse hinsichtlich berufsbedingter Krebse die Einrichtung von regionalen Zentralregistern sein könnte, in denen der Gesundheitszustand bei allen Arbeitern, die arbeitsbedingten Schädigungen ausgesetzt sind, lebenslang und sorgfältig registriert wird?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Möglichkeit, arbeitsbedingte Belastungen — insbesondere unter Berücksichtigung der Latenzzeit — besser zu erfassen, in der Einführung eines „Gesundheitspasses" für alle Arbeitnehmer besteht, der unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Datenschutzes als Nachweisbuch für berufliche Risiken systematisch und unabhängig von vorliegenden Krankheiten jene Arbeitsangaben erfaßt, die bei der Entstehung von Berufskrankheiten eine Rolle spielen könnten?

Es wird zur Zeit unabhängig vom Berufskrankheitenrecht geprüft, ob ein Erfassungssystem für den Umgang mit Arbeitsstoffen eingeführt werden sollte, das insbesondere Hinweise auf mögliche Krebsgefährdungen bieten könnte (arbeitsplatzbezogenes Krebsregister). In diese Prüfung werden auch die Möglichkeiten regionaler Register einbezogen. Auf die Antwort der Bundesregierung vom 25. Juni 1986 auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Krebsrisiko am Arbeitsplatz (Drucksache 10/5767, Antwort auf Frage III) wird hingewiesen.

Ihre zweite Frage beantworte ich wie folgt: Die (C) Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Mit einem Gesundheitspaß ist der nicht zu unterschätzende Nachteil verbunden, daß der Arbeitgeber aus den Eintragungen für den Arbeitnehmer nachteilige Schlüsse ziehen kann. **Ab 1. Januar 1987 sind die Unternehmer nach § 11 der Unfallverhütungs**vorschrift „Arbeitsmedizinische Vorsorge" verpflichtet, der Berufsgenossenschaft jährlich über jeden Versicherten, der bei seiner Tätigkeit einer Einwirkung krebserzeugender Arbeitsstoffe länger als 6 Monate ausgesetzt ist, Mitteilungen zu machen (insbesondere über Art, Beginn und Ende der Einwirkung sowie über die Durchführung der arbeitsmedizinischen Vorsorge). Im Zusammenhang mit der Frage, ob ein arbeitsplatzbezogenes Krebsregister eingeführt werden sollte, wird auch geprüft, inwieweit diese Mitteilungspflicht auf den Umgang mit anderen gefährlichen Substanzen ausgedehnt werden sollte. Die mitgeteilten Daten werden bei den Berufsgenossenschaften gespeichert; ein persönlicher Gesundheitspaß ist infolgedessen entbehrlich.

Anlage 18

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Frau Karwatzki auf die Fragen der Abgeordenten **Frau Dr. Segall** (FDP) (Drucksache 10/6207 Fragen 50 und 51):

Hat die Bundesregierung Unterlagen zu der Frage, welche (D) Gründe schwangere Frauen dazu veranlassen, sich um einen Schwangerschaftsabbruch zu bemühen?

Erwägt die Bundesregierung, ein Pilotprojekt zu starten mit dem Ziel, eine bessere Aufklärung über die verschiedenen Methoden der Schwangerschaftsverhütung zu erzielen, da die immer noch erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen eine bessere Beratung — insbesondere von Schülerinnen — dringend geboten erscheinen läßt?

Zu Frage 50:

Die Bundesregierung hat die ihr vorliegenden Erkenntnisse über mögliche Ursachen von Schwangerschaftsabbrüchen Ende 1983 im Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens" zusammengefaßt. Danach werden aufgrund verschiedener Untersuchungen und der Erfahrungen der Beratungsstellen insbesondere folgende als durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation bedingte Belastungen genannt:

- Absinken des Lebensstandards durch die Geburt und das Aufziehen eines Kindes,
- kaum oder nicht gegebene Möglichkeiten, die Sorge für ein Kind und eine Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren zu können,
- der Wunsch, eine begonnene Berufsausbildung oder ein Studium ohne Belastung durch ein Kind abschließen zu können,
- Zahlungsverpflichtungen, die nur bei voller Erwerbsarbeit des Alleinstehenden oder beider Partner erfüllt werden können,

(A)

— kleine Wohnungen oder Wohnverhältnisse, die das Aufziehen von Kindern erschweren,

— Angst, den Elternpflichten nicht gerecht werden zu können, weil Hilfen nicht zur Verfügung stehen, Hilfsmöglichkeiten nicht bekannt oder wegen befürchteter Diskriminierungen abgelehnt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind die Problemfaktoren naturgemäß sehr unterschiedlich gewichtet und häufig nur ein Symptom einer komplexen Problemsituation. Während in vielen Fällen die äußeren Lebensbedingungen wie wirtschaftliche Not, beengte Wohnsituation, Arbeitslosigkeit und/oder Nichtehelichkeit den Entschluß zum Abbruch der Schwangerschaft maßgeblich zu beeinflussen scheinen, stehen in anderen Fällen eher die persönlichen Probleme im Vordergrund wie schwerwiegende Konflikte mit dem Partner, Zerrüttung der Ehe, Angst (daß die eigenen Kräfte nicht ausreichen), Einsamkeit und Alleingelassensein.

Zu Frage 51:

Die Bundesregierung sieht die Aufklärung über die verschiedenen Methoden der Kontrazeption als wichtigen Teil der notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat deshalb folgende Vorhaben initiiert:

— Wissenschaftliche Überprüfung und kontrollierte Vermittlung der natürlichen Methoden der Empfängnisregelung,

(B)

— Förderung von Aufklärungs- und Beratungsschriften zur Familienplanung,

— Entwicklung und Umsetzung sexualpädagogischer Arbeitshilfen für die Jugendarbeit,

— Entwicklung neuer Materialien zur Sexualaufklärung,

— Entwicklung eines neuen ärztlichen Fortbildungsprogramms zur Schwangerschaftskonfliktberatung und Familienplanung.

Ein neues Modellprojekt sollte nach Meinung der Bundesregierung erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn die schon laufenden Modellprojekte abgeschlossen und die anderen in Angriff genommenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft und ausgewertet sind.

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Frau Karwatzki auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Riedl** (München) (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Fragen 52 und 53):

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte Geistheiler tätig sind, und wie wirken sich die Aktivitäten und Methoden der Geistheiler auf die behandelten Personen aus?

Wie beurteilt das Bundesgesundheitsamt die bekanntgewordenen Aktivitäten der Geistheiler, und welche Empfehlungen kann das Bundesgesundheitsamt der Bevölkerung dazu geben?

(C)

Zu Frage 52:

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, in welchem Umfange Praktiken angewendet werden, die den Methoden sog. Geistheiler entsprechen oder vergleichbar sind. Autogenes Training, wie es in der Fernsehausstrahlung zum Thema Geistheiler gezeigt wurde, ist als Entspannungsübung auch von der Schulmedizin anerkannt und wird auch in Kursen zur Bewältigung von Alltagsängsten und zum Abbau von Streßsituationen in Kureinrichtungen, von Volkshochschulen u. a. seriösen Veranstaltern angeboten. Es ist bekannt, daß auch Hypnose, Autosuggestion und andere nicht von der Schulmedizin anerkannte Verfahren als alternative Methoden der Heilkunde praktiziert werden; diesem Verfahren wird allgemein mit großer Skepsis begegnet.

Zu Frage 53:

Das Bundesgesundheitsamt hat bislang keine Veranlassung gesehen, die Aktivitäten sog. Geistheiler zu untersuchen. Dies wäre zunächst Aufgabe der wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Das Bundesgesundheitsamt kann deshalb keinerlei Empfehlungen abgeben, diese würden eine objektive, den wissenschaftlichen Regeln folgende Prüfung voraussetzen, mit der auch die Wirkungszusammenhänge aufgeklärt und Fallgruppen von Patienten bestimmt werden, bei denen solche Verfahren evtl. angezeigt oder aber kontraindiziert sein könnten. Derartige Untersuchungen sind nicht bekannt. (D)

Anlage 20

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Frau Karwatzki auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Emmerlich** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 54 und 55):

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob es in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa einen gewerblichen Handel mit Spenderorganen (z. B. Entgeltzahlungen für Leichenorgane, gewerblicher Nachweis spendebereiter Personen) gab oder gibt?

Hält die Bundesregierung einen solchen gewerblichen Handel mit Spenderorganen nach geltendem Recht für zulässig, und sieht sie die Notwendigkeit, besondere — gegebenenfalls welche — gesetzliche Regelungen für die Organspende zu schaffen?

Zu Frage 54:

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine Reihe von Fällen, in denen Organe von Toten gegen Entgelt abgegeben und Organe von Lebenden zum Verkauf angeboten wurden, bekanntgeworden. Die vorliegenden Erkenntnisse reichen allerdings nicht aus, um einen gewerblichen Handel in unserem Lande oder in Europa anzunehmen. Die bekanntgewordenen Einzelfälle sind aufgeklärt. Z. T. haben

(A) sie durch Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis Ahndung erfahren. Im Falle des neuerdings bekanntgewordenen Versuchs eines Kaufmanns, eine Liste von spendebereiten Personen gegen Entgelt zu veräußern, hat sich nach Auskunft der zuständigen Landesregierung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Zu Frage 55:

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage des Abg. Sauer (Stuttgart) vom 13. März 1986 (BT-Drucksache 10/3052 Nr. 59) erklärt, daß die „käufliche Organspende" mit den Grundvorstellungen unserer Werteordnung unvereinbar ist.

Auf dem 88. Deutschen Ärztetag in Lübeck-Travemünde hat die Deutsche Ärzteschaft in einer Entschließung unter Berücksichtigung zweier Resolutionen der in der Arbeitsgemeinschaft Organtransplantation zusammengeschlossenen Transplantationszentren jeden entgeltlichen Erwerb und jede Veräußerung von Spendernieren verurteilt und eine Transplantation von Organen, die von lebenden Organspendern im In- und Ausland bei Gegenleistungen jeglicher Art entnommen bzw. vermittelt wurden, strikt und ausnahmslos abgelehnt. In der Entschließung heißt es ferner, daß eine solche Organverpflanzung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nicht durchgeführt werden darf.

Die Bundesregierung prüft, ob derzeit angesichts der klaren Haltung der deutschen Ärzteschaft ein
(B) Bedürfnis für eine gesetzliche Regelung besteht.

Anlage 21

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Ströbele** (GRÜNE) (Drucksache 10/6207 Fragen 56 und 57):

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Bundesminister für Verkehr Änderungen von Verkehrstarifen der Deutschen Bundesbahn verlangen kann, wenn dies aus Gründen des allgemeinen Wohls erforderlich ist, und wenn ja, hält die Bundesregierung die Senkung der Bundesbahntarife als Mittel im Kampf gegen das Waldsterben aus Gründen des allgemeinen Wohls für erforderlich?

Wie oft und für welche Tarife hat der Bundesminister für Verkehr seit Inkrafttreten des § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes von seinem Recht Gebrauch gemacht, Änderungen von Verkehrstarifen der Deutschen Bundesbahn zu verlangen?

Zu Frage 56:

Der Bundesminister für Verkehr kann aufgrund von § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes Änderungen von Verkehrstarifen verlangen, wenn dies aus Gründen des allgemeinen Wohls erforderlich ist. Die der Deutschen Bundesbahn daraus entstehenden Mindererträge hat der Bund gemäß § 28a des Bundesbahngesetzes in Verbindung mit Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 auszugleichen.

Die Bundesregierung hält jedoch die von Ihnen angesprochene Tarifsenkung nicht für ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Waldsterbens. Eine (C) solche Tarifsenkung würde nicht zu einer fühlbaren Abnahme des Pkw-Verkehrs und damit auch nicht zu einer wirksamen Reduzierung der Schadstoffbelastung führen. Vielmehr würde sich lediglich das Defizit der Deutschen Bundesbahn erhöhen, das der Bund zu Lasten der Steuerzahler letztlich ausgleichen müßte.

Mit ihren Beschlüssen zur Einführung schadstoffarmer Autos und zur Verwendung bleifreien Benzins hat die Bundesregierung unmittelbar wirksame Maßnahmen für eine nachhaltige Verminderung von Schadstoffen in der Luft, die für die Entstehung der Waldschäden mitverantwortlich gemacht werden, getroffen.

Zu Frage 57:

In folgenden Fällen hat der Bundesminister für Verkehr der Deutschen Bundesbahn Tarifauflagen aufgrund von § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes gemacht:

am 15. März 1956	zur Einführung der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien,
am 1. April 1958	zur Erweiterung des Berechtigtenkreises für Schülerzeitkarten und
am 1. Oktober 1984	zur Erweiterung des Berechtigtenkreises für Schülerzeitkarten um die Personen, die an einer Volkshochschule (D) oder einer anderen Einrichtung der Erwachsenenbildung Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschul- oder Realschulabschlusses besuchen.

Anlage 22

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Zander** (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 58 und 59):

In welchen Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung ist der Betrag von 423 Millionen DM an Bundesmitteln enthalten, die der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Schulte laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. Oktober 1986 für die Finanzierung des sogenannten Alleentunnels in Frankfurt/Main zugesagt hat?

In welchen Ansätzen des Haushaltsentwurfs für 1987 sind Mittel für eine Finanzierung des obengenannten Bauprojekts vorgesehen?

Zu Frage 58:

Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages hat hinsichtlich des sogenannten Alleentunnels folgenden Beschluß gefaßt (Drucksache 10/4734):

Der Verkehrsausschuß erkennt die Maßnahme als dringlich an. Er geht davon aus, daß die Auftragsverwaltung die Maßnahme ohne jeden

(A) Verzug planerisch und baurechtlich vorantreibt. Der Verkehrsausschuß geht ferner davon aus, daß die Finanzierung gesichert wird, sobald das Projekt baureif ist.

Bisher ist der Planfeststellungsbeschluß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik zu diesem Vorhaben noch nicht unanfechtbar, der Zeitpunkt der Baureife also noch nicht abzusehen. Deshalb enthält der Fünfjahresplan 1986 bis 1990 noch keine entsprechenden Ansätze.

Zu Frage 59:

Da die planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Baubeginn des Alleentunnels für 1987 noch nicht erwartet werden können, sind zur Finanzierung dieses Projektes im Haushaltsentwurf 1987 keine Ansätze vorgesehen.

Anlage 23

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Klein** (Dieburg) (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 60 und 61):

(B) Gedenkt die Bundesregierung, nachdem jetzt die von ihr zum Kriterium gemachten Konflikte wegen der Inbetriebnahme zweier S-Bahn-Strecken in Frankfurt und der damit verbundenen Stillegung von Straßenbahnlinien ausgeräumt sind, die S-Bahn-Verträge für die Strecken Frankfurt–Darmstadt, Frankfurt–Hanau und Offenbach–Dietzenbach und Offenbach–Ober-Roden zu unterzeichnen, und wann dürfte dies voraussichtlich der Fall sein?

Gibt es hinsichtlich der vier genannten Strecken unterschiedliche Bewertungen in der Dringlichkeit und Kostenregelung, und worauf gründet die Bundesregierung möglicherweise diese Annahmen?

Zu Frage 60:

Bereits mit Schreiben vom 18. Juli 1985 hat der Bundesminister für Verkehr den Vorstand der Deutschen Bundesbahn ermächtigt, den Finanzierungsvertrag für die S-Bahn Rhein-Main, 2. Baustufe, 2. Bauabschnitt zu unterzeichnen; hierüber ist auch das Land Hessen unterrichtet. Dieser Vertrag enthält im § 13 hinsichtlich der beiden Rodgau-Strecken eine Absichtserklärung, diese auszubauen und in Betrieb zu nehmen, sobald die erwartete Nutzen-Kosten-Untersuchung sowie die entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Deutschen Bundesbahn vorliegen und Folgekostenfragen geklärt sind.

Zu Frage 61:

Für die Strecken Frankfurt–Darmstadt und Frankfurt–Hanau liegen die Planungsunterlagen seit 1978 vor. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist im Jahre 1984 aktualisiert worden.

Für die beiden Rodgau-Strecken sind diese Unterlagen dagegen noch in Arbeit.

Anlage 24 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Wagner auf die Frage des Abgeordneten **Michels** (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Frage 62):

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zwischen dem Bundesverwaltungsamt in Köln und den einzelnen Bundesländern eine Vereinbarung folgenden Inhalts getroffen wurde: „Die Entschädigungsleistungen als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl werden durch die jeweilige Landesregierung durchgeführt.“?

Nein. Offenbar handelt es sich hier um ein Mißverständnis.

Die sogenannte Allgemeine Billigkeitsrichtlinie ist aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch den Bundesumweltminister, und den einzelnen Bundesländern, vertreten durch die zuständigen Minister bzw. Senatoren, zustandegekommen. Das Bundesverwaltungsamt hätte gar nicht die Kompetenz zum Abschluß einer solchen Vereinbarung gehabt.

Das Bundesverwaltungsamt ist allerdings zuständig für die Abwicklung der atomrechtlichen Ausgleichsansprüche nach der Ausgleichsrichtlinie vom 21. Mai 1986 sowie der Entschädigungsleistungen nach der sogenannten Billigkeitsrichtlinie Gemüse vom 2. Juni 1986. Die Länder leisten bei der Durchführung Amtshilfe. Diese beiden Richtlinien werden vom Bund in vollem Umfange finanziert, während die Entschädigungsleistungen nach der Allgemeinen Billigkeitsrichtlinie (vgl. die Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 2. August 1986, S. 10388) zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Ländern finanziert wird. Für die Abwicklung der Allgemeinen Billigkeitsrichtlinie sind allein die Länder zuständig. (D)

Anlage 25

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Wagner auf die Frage des Abgeordneten **Pauli** (SPD) (Drucksache 10/6207 Frage 63):

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, daß die Landesregierung bei der Notfallschutzplanung zum Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich die im Raum Koblenz stationierten 12 000 Soldaten nicht berücksichtigt hat, und ist dies möglicherweise Anlaß, daß die Bundesregierung gegen eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich vorgehen wird?

Die Aufstellung von Notfallschutzplänen für Kernkraftwerke richtet sich nach den „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“, in denen die besonderen Maßnahmen zum Schutz gegen ionisierende Strahlen beschrieben sind, und nach den Katastrophenschutzgesetzen der Bundesländer.

Das Brand- und Katastrophenschutzgesetz des Landes Rheinland-Pfalz sieht in § 2 vor, daß „die Aufgabenträger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz die Behörden und sonstigen Stellen ihres jeweiligen Bereiches, deren Belange berührt werden, zu beteiligen haben“.

(A) In diesem Rahmen ist die Bundeswehr bei der Erstellung des Notfallschutzplanes für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich beteiligt worden und hat ihren internen Plan zum Schutz ihrer Einheiten mit dem der Bezirksregierung Koblenz abgestimmt.

Anlage 26

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Wagner auf die Fragen des Abgeordneten **Immer** (Altenkirchen) (SPD) (Drucksache 10/6207 Fragen 64 und 65):

Was unternimmt die Bundesregierung allein oder mit den betroffenen Bundesländern, um die vermehrt auftretenden ökologischen Schäden in der Alpenregion, die im Waldsterben, zunehmender Erosion und gesteigerter Lawinengefahr ihren Ausdruck finden, einzudämmen oder zu beheben, und welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dabei gegenwärtig und in eventuellen Planungen für die Zukunft Maßnahmen der Verbauung, der Neuanpflanzung und gezielten Maßnahmen der Naturverjüngung zu?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bewerbung der bayerischen Gemeinde Berchtesgaden um die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 1992 unter dem Gesichtspunkt der weiteren Beeinträchtigung der ökologischen Grundlagen dieses Gebietes durch Errichtung gegebenenfalls erforderlicher Wettkampfstätten angesichts der Tatsache, daß Forstbeamte der bayerischen Staatsregierung anläßlich einer Bereisung des betroffenen Gebietes des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eindeutig erklärt haben, daß beim gegenwärtigen Umfang der Sanierungsmaßnahmen der Kampf gegen die Erosion schon bei dem Grad der gegenwärtigen Gefährdung nicht gewonnen werden (B) könne?

Zu Frage 64:

Die Alpen bilden ein gewaltiges Hochgebirgsökosystem aus vielen sehr unterschiedlichen Teilökosystemen. Sie alle sind empfindlich gegenüber Belastungen. Der Entwicklung in den Alpen wird deswegen von der Bundesregierung und schon seit vielen Jahren von der bayerischen Staatsregierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die vom Bund und Bayern durchgeführten umfangreichen Maßnahmen sind in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage des Abgeordneten Vahlberg und weiterer Abgeordneter der SPD-Fraktion vom 9. Oktober 1985 (BT-Drucksache 10/3993) ausführlich dargelegt worden.

Kernstück aller Bemühungen sind die vielfältigen Initiativen zur Luftreinhaltung. Zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für den Wald hat die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Agrarstrukturverbesserung unverzüglich ergriffen. Der Freistaat Bayern hat weitere Maßnahmen zur Schutzwaldsanierung eingeleitet. Außerdem werden überhöhte Schalenwildbestände reduziert.

Darüber hinaus hat Bayern ca. 90 000 ha, also ein Viertel des bayerischen Alpenraumes, als Nationalpark oder als Naturschutzgebiet ausgewiesen, weitere 14 000 ha als Naturschutzgebiet vorgesehen.

Die Bundesregierung hat in ihrer Artenschutznovelle zum Bundesnaturschutzgesetz, die heute abschließend im Umweltausschuß beraten wurde, einen praktisch absoluten Schutz bestimmter alpiner Biotope vorgesehen. (C)

Schließlich ist noch auf die vielfältige internationale Zusammenarbeit hinzuweisen, an der der Bund und Bayern teilnehmen.

Die Bergwälder im Alpenraum zeigen deutliche Schwächungssymptome auf, zu größeren Flächenausfällen ist es aber noch nicht gekommen. Derzeit abgehende Muren und Erdrutsche haben in der Regel andere Ursachen. Außerdem könnte eine ingenieurmäßige Verbauung Schutzwälder nicht oder nur begrenzt ersetzen.

In manchen Gebieten, insbesondere in exponierten Lagen, sind die Bergwälder allerdings so stark geschädigt, daß dort mit Nachdruck alle Möglichkeiten zur Förderung der Verjüngung der Bestände und zur Neuanpflanzung genutzt werden müssen. Hierfür stehen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung — soweit es sich um Waldflächen privater und kommunaler Waldbesitzer handelt, auch für die Unterpflanzung lückenhafter Bestände und für die Wiederaufforstung.

Zu Frage 65:

Das Internationale Olympische Komitee hat entschieden, daß die Olympischen Winterspiele 1992 nicht in Berchtesgaden durchgeführt werden. Gleichwohl beantwortet die Bundesregierung die Frage wie folgt:

Der Freistaat Bayern, auf dessen Territorium die Olympischen Winterspiele durchgeführt werden sollen, hat der Bundesregierung mitgeteilt, daß aus ökologischer Sicht grundsätzlich keine Bedenken gegen das Projekt bestehen. (D)

Darüber hinaus hat die Bundesregierung gemeinsam mit der Regierung des Freistaates Bayern eine wissenschaftliche Untersuchung über „Mögliche Auswirkungen der Olympischen Winterspiele 1992 auf das regionale System Berchtesgaden" in Auftrag gegeben. Die kürzlich vorgelegten Ergebnisse besagen, daß schwerwiegende ökologische Beeinträchtigungen nicht zu erwarten gewesen wären. Das Gutachten ging davon aus, daß vor allem die Konzeption der Bewerbergemeinschaft verwirklicht worden wäre, wonach die Spiele hätten dezentral durchgeführt, die vorhandenen Anlagen und Pisten genutzt und gegebenenfalls verbessert werden sollen.

In diesem Sinne hat die Bundesregierung eine Grundsatzentscheidung getroffen, das Projekt zu fördern.

Anlage 27

Antwort

des Staatsministers Möllemann auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Hupka** (CDU/CSU) (Drucksache 10/6207 Fragen 66 und 67):

(A) Hat die Bundesregierung durch unsere Botschaft in Moskau dagegen protestiert, daß immer wieder, entgegen den Beschlüssen auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, Bürger der Sowjetunion deutscher Volkszugehörigkeit am Zugang zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gehindert und bei Protesten dagegen verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt werden, und wird sie dies auf dem Wiener KSZE-Nachfolgetreffen einbringen?

Welche Initiativen haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR „für substantielle Fortschritte bei dem dritten KSZE-Folgetreffen in Wien" gemäß dem Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen vom 31. März 1986 unternommen?

Zu Frage 66:

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat bei der sowjetischen Regierung mehrfach dagegen protestiert, daß unter Verletzung der Verpflichtungen aus dem Schlußdokument der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid der freie Zugang zur Botschaft, insbesondere auch für deutsche Sowjetbürger, behindert wird. Die Botschaft hat auch zugunsten der Personen interveniert, die wegen ihres Protestes gegen die Zugangsbehinderung zu Haftstrafen verurteilt worden sind.

Die Sicherung des freien Zugangs unserer Vertretungen im Ausland, namentlich auch in der UdSSR, wird wichtiges Ziel der Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien bleiben.

Zu Frage 67:

(B) Die Vorschläge der Bundesrepublik Deutschland für Wien werden derzeit in enger Abstimmung im Zwölferkreis und in der Atlantischen Allianz vorbereitet.

In mehrfachen bilateralen Gesprächen mit der DDR haben beide Seiten ihre Ziele für das Wiener Folgetreffen dargestellt und ihr Interesse an Ergebnissen in Wien, die den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zugute kommen, bekundet. Sie werden sich um Fortschritte auf Gebieten beiderseitigen Interesses auch während der Konferenz selbst bemühen. (C)

Anlage 28

Antwort

des Staatsministers Möllemann auf die Fragen des Abgeordneten **Rusche** (GRÜNE) (Drucksache 10/6207 Fragen 68 und 69):

Welche konkreten Recherchen des Auswärtigen Amtes führten dazu, daß die Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN zur menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Situation Tibets nahezu fünf Monate in Anspruch nahm?

Hat die Bundesregierung bei ihren Recherchen zur Kleinen Anfrage „Menschenrechtliche und völkerrechtliche Situation Tibets" auch die tibetische Exilregierung in Dharamsala in Indien sowie die Büros seiner Heiligkeit des XIV. Dalai-Lamas in London und Zürich konsultiert?

Zu Frage 68:

Die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN wurde am 18. Juni 1986 übermittelt und am 8. Oktober 1986 — nach weniger als vier Monaten — beantwortet. Sie betrifft ein Thema, das seit 1949 noch nie im Deutschen Bundestag behandelt wurde und dessen Bearbeitung ungewöhnlich schwierig war. Zur Beantwortung der 26 Einzelfragen waren umfangreiche Recherchen der Bundesregierung, einschließlich der Befragung von Auslandsvertretungen, von Fachbibliotheken und -Institutionen notwendig. Diese Recherchen waren sehr zeitraubend und arbeitsintensiv. (D)

Zu Frage 69:

Ich beantworte Ihre Frage mit „Nein".

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980